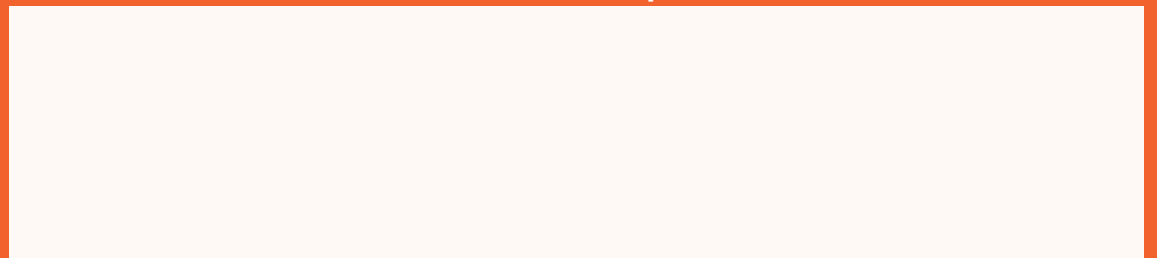


JAHRESBERICHT 2008 | 2009



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Eure Ordnung ist auf Sand gebaut.

ROSA LUXEMBURG

**Das einzige Gewalt-
mittel, das zum Sieg
führen wird, ist die
politische Aufklärung
im alltäglichen Kampf.**

ROSA LUXEMBURG









PENTY







VORWORT

Rosa Luxemburg schrieb einst: «Das einzige Gewaltmittel, das zum Sieg führen wird, ist die politische Aufklärung im alltäglichen Kampf». Nun bedeutet das nicht, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung Gewalt in irgendeiner Form toleriert oder gar vermittelt. Vielmehr – und das war auch die Intention unserer Namenspatronin – sehen wir uns im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit der Vermittlung demokratischer, sozialistischer, eben linker Ideale verpflichtet, um auf diese Weise das Verständnis dafür in der Gesellschaft und somit die Gesellschaft als solche zu verändern. Um diesen Anspruch auch strukturell entsprechen zu können, wurden in der Stiftung im vergangenen Jahr 2008 wesentliche Veränderungen durchgeführt. Mit der Neugründung der Akademie für Politische Bildung wollen wir unsere Bildungsangebote stärker auf spezifische Zielgruppen zuschneiden. Die Kommunalakademie oder die Weiterbildungen im Politikmanagement sind hierfür gute Beispiele. Unser Institut für Gesellschaftsanalyse hat inzwischen die Rolle eines Think Tanks der Linken für bestimmte Themenfelder übernommen. Uns geht es dabei vor allem darum, zentrale, auch ambivalente gesellschaftliche Entwicklungen im Auge zu behalten, um auf der Basis fundierter Analysen eigene Konzepte zu entwickeln. In der Auseinandersetzung mit dem Thema «Krise» hat das Institut mit einer Reihe von Publikationen seinen Stellenwert bereits unter Beweis gestellt. ■■■ Das Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit – die personell größte Struktureinheit in der Stiftung – trägt eine große Verantwortung für einen emanzipatorischen Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit und eine internationale linke Vernetzung. Diese zentrale Bedeutung spiegelt sich auch im generellen Wachstum des Zentrums wider. Bis Ende 2008 eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung sieben Auslandsregionalbüros, unter anderem in Mexiko, Palästina und Brüssel. Im März bzw. im April 2009 nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Arbeit in Israel und Vietnam auf. Gegenwärtig werden weitere Büros vorbereitet, so dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung in absehbarer Zeit in vierzehn Regionen der Welt vertreten sein wird. Neu ist dabei vor allem der Ansatz, neben den Auslandsregionalbüros auch Ortsbüros zu besetzen. Dies wird zunächst in der Andenregion praktiziert, wo neben dem Hauptbüro in Quito/ Ecuador Ortsbüros in Caracas/Venezuela und La Paz/Bolivien aufgebaut werden. Ziel ist es, auf diese Weise noch enger mit den Partnerorganisationen vor Ort zusammenzuarbeiten und den jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spezifika in den einzelnen Ländern gerecht zu werden. Charakteristisch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung als linke international ausgerichtete Bildungseinrichtung ist es in diesem Zusammenhang, dass wir die Frage «Wie ist Globalisierung zu meistern?» mit konkreten Vorstellungen für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und den Frieden fördernde Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik beantworten. Das bedeutet auch, dass der Begriff Entwicklungspolitik/ Entwicklungszusammenarbeit zur Unterstützung des politischen linken Diskurses neu zu definieren ist. Dabei geht es nicht darum, das westliche Demokratieverständnis überall in der Welt zu implementieren, sondern ein wechselseitiges Lernen zu befördern. Die

verschiedenen Krisen, die aktuell ihre fatalen Wirkungen entfalten, unterstreichen die Notwendigkeit radikaler Veränderungen. Die Stiftung erhält Einblicke, wie mit dem Krisenprozess in den unterschiedlichen Regionen begleitet umgegangen wird, wie versucht wird, sie zu lindern oder wie von links nach Alternativen zu dem Gesellschaftssystem gesucht wird, das diese Krisen hervorgebracht oder wenigstens begünstigt hat. Die verschiedenen Formen, die Auswirkungen der Krise zu entschärfen und linke Alternativen zu suchen, bilden hierbei die Ausgangsbasis für einen fruchtbaren Dialog zwischen den lokalen Akteuren und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stiftung vor Ort. Schließlich hat auch das Studienwerk mit unserem ersten Promotionskolleg («Kapitalismus und Demokratie») und mit einer weiter deutlich gestiegenen Zahl von Stipendiatinnen und Stipendiaten eine Weiterentwicklung erfahren. ■■■ All das wertet auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf, die als Hort kreativer Ideen und Instanz zur Entwicklung politischer Alternativen zunehmend ernster genommen wird und ihren Platz, natürlich im engen Zusammenhang mit der Etablierung der Partei DIE LINKE im parlamentarischen System, unter den parteinahen Stiftungen gefunden hat. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Ort kritischer Diskussionen und als Instanz zur Entwicklung politischer Alternativen hat ihren gleichberechtigten Platz unter den parteinahen politischen Stiftungen gefunden. Sie begleitet als parteinahe Stiftung die Partei DIE LINKE und ihre Fraktionen mit den Mitteln politischer Bildung, Analyse und Vernetzung. ■■■ Darüber hinaus beschäftigte und beschäftigt uns im Jahr der historischen Jubiläen auch die Vergangenheit. Was 2008 mit einer Fülle von Projekten und Veranstaltungen zu den Ereignissen, Folgerungen und Folgen des Jahres 1968 in fast allen Bundesländern durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihre zahlreichen ehrenamtlichen Strukturen angefangen wurde, wird im Jahr 2009 fortgesetzt. Bereits im Januar dieses Jahres konnte die Stiftung mit der internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz anlässlich des 90. Todestages Rosa Luxemburgs mehr als 250 Teilnehmer/innen aus über zwanzig verschiedenen Ländern nach Berlin locken und somit einen gelungenen Auftakt für das Geschichtsjahr 2009 präsentieren. Weitere zentrale und dezentrale Veranstaltungen, zum Beispiel eine Lesung mit Christoph Hein, die das Ziel verfolgte, auch einem westdeutschen Publikum DDR-Literatur und die «Wende» näherzubringen, wurden und werden organisiert. Den Abschluss werden drei Veranstaltungen unter Mitwirkung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und weiterer Partner bilden, die zum Gegenstand drei wichtige historische Ereignisse haben: Die Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, die Amtsübernahme der nunmehr nicht mehr nur von der SED und den Blockparteien getragenen neuen DDR-Regierung unter Hans Modrow am 17. November 1989 sowie der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989. ■■■ Geschichte soll jedoch nicht von der Gegenwart ablenken, sondern Hintergründe erklären, die letztere begründen und deuten. So lassen sich die Geschichtsthemen durchaus in Einklang mit dem aktuellen Thema der Krise(n) bringen. Hier fokussiert die Stiftung die Suche nach demokratischen, sozialen und gerechten Alternativen, wiederum auch und gerade im internationalen Kontext. Krise, das sind einander überlagernde, nahezu alle Le-

bensbereiche umfassende Störungen. Die Finanzmärkte, die Arbeitsmärkte und die «Realökonomie», das Klima, die Armut, die Ernährung, sind Gegenstand spezifischer Krisenerscheinungen. Mit der Suche nach Alternativen verbinden sich weitere Fragen, bspw. die nach Frieden, nach Gewalt, nach Kriegen. Dieser schwierigen Aufgabe stellt sich die Stiftung auf vielfältige Weise, über Formen ehrenamtlicher Arbeit – unter anderem in der Zukunftskommission/ Rat für radikale Realpolitik, den Gesprächskreisen, dem Wissenschaftlichen Beirat – sowie über die hauptamtlichen Strukturen in Berlin und den Bundesländern. ■■■ Wie erfolgreich die Stiftung den Ausbau jener bundesweiten Strukturen vorantreiben konnte, belegen die Statistiken für das Jahr 2008. Mehr als 2.100 Veranstaltungen konnten im gesamten Bundesgebiet durchgeführt werden. Rund 68.000 Teilnehmer/innen hat die Stiftung damit erreicht. In den «alten» Bundesländern hat sich die Anzahl der Veranstaltungen von 260 (in 2006) auf 629 (in 2008) mehr als verdoppelt. Ebenso verhält es sich bei den Teilnehmer/innenzahlen, die von gut 8.400 auf ca. 17.500 deutlich angestiegen sind. Der forcierte «Aufbau West» der RLS trägt also Früchte. Der am häufigsten gewählte Veranstaltungsort ist zwar nach wie vor Berlin. Mit 404 Veranstaltungen in 2008 sind es jedoch nur unwesentlich mehr Aktivitäten, die die RLS im Vergleich zu 2006 (400 Veranstaltungen) in der Bundeshauptstadt umsetzt. Die massive Steigerung der Veranstaltungstätigkeit geht demnach einher mit einer Dezentralisierung der Stiftungsarbeit. So sind Leipzig und Potsdam, Jena, Rostock und Magdeburg weiterhin Schwerpunkorte der RLS-Landesstiftungsarbeit, aber mittlerweile auch Bremen, Hamburg, Hannover oder München. Büroeröffnungen 2008 in Erfurt, Hamburg, Mainz, Kiel und Hannover rundeten den Aufbau von mittlerweile dreizehn Regionalbüros der RLS ab. ■■■ Quantität ist nicht alles, sie geht in der Arbeit der Stiftung einher mit qualitativen Weiterentwicklungen und Neuausrichtungen wie z.B. der Arbeit des Kulturforums, der Kommunalakademie oder der Publikationstätigkeit, die insbesondere über den Karl Dietz Verlag, aber auch über Kooperationen mit anderen Verlagen getragen wird. Erinnerung sei hier nur an den «Marx-Kapital-Hype» im Herbst und Winter 2008. ■■■ Kurz, die Stiftung hat ihre Arbeit 2008/09 noch einmal deutlich ausgeweitet und weiß, dass sie sich auf einen wachsenden Bedarf an politischer Bildung, Vernetzung und Analysetätigkeit in krisenhaften Zeiten einzustellen hat. Der vorliegende Jahresbericht stellt exemplarisch die Felder unserer Arbeit vor. Wir wünschen den Leserinnen und Lesern eine hoffentlich anregende Lektüre.

HEINZ VIETZE

VORSITZENDER DES VORSTANDES

DR. FLORIAN WEIS

GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED

INHALT

- 1 ENTWICKLUNG, DIALOG UND POLITIK 11**
- 2 IM GEISTE DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT 12**
BAUSTELLE EUROPA
- 3 KRISENMATRIX 24**
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE
- 4 WEITERBILDUNG FÜR DIE LINKEN 36**
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG
- 5 VERNETZTES LERNEN 48**
STUDIENWERK
- 6 BUNDESWEITE ARBEIT 54**
- 7 PROJEKTFÖRDERUNG 64**
DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ALS PARTNER FÜR EXTERNE TRÄGER
- 8 ARCHIV UND BIBLIOTHEK 68**
- 9 GESPRÄCHSKREISE 69**

- ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 76**
ORGANIGRAMM, STIFTUNGSVERBUND, VERTRAUENSDOZENTINNEN,
PUBLIKATIONEN, STIFTUNGSHAUSHALT, SPENDENAUFTRUF

1 ENTWICKLUNG, DIALOG UND POLITIK

Neben dem Zeitgeist und der Realpolitik hat es jüngst ein weiteres deutsches Wort geschafft, in das Vokabular anderer Welt-sprachen Eingang zu finden – die Dialogpolitik. Ein kritischer Blick hinter den Schein von Hochglanzbroschüren und die Rhetorik von politischen Sonntagsreden offenbart jedoch rasch, dass das damit transportierte Verständnis von Dialog nur allzu oft mit Zwang gepanzert und mit Vorbehaltensklauseln gespickt ist.

2 IM GEISTE DER INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT

Die Auslandsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist dem Geist internationaler Solidarität verpflichtet. Die Stiftung verfolgt das Ziel, ausgehend von den Ideen und Konzeptionen eines demokratischen Sozialismus und solidarischer Zusammenarbeit Projekte und Programme zu unterstützen, die ein selbstbestimmtes Leben durch demokratische Mitbestimmung, Zugang zu Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Arbeit, gesunder Umwelt und kulturelle Selbstverwirklichung sichern. ■■■ **BAUSTELLE**

EUROPA Die Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament steht ganz im Zeichen von Bilanz und Perspektiven europäischer Politik. Politikerinnen und Politiker der GUE/NGL suchen Schnittmengen zwischen europäischer Politik und der Realität der Bürgerinnen und Bürger.

3 KRISENMATRIX

Krisen sind übervolle Zeiten. Sie erschüttern, überschreiten Grenzen und machen Angst. Neue Zusammenhänge müssen begriffen werden, Vertrautheiten zerfallen. Krisen erzwingen Entscheidungen – auch deshalb kommt unversehens überall Macht ins Spiel. Zwang, Widerspruch und auch Gewalt treten ganz neu auf die Bühne. ■■■ Die Stärke gesellschaftlicher und politischer Akteure zeigt sich über Nacht: nicht die Parlamente, sondern die Exekutiven machen Krisenpolitik. Handlungen, Ideen und Visionen werden plötzlich dringend danach beurteilt, welche Zukunftsfähigkeit sie besitzen: Führen sie aus der Krise? Welche Sicherung vor Krisen bieten sie? Welche Welt wird dann sein? Wohin wollen wir? Welche Pfade sollen wir einschlagen?

4 WEITERBILDUNG FÜR DIE LINKEN

Es ist das erklärte Ziel der Akademie, die Arbeit der RLS noch konsequenter auf die Verwirklichung eines emanzipatorischen Bildungsanspruches auszurichten. Entscheidend ist, Wissen zu erarbeiten und sich die nötigen Fertigkeiten anzueignen, um dieses Wissen situationsbezogen zu nutzen und z.B. in konkreten Projekten von Bürgerbeteiligung umzusetzen. Dazu gehört, die Fähigkeiten zu Solidarität, Selbstorganisation und offensivem Eingreifen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu erwerben.

5 VERNETZTES LERNEN

Neben dem Stipendium bietet das Studienwerk ein breit gefächertes Förderprogramm, das sowohl der Vertiefung der wissenschaftlichen Qualifikation wie der Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Fragen dient. Zugleich unterstützt

das Stipendienprogramm der RLS die nationale und internationale Vernetzung linker Kräfte, die sich dem Stiftungsziel verschrieben haben, nämlich Impulse für selbst bestimmte gesellschaftliche politische Aktivität zu setzen, das Engagement für Frieden und Völkerverständigung sowie für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander zu stärken.

6 BUNDESWEITE ARBEIT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist bundesweit tätig. Ein wichtiger Teil des politischen Bildungsangebots sind die Veranstaltungen, Publikationen und weiteren Aktivitäten unserer Partner in den Bundesländern. Die enge Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen ermöglichte es, im Jahre 2008 mehr als 1.900 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet durchzuführen. Mit diesem Angebot wendet sich die RLS an das Umfeld der Partei DIE LINKE, aber darüber hinaus auch an eine breite, an politischer Bildung interessierte Öffentlichkeit. Die rechtlich eigenständigen Landesstiftungen und die RLS bilden den Stiftungsverbund. Dessen Organ ist der Rat der Landesstiftungen, in dem jede Stiftung eine Stimme hat, und der die Landesstiftungen gegenüber dem Vorstand der RLS vertritt.

7 PROJEKTFÖRDERUNG

Die Projektförderung ist eine wesentliche Form der Zusammenarbeit mit anderen Trägern politischer Bildung. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Veranstaltungs-, Publikations- und Forschungsvorhaben und kooperiert bei deren inhaltlicher Gestaltung. So trägt sie dazu bei, das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Die mit einer Projektförderung ermöglichten Vorhaben komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch. Über die Projektförderung werden zudem einige umfänglichere Forschungsaktivitäten realisiert, deren Ergebnisse für die Aufgabenerfüllung der Stiftung unverzichtbar sind.

8 ARCHIV UND BIBLIOTHEK

Seit Anfang des Jahres 2009 fördert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das Projekt «Digitales Archiv». Mitschnitte von Fernsehbeiträgen über die «Partei des Demokratischen Sozialismus» (PDS) in den Jahren 1989 bis 2004 und über die Partei DIE LINKE 2006 und 2007 werden digitalisiert, erschlossen und verzeichnet. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des «Archivs Demokratischer Sozialismus» (ADS) haben eine Richtlinie für die Verzeichnung des «Digitalen Archivs» entwickelt.

9 GESPRÄCHSKREISE

Die wesentliche Aufgabe eines Gesprächskreises ist es, entsprechend den Vorgaben der Mitgliederversammlung, einen gesellschaftlichen Raum zu schaffen, der es linken Aktivisten und Aktivistinnen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und an-deren Interessierten ermöglicht, intensive Diskurse über gesellschaftliche Alternativen zu führen.



STIFTUNGSGREMIEN

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins «Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.». Sie tagt einmal jährlich, zuletzt am 6. Dezember 2008. Ihr obliegen die Wahlen des Vorstandes sowie die Aufnahme und gegebenenfalls der Ausschluss von Vereinsmitgliedern. Die Mitgliederversammlung diskutiert die Schwerpunkte der Vereinsarbeit und nimmt die Tätigkeitsberichte des Vorstandes entgegen. Sie trifft die Feststellung des Jahresabschlusses und nimmt die Entlastung des Vorstandes vor. Außerdem beschließt sie über Anträge von Vereinsmitgliedern, Satzungsänderungen oder die Auflösung des Vereins.

■ Der Vorstand wird alle vier Jahre gewählt. Mitglieder des Vorstandes sind gegenwärtig: Heinz Vietze MdL, Vorsitzender des Vorstandes, Dr. Gesine Löttsch MdB (stellv. Vorsitzende), Dr. Florian Weis (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied), Thomas Händel MdEP (stellv. Vorsitzender), Prof. Dr. Christa Luft, Prof. Dr. Dieter Klein, Claudia Gohde, Dr. Stefanie Ehmsen, Dr. Thomas Flierl MdA, Peter Raane, Prof. Dr. Alex Demirović und Dr. Sabine Reiner. ■ Mit der Satzungsänderung vom Dezember 2007 wurde beschlossen, als neues Gremium der Stiftung den Wissenschaftlichen Beirat, bestehend aus mindestens sechs und höchstens sechzehn Mitgliedern, zu wählen.

Die Mitglieder des Beirates werden durch die Mitgliederversammlung für vier Kalenderjahre gewählt. Die zentrale Aufgabe des Beirates ist die Beratung des Vorstandes bei der wissenschaftlichen Schwerpunkt- und Themensetzung. ■ Am 6. Dezember 2008 wurde der wissenschaftliche Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung gewählt. Ihm gehören an: Prof. Frank Deppe; Prof. Irene Dölling; Prof. Frigga Haug; Prof. Kornelia Hauser; Prof. Jörg Huffschmid; Prof. Michael Krätke; Prof. Stefan Lessenich; Prof. Birgit Mahnkopf; Prof. Margit Mayer; Prof. Manfred Neuhaus; Prof. Rolf Reißig; Prof. Birgit Sauer; Dr. Albert Scharenberg; Dr. Silka Scholz; Dr. Thomas Seibert und Dr. Franziska Wiethold. ■ Am 1. Dezember 2007 wurde mit Satzungsänderung die Einrichtung eines Rates der Landesstiftungen beschlossen. Der Rat der Landesstiftungen berät den Vorstand in Fragen der bundesweiten Präsenz und vertritt die Interessen der Landesstiftungen gegenüber dem Verein. ■ Am 8. November 2008 wurde der Rat der Landesstiftungen erstmalig durch die Vertreter und Vertreterinnen der Landesstiftungen ernannt. Den Vorsitz hat Norbert Schepers (Bremen) inne, sein Stellvertreter ist Dr. Detlef Nakath (Brandenburg). Der Vorsitzende bzw. sein Stellvertreter ist ständiger Gast bei den Beratungen des Vorstandes.

GRUNDLEGENDES ZU EINEM OFT ENTSTELLTEN ZUSAMMENHANG

Neben dem Zeitgeist und der Realpolitik hat es jüngst ein weiteres deutsches Wort geschafft, in das Vokabular anderer Welt-sprachen Eingang zu finden – die Dialogpolitik. ■■■ Ein kritischer Blick hinter den Schein von Hochglanzbroschüren und die Rhetorik von politischen Sonntagsreden offenbart jedoch rasch, dass das damit transportierte Verständnis von Dialog nur allzu oft mit Zwang gepanzert und mit Vorbehaltensklauseln gespickt ist. Mittels eines von den weltwirtschaftlich dominierenden Staaten inszenierten «Dialogs» wurde die von Konzerninteressen getriebene Globalisierung genauso beschworen wie das WTO-gestützte Handelsregime und Good Governance herbei- und die Folgen für die Bevölkerung vor allem im globalen Süden kleingeredet. ■■■ Dialog wandelt sich so nur allzu häufig von einem Prozess der Kommunikation unter Gleichen und auf gleicher Augenhöhe zu einer vormundschaftlichen Unterweisung in vermeintlich universellen Werten und Normen, bei der höchstens hier und da, bei minderwichtigen Teilaspekten – und selbst dort nur höchst widerwillig – kleinste Korrekturen «dialogisch» eingeräumt werden. Und selbst die gegenwärtige globale Krise, die weit über die Finanzmärkte hinaus tief in die Realwirtschaft und die «moderne» Lebensweise überhaupt hineinreicht und mit deren Ausbruch mancher einst unumstößliche Glaubenssatz früherer «Dialoge» nicht nur zurückgenommen, sondern

geradezu in sein Gegenteil verkehrt wurde, hat am Grundprinzip der Dialogpolitik nichts zu ändern vermocht. Dialog ist aus der Sicht der Herrschenden noch immer ein (subtiles) Instrument die herrschenden Gedanken aller Welt aufzuzwingen... ■■■ Auf Seiten der Linken hat der mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme sowjetischen Typs einhergehende Verlust an politischen Gewissheiten nicht zuletzt dazu beigetragen, dass der verbliebene Vorrat an fertigen Welterklärungen und Lösungskonzepten für die drängenden globalen Problemlagen gen Null geht. Um sich neuer Wege in eine zukunftsfähige Arbeits- und Lebenswelt zu vergewissern, bleibt den Linken hierzulande gar nichts anderes übrig, als sich bei der Suche nach der Zukunft auf die Erfahrungen anderer Suchender weltweit zu stützen. Wirklicher Dialog ohne voraus-eilende Besserwisserei ist für die Erkundung von Alternativen daher nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine Herausforderung. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die sich selbstbewusst immer mehr als linker Think Tank begreift, steht in ihrer internationalen Arbeit die Schaffung von Netzwerken und der freimütige Erfahrungsaustausch mit Gleichgesinnten, das Nachdenken über und das gemeinsame Entwickeln von Alternativen – kurz gesagt: der Dialog in seinen vielfältigsten Formen – im Zentrum ihres Wirkens.

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BAUT IHRE AUSLANDSTÄTIGKEIT BEDEUTEND AUS

In den vergangenen zwei Jahren hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ihre Präsenz und Tätigkeit im Ausland deutlich ausgeweitet. Die internationale Vernetzung wurde voran getrieben. Dies zeigt sich zum einen in der Zunahme der Auslandsbüros. Verfügte die RLS Ende 2007 noch über fünf Vertretungen im Ausland, verdoppelte sich ihre Anzahl 2008 und im ersten Halbjahr 2009 auf zehn Büros. Neue Niederlassungen der RLS finden sich in Hanoi und Peking, in Ramallah und Tel Aviv sowie in Brüssel. Außerdem wurden neue Regionalprojekte angegangen, um auch in den Regionen aktiv zu sein, in denen noch keine Büros bestehen. Jahrestagungen dienen dazu, den Austausch der MitarbeiterInnen aller Kontinente zu fördern. ■■■ Die Auslandsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist dem Geist internationaler Solidarität verpflichtet. Die Stiftung verfolgt das Ziel, ausgehend von den Ideen und Konzeptionen eines demokratischen Sozialismus und solidarischer Zusammenarbeit Projekte und Programme zu unterstützen, die ein selbst bestimmtes Leben durch demokratische Mitbestimmung, Zugang zu Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Arbeit, gesunder Umwelt und kulturelle Selbstverwirklichung sichern. ■■■ Im gleichberechtigten Dialog mit Partnern in Europa, Latein- und Mittelamerika, Asien und Afrika will die RLS Freiräume schaffen, damit Entwicklung als Selbstentwicklung zukunftsfähig gestaltet wird. Diskriminierung und Ungerechtigkeit in den Geschlechterverhältnissen sollen überwunden werden, die aktive Auseinandersetzung mit ethnischer Ausgrenzung und der unbedingte Einsatz für die friedliche Lösung von Konflikten sind weitere wichtige Anliegen ihrer Arbeit.

REFORMPROZESSE IN ASIEN

Die Arbeit der beiden Büros in China und Vietnam orientiert sich an den Transformations- und Reformprozessen in diesen Ländern. Gemeinsam mit ihren lokalen Partnern arbeitet die RLS daran, demokratische, wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen in beiden Ländern so auszurichten, dass die ökonomische Leistungsfähigkeit gesteigert und stabile politische Verhältnisse gewahrt werden. Soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung sowie ökologische Verträglichkeit und Nachhaltigkeit sind Grundsätze, an denen sich die Stiftung bei ihrer Arbeit orientiert. In den jungen und sehr dynamischen Gesellschaften Vietnams und Chinas will die Stiftung außerdem einen Beitrag leisten, prägende Ereignisse und Phasen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Geschichte der Länder so zu interpretieren, dass aus ihnen Erkenntnisse und Motive für eine zukunftsgerichtete, gerechte und solidarische Entwicklung abgeleitet werden können. ■■■ Mit dem neuen Büro in Hanoi wurde die Präsenz in Asien ausgeweitet. Es wird künftig neben den Vorhaben in Vietnam auch Projekte in Laos und Kambodscha verantworten.

ZWEISTAATENLÖSUNG IM NAHEN OSTEN

Unter den komplizierten Bedingungen des noch immer ungelösten Nahostkonflikts steht die Arbeit der RLS in Israel und in den Palästinensischen Gebieten vor der Aufgabe, zur Sensibili-

sierung der Öffentlichkeit und breiteren Akzeptanz von Konzepten zur friedlichen Koexistenz von ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen beizutragen und die Kräfte des sozialen Wandels zu stärken, um eine auf demokratischen Werten und Menschenrechten basierende Entwicklung im Nahen Osten zu fördern. Dabei ist die Suche nach friedlichen Strategien zur Konfliktbewältigung auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung unabdingbar. Daran sollte die Zivilgesellschaft in den Ländern des Nahen Ostens stärker beteiligt werden. Eine Schlüsselrolle spielt dabei, das politisch und emotional stark belastete Verhältnis zwischen jüdischen Israelis und arabischen Bürgern zu verbessern. ■■■ Im Mittelpunkt steht die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Der Dialog zwischen allen relevanten Kräften sollte angeregt werden, denn nur dadurch wird eine dauerhafte, tragfähige Lösung des Konflikts möglich sein. Die Stiftung bemüht sich, ein möglichst breites Spektrum verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in das Programm einzubeziehen, darunter besonders Frauen und junge Menschen. Denn diese tragen bei der zukunftsorientierten Gestaltung ihrer Gesellschaften eine besondere Rolle.

DIE TÜR NACH EUROPA

Das neue Brüsseler Büro unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von den anderen ausländischen Repräsentanzen der RLS. Es ist das erste Auslandsbüro der Stiftung, das nicht in einem Entwicklungsland, sondern in der Hauptstadt eines westlichen Industriestaates liegt. Diese ist zugleich Hauptsitz der Europäischen Union (EU). Finanziert wird es nicht nur aus Mitteln des «Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung» (BMZ), sondern, und das ist neu für ein RLS-Büro, auch aus Projektmitteln des «Auswärtigen Amtes» (AA). Daraus ergeben sich einige Besonderheiten der Arbeitsweise. ■■■ Eine der Hauptaufgaben der Niederlassung in Brüssel besteht darin, die Handlungsfähigkeit linker Akteure aus Entwicklungsländern in der Zusammenarbeit mit Partnern und Einrichtungen der Europäischen Union zu stärken. Gleichzeitig geht es darum, durch Wissenstransfer, Dialog und Netzwerkbildung Anregungen für regionale Zusammenarbeit und Integration in verschiedenen Teilen der Welt zu geben. Das Büro will mit seinen Aktivitäten zur Verbesserung der Kenntnisse über die EU und ihre Institutionen beitragen, europäische und außereuropäische linke Partner besser vernetzen und den Transfer linker Lösungsansätze aus den Entwicklungsländern in die EU anregen. ■■■ Ein zweiter wichtiger Tätigkeitsbereich des Büros in Brüssel umfasst den internationalen Austausch zu Grundfragen linker Politik und zur Unterstützung linker Akteure. Besonders wichtig ist dabei, die europäische und transatlantische Diskussion zu Grundfragen des demokratischen Sozialismus zu fördern und emanzipatorische und solidarische Positionen zu stärken.

NEUE REGIONALPROJEKTE IN WESTAFRIKA

Neben der Eröffnung der neuen Büros weitete die RLS ihre internationale Tätigkeit aus, indem neue Regionalprojekte begonnen wurden, so etwa in Westafrika. ■■■ Das Vorhaben in Westafrika, das zunächst mit Projektpartnern in Ghana, Mali, Nigeria und dem Senegal startete, betont insbesondere eine



Verbesserung der Bildung, der Rechtskenntnisse und Beteiligungsfähigkeit benachteiligter Gruppen. Es will eine positive Veränderungen der wirtschaftlich-sozialen Situation der auf dem Lande lebenden Bevölkerung erreichen, womit auch zugleich die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Region angesprochen wird. Die Stiftung unterstützt Programme zur ländlichen Entwicklung und fördert die politische Bildung und Beteiligung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen. Dazu werden Medien, insbesondere Radioprogramme, gezielt eingesetzt. Außerdem werden in dem Regionalprojekt Maßnahmen zur Konfliktmediation und zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer und sozialer Gruppen durchgeführt.

ALTERNATIVEN IN DEN ANDEN

Im Andenraum konzentriert sich die RLS auf die Länder Ecuador, Bolivien, Kolumbien und Venezuela. Sie unterstützt ihre Partner in der Region bei der Suche nach eigenständigen Formen politischer Partizipation, um Alternativen zum herrschenden Entwicklungsmodell zu schaffen. Perspektivisch soll erforscht werden, wie Migrationsprozesse zur Schaffung eines toleranten und auf Teilhabe beruhenden Gesellschaftsmodells beitragen können. Bisher benachteiligte Gruppen sollen bei der besseren Formulierung und Vertretung ihrer Interessen unterstützt und ihr Zugang zu lebenswichtigen Grundgütern gestärkt werden. Zu diesem Ziel werden alternative Medien genutzt, der öffentliche Dialog angeregt und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Ethnien und Geschlechtern gefördert.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN SÜDOSTEUROPA

In Südosteuropa hat die Stiftung ihre Arbeit wesentlich erweitert; sie erstreckt sich jetzt auf Bosnien, Bulgarien, Mazedonien und Serbien. Leitlinie für alle Maßnahmen in der Region ist es, die Entwicklung des Friedens auf Grundlage partizipativer Ansätze in demokratischen, multiethnischen Gesellschaften zu unterstützen. Gleichzeitig will die RLS zur nachhaltigen Entwicklung in der Region Südosteuropa beitragen. Die Arbeit mit den Partnern zielt auf die Förderung des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer und religiöser Gruppen. Die

Situation von Frauen im privaten Leben soll verbessert und ihr Engagement im öffentlichen Leben gestärkt werden. Außerdem sollen Strategien für eine ökologische nachhaltige Entwicklung und die Integration der Länder in die EU erörtert werden.

VERNETZUNG DER MITARBEITERINNEN

Durch Ausweitung der Auslandsarbeit hat die Zahl der MitarbeiterInnen im In- und Ausland und der Umfang der finanziellen Mittel dafür stark zugenommen. Dadurch steigen die Anforderungen an die Mitarbeiterführung, die Planung und Bewertung der Projekte sowie an die Abrechnung der Budgets. Regelmäßig durchgeführte Jahrestagungen mit den MitarbeiterInnen im Ausland dienen dem Austausch über Ergebnisse und neue Herausforderungen, aber auch der Information und Weiterbildung der Büroleitungen. In den vergangenen beiden Jahren stand dabei die Einführung eines neuen Systems der Projektplanung, Verlaufskontrolle, Wirkungsbewertung und Berichterstattung auf der Tagesordnung. ■ Auch das «Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit» in der Berliner Zentrale wurde in den vergangenen Jahren personell bedeutend verstärkt. Jetzt wurden die Verantwortlichkeiten neu geordnet. Fünf RegionalreferentInnen tragen nun die Verantwortung für die Anleitung der Büros und die Projektaktivitäten in ihren jeweiligen Großregionen. Sie werden von ProjektkoordinatorInnen unterstützt, die neben der Abrechnung auch die inhaltliche Arbeit unterstützen. Das Zentrum soll auch in Zukunft weiter ausgebaut werden. ■ Zur besseren Bewältigung der Finanzströme und Projektabrechnungen ist geplant, ein integriertes Projektabrechnungssystem einzuführen, um die Zusammenarbeit zwischen den Finanzverantwortlichen in der Zentrale, den Auslandsbüros der Stiftungen und den zahlreichen ausländischen Projektpartnern der RLS zu erleichtern. ■ Die Auslandsarbeit der Stiftung wird auch in den kommenden Jahren wachsen. Vorgesehen sind beispielsweise weitere neue Regionalbüros der RLS im Andenraum, auf dem Balkan, in Indien und Westafrika.



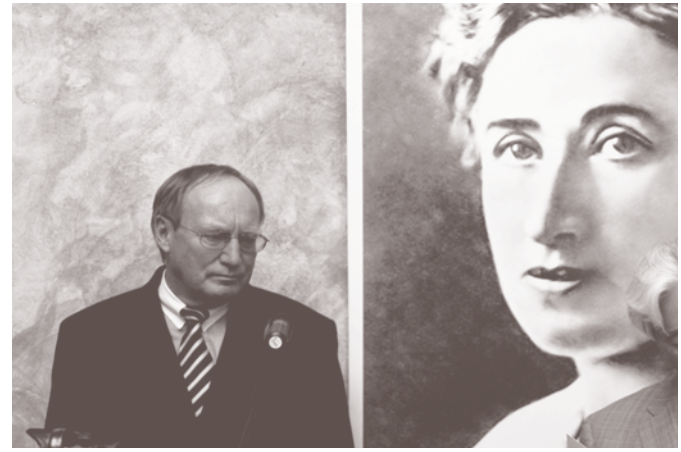
FRAUEN AM DON SETZEN SICH FÜR FRIEDEN EIN DER DIALOG ZWISCHEN LEHRERN NACH DEM TSCHETSCHENIEN-KRIEG TRÄGT ZUM ENDE DER KONFLIKTE BEI

Die Frauen im Süden Russlands haben sich erfolgreich zusammen geschlossen. Sie gründeten 1993 die Vereinigung «Frauen der Don-Region» (kurz: «Don-Frauen»), eine Union mehrerer Frauenorganisationen, die die Rolle der Frau im öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben stärken, für den Schutz von Menschenrechten eintreten sowie friedenspolitisch aktiv sein wollen. Diese Union arbeitet vorwiegend in der Region Rostow sowie im Nordkaukasus. ■ Mehr als 5000 Menschen, darunter Armee- und Milizangehörige, Konflikt- und Katastrophenopfer, Lehrer und Pädagogen, Psychologen, Journalisten, kommunale Mandatsträger, Unternehmer, Lernende und Studierende aus verschiedenen Regionen Russlands haben sich in den vergangenen 15 Jahren an den Programmen der Union beteiligt. Sie gehört inzwischen zu den größten gesellschaftlichen Organisationen des Gebietes Rostow-am-Don. ■ Die Programme der vergangenen Jahre waren vielfältig, wie die Titel ihrer Veranstaltungen zeigen: «Dagestan als Zentrum Frieden schaffender Aktivitäten», «Frauen für ein Leben ohne Krieg und Gewalt», «Psycho-soziale Rehabilitation», «Regionale Beratung in sozialen und rechtlichen Angelegenheiten», «Frauenrechte Schritt für Schritt», «Frauen in der russischen Politik» sowie «Haushaltstransparenz» sind nur einige davon. ■ Ihre zivilen, friedensschaffenden Aktivitäten begannen die «Don-Frauen» während des Tschetschenienkrieges 1994 bis 1996, als ihre Aktivistinnen ins Kriegsgebiet reisten, um die Entlassung russischer Kriegsgefangener zu erreichen. Außerdem organisierten sie in Nowotscherkask humanitäre Hilfe für tschetschenische Kinder. Langfristiges Ziel der Union ist es, die Infrastruktur zum Schutz der Menschenrechte in der Region Rostow zu verbessern. ■ Seit zwei Jahren unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Frauenvereinigung. In dieser Zeit wurden bereits zwei Projekte realisiert: «Wir kennen unsere Rechte – und Du?» nannte sich ein Programm, das das zivilgesellschaftliche Engagement im Falle von

Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Institutionen erhöhen soll. «Veränderung gemeinsam planen» lautete der Titel des Projekts, um vertrauensbildende Maßnahmen für ein besseres Miteinander verschiedener sozialer, ethnischer und konfessioneller Gruppen in der Region aufzubauen. Dazu gehörte die Etablierung eines Dialogs zwischen russischen und tschetschenischen Lehrern, der zur Überwindung psychologischer Spätfolgen der beiden Tschetschenien-Kriege beitragen soll. Die Schullehrer dieser beiden Regionen gaben ein positives Echo zu dem Programm. Die Don-Frauen und die RLS wollen diesen Dialog nun auf zwei weitere nordkaukasische Regionen ausdehnen, nämlich auf Inguschetien und Nordossetien. Durch interaktive Bildung, Diskussionen, Rollenspiele, Modell- und Reha-Verfahren soll dabei ein weiterer Schritt zur Profilierung ortsansässiger zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich der Friedensentwicklung getan werden.

ERSTE SCHRITTE IN WESTAFRIKA NEUES BÜRO IN DAKAR GEPLANT

Die Stimme der Wahrheit, das ist in Mali das «Radio Kayira». In diesem Programm wird gesagt, was andere Sender verschweigen: Soziale und politische Probleme des Landes werden diskutiert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt «Radio Kayira», in Diskussionen von Hörerclubs kritische Debatten anzuregen, die die Alltagsprobleme der Menschen zur Sprache bringen. Damit wird vor allem auch die Bevölkerung der ländlichen Gebiete angesprochen. ■ Dies ist nur eines der Projekte der RLS, die seit 2008 in Westafrika verwirklicht wurden. Um die Arbeit zu vertiefen, wird die Stiftung im Frühjahr 2010 ein Regionalbüro in Dakar eröffnen. Dies soll die Arbeit mit den Projektpartnern noch besser organisieren und verstärkt aus der Region über Politik, Gesellschaft und emanzipatorische Bewegungen berichten. ■ Die Projektarbeit der RLS und ihrer Partner in Westafrika setzt bei der grundlegenden politischen Bildung an, damit die Menschen die nötigen Fähigkeiten erlernen, um sich am politischen Prozess stärker zu beteiligen und ihre Lebensbedingungen selbst mitzugestalten. ■



Ein Partner der RLS in der Casamance, einer besonders armen Region im Norden des Senegal, bietet ein Programm zur Gesundheitserziehung und staatsbürgerlichen Bildung an. Die Teilnehmerinnen lernen Grundlegendes über Kommunikation, Gesundheit und soziale Organisation. Ihre neuen Erfahrungen geben sie als Multiplikatorinnen in ihren Dörfern weiter. ■ Die Bildungscamps und Seminare des RLS-Partners «Social Action» im Niger-Delta thematisieren die Verbindung von wirtschaftlicher und ökologischer Zukunftsfähigkeit, Emanzipation und demokratischer Partizipation. Dies sind wichtige Themen im Delta, dessen Ökologie durch die Förderung von Rohöl stark beschädigt wurde und wo die Verteilung des Einkommens aus den Ressourcen umstritten ist. ■ In diesen und weiteren Projekten im Senegal, in Mali, Nigeria und Ghana werden Grundlagen für zivilgesellschaftliches und politisches Handeln gelegt, um die lokalen, nationalen und internationalen Rahmenbedingungen der eigenen Lebensumstände zu verstehen und zu verändern.

JETZT AUCH PRÄSENT IN ASIEN

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ERÖFFNET BÜRO IN HANOI

Mit einem Seminar zur Situation in Deutschland zwanzig Jahre nach dem Mauerfall eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. April 2009 ihr neues Büro in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi. Damit erhielt die RLS ihre neunte Auslandsvertretung. Zur Einweihung eingeladen waren VertreterInnen der Partnerorganisationen, politischer und akademischer Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und der Medien Vietnams sowie Repräsentanten deutscher Institutionen in Hanoi. Diese feierten gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Prof. Dr. Lothar Bisky und MitarbeiterInnen der RLS aus Hanoi und Berlin die Eröffnung als Meilenstein für eine Stärkung der Arbeit in Vietnam. ■ Neben vielen Dankesworten wurde in den Reden an die Solidarität der DDR-Bevölkerung mit Vietnam erinnert. Erwartungen an einen auch künftig fruchtbaren politischen Dialog wurden ausgesprochen. Dazu trug auch das anschließende Rosa-Luxem-

burg-Programm mit Regine Seidler und Jörn Schüttrumpf bei. ■ Auf großes Interesse beim vietnamesischen Publikum stieß das zwei Tage später stattfindende Seminar zur kritischen Bestandsaufnahme der Entwicklung der vergangenen 20 Jahre in Deutschland bis heute. Zu den Themen Wirtschaft, Bildung, Umweltpolitik und Geschlechtergerechtigkeit sprachen Hans Thie, Katrin Schäfgen, Almuth Tharan und Maria Wersig.

EIN RAUM FÜR ALLE

MEXIKO

Ein dunkles Büro mit drei spärlich möblierten Räumen im Süden von Mexiko-Stadt hallt jeden Sonntag von babylonischem Sprachgemisch und lautem Gelächter wieder. Hier lernen indigene MigrantInnen aus verschiedenen Regionen des Landes den Umgang mit neuen Technologien. Die Frauen und Männer treffen sich zur so genannten «Asamblea de Migrantes» (Migrantenversammlung), um zu erfahren, wie man mit dem Computer umgeht und Radiobeiträge produziert. Während die erwachsenen SchülerInnen Hand anlegen, toben ihre Kinder durch die Tischreihen oder proben im Nebenzimmer mit dem Blasorchester. ■ Verschiedene indigene Ethnien nutzen diesen «Raum für alle», wie das Büro der «Asamblea de Migrantes» angelehnt an die Philosophie der Zapatisten genannt wird. Neben den PC-Kursen werden rechtlicher Beistand, kulturelle Aktivitäten und ein Internetradio angeboten. Dieses einmalige Projekt hat sich das Ziel gesetzt, die indigene Identität zu wahren und zu einem integralen Bestandteil der neu gewählten Heimat zu machen. ■ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt die Weiterbildungen im Bereich mit gängiger Betriebssysteme und Software. Der Projektverantwortliche Apolinar González erklärt, das Konzept der Open Source-Software passe perfekt zur indigenen Philosophie, da beide dem individuellen Besitzdenken die Idee eines gemeinsamen Beitrags zum Wohl der Gesellschaft entgegen stellen. So leistet die «Asamblea de Migrantes» mit modernen Technologien ihren Beitrag zur sozialen Transformation.



SCHNITTSTELLE DEUTSCHER UND ISRAELISCHER LINKER

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ERÖFFNET BÜRO IN TEL AVIV

Die Rosa Luxemburg-Stiftung hat am 11. März 2009 ein Büro in Tel Aviv eröffnet. Es könne neue Ansätze für die Zusammenarbeit schaffen und den Austausch deutscher und israelischer Linker fördern, erklärte Florian Weis, Geschäftsführer, bei der Eröffnung. Damit sind nun alle parteinahen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien in Israel präsent, hob der deutsche Botschafter Harald Kindermann bei der Einweihung hervor. ■

Die Rosa Luxemburg-Stiftung kooperiert in Israel bereits seit mehreren Jahren mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für alternative Bildung, die Vermittlung demokratischer Werte, den jüdisch-arabischen Dialog und in der Friedensarbeit engagieren. Das neue Büro bietet nun eine Grundlage für die Ausweitung dieser Arbeit. ■ Die erste große Veranstaltung war ein Symposium zum «Vermächtnis Rosa Luxemburgs für deutsche und israelische Linke», an dem 250 Interessierte teilnahmen. Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, resümierte ihre Erfahrungen mit zweieinhalb Gesellschaftssystemen, namentlich dem real existierenden Sozialismus, dem real existierenden Kapitalismus und der so genannten Wendezeit. Demzufolge sei die Botschaft Luxemburgs, dass Freiheit immer die «Freiheit der Andersdenkenden» sei, weder in der Bundesrepublik noch im Staat Israel umfassend umgesetzt. ■

Die Leiterin des neuen Büros in Israel Dr. Angelika Timm, betonte, sie sehe es als ihre Aufgabe an, in Israel Kenntnisse über Deutschland und die deutsche Linke zu vermitteln, eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der israelischen Zivilgesellschaft anzustreben und zur Entwicklung eines realistischen Israelbildes in Deutschland beizutragen. ■ Die Resonanz israelischer Wissenschaftler, Politiker und zivilgesellschaftlicher Akteure auf das Luxemburg-Symposium war groß. Dort habe sich «mit das Beste, was die israelische Linke, die sich nicht verraten hat, aufzubieten hat», versammelt, erklärte Moshe Zimmermann, Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem. Das sei ein «Riesenkompiment», lege der RLS jedoch auch eine besondere Verantwortung für ihre künftige Arbeit auf.

ZIVILGESELLSCHAFT ALS LACKMUSTEST ISRAELISCHER DEMOKRATIE

Die Wurzeln der israelischen Zivilgesellschaft sind bereits in der Zeit vor der Gründung des Staates Israel zu verorten. Zu einem wichtigen Faktor wurde die Zivilgesellschaft jedoch erst in den 1990er Jahren. Den Impulsen aus den veränderten internationalen, regionalen und landesspezifischen Konstellationen folgend, wandelten sich die Gesellschaft und ihr Wertesystem grundlegend. Die Vertretung von individuellen und Gruppeninteressen brach zunehmend den jüdisch-nationalen Konsens auf bzw. überlagerte ihn. Das nunmehr gültige neoliberale Wirtschaftskonzept war mit dem Abbau von Sozialleistungen verbunden. In vielen Bereichen zog sich der Staat aus seiner Verantwortung zurück. Während 1982 in Israel lediglich 3.000 gemeinnützige Vereinigungen existierten, waren im Jahr 2000 bereits über 30.000 Verbände registriert. Doch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Bürgergesellschaft veränderte sich. Neue Aktionsfelder wurden erschlossen bzw. neue Strategien entwickelt; die Einflussmöglichkeit auf politische Entscheidungen nahm sichtbar zu. ■ Die Strukturen und Wirkungsbereiche der israelischen Zivilgesellschaft folgen weitgehend den sozioökonomischen, multiethnischen, weltanschaulich-politischen und religiös-kulturellen Widerspruchsachsen des Landes. Wichtige Anliegen sind:

- die Interessenvertretung nationaler und ethnischer Gruppen;
- die Reflexion von Widersprüchen im Verhältnis von Staat und Religion bzw. zwischen den religiösen Gemeinschaften;
- das israelisch-palästinensische Verhältnis;
- die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- Fragen sozialer Fürsorge und Ratgebung;
- die Wahrung bzw. der Schutz von Menschenrechten;
- Initiativen im Bildungs- und Kulturbereich;
- die Gender-Problematik;
- ausgewählte Fragen des Umweltschutzes.



Auch die israelischen Staatsbürger palästinensischer Nationalität schufen sich eigene zivilgesellschaftliche Strukturen. Ihr gewachsenes Selbstbewusstsein – resultierend aus demographischen Veränderungen, Generationswechsel, höherem Bildungsstand und dem internationalen Prestigezuwachs für den palästinensischen Faktor – bewirkten, dass arabische NGO 17 Prozent aller israelischen Vereinigungen, die auf gesellschaftliche Veränderung drängen, darstellen. Den Hauptteil der arabischen Organisationen bilden freilich Einrichtungen, die fehlende staatliche Dienstleistungen anbieten, in Bereichen der Sozialhilfe, Kultur, Bildung und Freizeit, aber auch zum religiösen Selbstverständnis. ■■■■ Wenngleich die jüdische und die arabische Zivilgesellschaft hinsichtlich ihres Einzugsbereichs, ihrer Programmatik und ihrer inneren Struktur weitgehend getrennt voneinander existieren, entwickelten sich immer wieder auch Formen der Zusammenarbeit. Deren Erfolg bzw. Misserfolg war und ist erkennbar an die Höhen und Tiefen des nahöstlichen Friedensprozesses gebunden. Ansätze für binationale Organisationen verbreiteten sich z.B. im Gefolge der Vereinbarungen von Oslo; während der zweiten Intifada dagegen fanden sie auf beiden Seiten geringere Resonanz. ■■■■ Aufgrund seiner historischen Entwicklung stellt Israel kein typisches Beispiel für die Bürgerdemokratie bzw. für die Formierung zivilgesellschaftlicher Strukturen dar. Die Spezifik der Staatsgründung und der Bevölkerungsentwicklung, der andauernde Kriegszustand mit den arabischen Nachbarn, die Herrschaft über eine große Gruppe nicht-jüdischer Staatsbürger bzw. Bewohner besetzter Territorien, jedoch auch die Politik der permanenten Zugeständnisse gegenüber religiösen Parteien und Interessengruppen verhinderten die strikte Umsetzung des liberalen Demokratiemodells. ■■■■ Die Fallstudie Israel weist zudem aus, dass Zivilgesellschaft nicht unbedingt mit gesellschaftlicher Progression deckungsgleich ist. NGO sind einerseits in der Lage, Druck auf die staatliche Entscheidungsfindung auszuüben und die Gesellschaft zu demokratisieren; andererseits können sie durchaus auch Partikularisierungsprozesse fördern, der religiösen Orthodoxie dienen oder den Vormarsch nationalreligiöser Kräfte bzw. der konservativen Rechten stützen. Zivilgesellschaft ist daher kein All-

heilmittel für die Probleme der modernen Gesellschaft. Sie kann die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen, muss den Staat jedoch kritisch begleiten. ■■■■ Eine Vielzahl jüdischer und arabischer NGOs sorgte dafür, dass Diskussionen über Bürger- und Menschenrechte, über Verfassungsgrundsätze und Rechtsstaatlichkeit oder über die Transparenz politischer Entscheidungen und öffentliche Kontrolle zu einem Bestandteil der politischen Kultur wurden. Gerade zu einem Zeitpunkt, da sich in Israel tiefe «Politikverdrossenheit» bzw. eine «Entfremdung» zwischen Bürger und Staat abzeichnen, kommt der Bürgergesellschaft besondere Bedeutung zu. Künftige politische und soziale Weichenstellungen werden daher nicht zuletzt durch die Stärke oder Schwäche der Zivilgesellschaft beeinflusst werden. Das bezieht sich sowohl auf innergesellschaftliche Fragen als auch auf das israelisch-palästinensische Verhältnis. In diesem Sinne stellt die Entwicklung der Zivilgesellschaft durchaus einen «Lackmustest» für den Ausbau der israelischen Demokratie oder für die Rücknahme demokratischer Werte und Errungenschaften dar.

VERNETZUNG FÜR DIE LINKEN

**ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ERÖFFNET
BÜRO IN RAMALLAH**

Ein halbes Jahr Vorbereitungszeit hatte es gekostet, bis Büroleiter Peter Schäfer am 6. Oktober 2008 das neue Büro der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** in Ramallah in den Palästinensischen Gebieten eröffnen konnte. Zur Einweihung kamen führende VertreterInnen der palästinensischen Linken, insgesamt über 100 palästinensische und deutsche Gäste. ■■■■ Die Reden, die zu diesem Anlass gehalten wurden, gaben den Geladenen einen Eindruck von der Rolle des neuen Büros und der Stiftung. Es sprachen Klaus Burkhardt, Leiter des Deutschen Vertretungsbüros in den Palästinensischen Gebieten, sowie Heinz Vietze, Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und brandenburgischer Landtagsabgeordneter der Partei DIE LINKE. Für die Gäste symbolisierte diese Kombination das besondere System der deutschen politischen Stiftungen: Die RLS ist Teil



der öffentlich geförderten Bildungsarbeit und auch der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Mit ihrer Nähe zur Partei DIE LINKE nimmt sie eine wichtige Rolle innerhalb der politischen Diskussion in Deutschland ein. ■ Die RLS ist bereits seit acht Jahren in den von Israel besetzten Gebieten aktiv. Sie stärkte Frauen, damit diese ihre Rechte besser einfordern können, und bot eine Plattform zur Diskussion innerpalästinensischer Konfliktthemen. Mit der Eröffnung des Büros in Ramallah wird sich die Stiftung nun verstärkt darauf konzentrieren, säkular-demokratische Werte in der palästinensischen Gesellschaft zu fördern und mögliche Ansätze für eine eigenständige Kontrolle der Entwicklung zu unterstützen. ■ Bereits die Eröffnungsveranstaltung war ein Erfolg. Nach eigenen Aussagen trafen sich einige der Gäste aus Politik, Akademie, Medien und Nichtregierungsorganisationen «zum ersten Mal seit Jahren» wieder und nutzten die Gelegenheit zum Meinungsaustausch. Denn auch darin sieht die RLS ihre Rolle: Menschen zu vernetzen und eine Plattform für politische Diskussion zu bieten, die über Landes-, Partei- oder Klientelgrenzen hinausgeht.

ROSA LUXEMBURG GOES EUROPE

ERÖFFNUNG DES STIFTUNGS-BÜROS IN BRÜSSEL

Am 10. Dezember 2008 wurde in Brüssel das neue Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der «Hauptstadt Europas» eröffnet. Büroleiterin Birgit Daiber freute sich über die hochrangigen Gäste, darunter einer aus Somalia. Asha Hagi Elmi von der Organisation «Save Somali Women and Children» (SSWC) hatte erst am Tag zuvor den «Right Livelihood Award» 2008, den Alternativen Nobelpreis, in Stockholm entgegen genommen und sprach nun zur Eröffnung des neuen Europa-Büros der RLS. ■ Der Publizist und Theologe Friedrich Schorlemmer nahm in seiner Rede das 60. Jubiläum der UN-Menschenrechtserklärung zum Anlass, über die Einheit und Unteilbarkeit der Menschenrechte zu sprechen. Er ging der Frage nach, welches Gewicht diese Freiheitsrechte hätten, wenn man die sozialen Rechte unberücksichtigt lassen würde. ■ Für die RLS sprachen der Vorsitzende der Europäischen Linken Prof. Dr. Lothar

Bisky und Dr. Helmuth Markov, Direktor der RLS-Auslandsabteilung. ■ Ziel der RLS in Brüssel ist es, fundierte Alternativen zum neoliberalen Modell vorzulegen und an der Reformierung der europäischen Idee weiterzuwirken. Dabei wird es um soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftsdemokratie und zivile Strategien der Friedens- und Sicherheitspolitik gehen. Es wird diskutiert, wie eine partizipative Demokratie in allen Gesellschaftsbereichen verwirklicht werden kann. ■ Das Brüsseler Büro wird eng mit den übrigen Büros und Partnern der Rosa-Luxemburg-Stiftung in allen Weltregionen zusammenarbeiten. Büroleiterin Birgit Daiber betonte, das Büro Brüssel werde spezifische Fragen der Entwicklung einer gerechten Weltgesellschaft in die europäische Debatte einbringen.

im eigentlichen Sinn des Wortes sei nötig, um die komplizierte Lage im Nahen Osten zu verstehen, waren sich die Anwesenden einig. ■■■ Bärbel Romanowski warf einige zentrale Fragen auf: Welche Rolle spielen die jüdischen Siedlungen? Wie ist der Status von Jerusalem? Wie kann das Flüchtlingsproblem gelöst werden? Wo könnten die Grenzen eines souveränen palästinensischen Staates verlaufen? Welche Rolle kann und soll Europa in diesem Prozess spielen?

DAS EXISTENZRECHT ISRAELS

Als «einzige Demokratie im Nahen Osten» und als «Land ohne Nachbarn» charakterisierte Ilan Mor, Gesandter der israelischen Botschaft, sein Land. Israel sei seit 60 Jahren bedroht. Sein Existenzrecht werde nicht nur von radikalen palästinensischen Organisationen bestritten, sondern auch von Nachbarstaaten immer wieder in Frage gestellt. Der Gesandte warb um Sympathie: «Israel braucht Verständnis, nicht den moralischen Zeigefinger.»

■■■ Prof. Dr. André Brie, Europa-Abgeordneter der Delegation der Linken in der «Konföderalen Fraktion GUE/NGL», der wiederholt den Nahen Osten bereist hatte, verwies auf seine jüdischen Wurzeln und betonte, andere Länder könnten Kriege verlieren; sie seien dann immer noch existent. Israel hingegen könne keinen Krieg verlieren, denn dann wäre es ausgelöscht. Er ging auch auf die Situation in seiner Partei DIE LINKE ein. Eine Reihe Bundestagsabgeordneter, Mitglieder und Sympathisanten übten eine aus seiner Sicht einseitige und damit falsche Solidarität mit der Hamas und anderen radikalen palästinensischen Gruppen, betonte Brie. Er bezeichnete die Anerkennung des Existenzrechts Israels als Voraussetzung, um die israelische Politik kritisieren zu können. ■■■ Pessimistisch zeigte er sich hinsichtlich einer Lösung des Nahost-Problems. Auch nach der Konferenz von Annapolis bei Washington sei der Friedensprozess nicht wirklich vorgekommen. Das Nahost-Quartett, in dem die Europäische Union gemeinsam mit den USA, Russland und der UNO vertreten ist, habe bisher keine greifbaren Ergebnisse gebracht.

GEDULD IST GEFRAGT

Ilan Mor erklärte daraufhin, die Uhren im Nahen Osten gingen anders als in Europa. Es bedürfe viel Geduld und Zeit, um eine nicht von außen oktroyierte Lösung zu finden. Das hätten bereits die Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten gezeigt, die sich über einen sehr langen Zeitraum hingezogen hätten. Wichtig sei, dass Israelis und Palästinenser miteinander sprechen: «Wenn wir miteinander reden, werden wir nicht aufeinander schießen.» ■■■ Holk Freytag, Intendant des Staatsschauspiels Dresden, hat als erster deutscher Regisseur längere Zeit in Israel gearbeitet. Bei der Veranstaltung in Berlin sprach er die Siedlungsproblematik an und kritisierte, dass Israel den Palästinensern lediglich einen Flickenteppich als Staatsgebiet anbiete. Der Intendant verglich außerdem das Theaterleben in Israel mit dem deutschen. Beeindruckt habe ihn nicht nur die im Vergleich zur BRD zehn Mal höhere Besucherzahl der Theater in Israel, sondern auch die Aufbruchstimmung im Land und die Rolle des Theaters als politische Institution. Einen «Kulturbruch» habe er nicht empfunden: Es sei für ihn ein größerer Unterschied gewesen, von Westdeutschland nach Ostdeutschland zu kommen, als von Westdeutschland nach Israel.

BAUSTELLE EUROPA

WENN WIR MITEINANDER REDEN, WERDEN WIR NICHT AUF EINANDER SCHIESSEN

BRENNPUNKT NAHER OSTEN IN DER REIHE
«BAUSTELLE EUROPA»

«Fahren Sie nach Israel! Besuchen Sie den Nahen Osten!», forderten gleich mehrfach die Besucher der Veranstaltung, zu der Moderatorin Bärbel Romanowski Mitte Dezember 2008 in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin eingeladen hatte. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Baustelle Europa» stand das Thema «Brennpunkt Naher Osten. Zwischen Krieg und Hoffnung» auf dem Programm. «Weltanschauung»

ISRAEL ALS QUASI-EU-MITGLIED?

Kurz vor der Veranstaltung hatten die EU und Israel ein Assoziationsabkommen geschlossen, um ihre Beziehungen zu vertiefen. Kritiker merken an, dass Israel damit der Status eines Quasi-EU-Mitglieds verliehen worden sei. Das Abkommen erlaube eine weitaus stärkere Beteiligung Israels an europäischen Gemeinschaftsprogrammen als zuvor. Es stärke die Beziehungen zwischen der EU und Israel in vielen Bereichen, von der Wirtschaft, dem Handel, der Wissenschaft und der Sicherheit bis hin zur Diplomatie. ■ Auf Nachfrage der Moderatorin bestätigte der Gesandte Ilan Mor, er sei stolz auf diesen Erfolg der israelischen Diplomatie. Die Entscheidung der EU, die Beziehungen zu Israel zu intensivieren, sei für sein Land moralisch von großer Bedeutung. ■ Prof. Dr. André Brie erklärte, prinzipiell sei das Abkommen eine richtige Entscheidung der EU. Doch habe er sich einen passenderen Zeitpunkt gewünscht, nicht einen Zeitpunkt, an dem die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche ins Stocken geraten sind, an dem radikale israelische Siedler ein Pogrom an der palästinensischen Bevölkerung Hebrons verübt haben und an dem Hardliner aussichtsreiche Plätze auf der Liste der rechtsextremen Likud-Partei für die Parlamentswahlen erhalten hatten.

BRENNPUNKT AFRIKA: ZWISCHEN AUFBRUCH UND ARMUT

IN DER REIHE «BAUSTELLE EUROPA» GING ES UM DIE POLITIK GEGENÜBER DEM SCHWARZEN KONTINENT

Die Politik Europas gegenüber Afrika stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung, die Bärbel Romanowski für die Reihe «Baustelle Europa» der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang September 2008 im Europäischen Haus in Berlin moderierte. Die Podiumsteilnehmer von «Brennpunkt Afrika: Zwischen Aufbruch und Armut» berichteten zunächst von ihren persönlichen Erfahrungen. Es sei schwierig, in Mosambik Geschäfte zu machen, wenn man nicht zu den Clans gehöre, die das Sagen haben, erklärte Emiliano Chaimite, Vorstandsmitglied des Ausländerrates Dresden. Der aus Mosambik stammende Referent sagte, noch immer werde «Schmiergeld» erwartet, um die nötigen Papiere von der Bürokratie zu bekommen. ■ Gängige Vorurteile über Afrika widerlegte Andrej Hermlin, Bandleader des «Swing Dance Orchestra». Der bekannte Swing-Musiker ist mit einer Kenianerin verheiratet und besucht regelmäßig deren Heimatland. Er beschrieb Kenia als relativ friedlich, auch wenn es bei Wahlen bereits zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen sei. Die blutigen Ereignisse vom Januar/Februar 2008 hätten sich vor allem auf Elendsgebiete in West-Kenia konzentriert. Jetzt sei die Lage stabil, doch lägen in den stark steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen neue Bedrohungen. ■ Die Europa-Abgeordnete der LINKEN Gabi Zimmer sieht Fortschritte in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Afrika. Die frühere PDS-Bundesvorsitzende sagte, die EU habe ihre Afrika-Strategie auf zehn Jahre angelegt. In dieser Zeit sollten die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit verdoppelt, die Bildungs- und Gesundheitssysteme gefördert und ein europäisches «Peace Corps» sowie europäisch-afrikanische Partnerschaften von Parlamen-

ten, Gemeinden, Schulen, Universitäten oder Unternehmen eingerichtet werden. Trotzdem gebe es keine EU-Gesamtstrategie, sagte Gabi Zimmer. Denn: Die Grenzen würden undurchlässiger. Die EU-Innenminister forderten die Einrichtung von Auffanglagern für Migranten. Die zunehmende Arbeitsmigration sei jedoch nicht durch Abschottung zu bekämpfen. ■ Andrej Hermlin nannte die Flüchtlinge, die das Mittelmeer überqueren, «Vorbote kommender Verteilungskämpfe» um Wasser, Öl und andere Ressourcen. Es genüge nicht, nur Geld in die afrikanischen Länder zu pumpen. Entscheidend sei die «Hilfe zur Selbsthilfe» und in diesem Zusammenhang die Vermittlung von Bildung. ■ Gabi Zimmer hob hervor, dass die afrikanischen Staaten sowohl nach gleichberechtigten Wirtschaftsbeziehungen als auch nach einer Partnerschaft mit der EU auf Augenhöhe strebten. Die Politikerin der LINKEN machte auf eine neue, Besorgnis erregende Tendenz aufmerksam: In der EU-Bürokratie gebe es in jüngster Zeit Stimmen, die darauf drängten, den Prinzipien guter Regierungsführung einen geringeren Stellenwert einzuräumen als bisher, um beim Zugang zu natürlichen Ressourcen China, Indien und einer Reihe anderer Staaten zuvor zu kommen. ■ Die Podiumsteilnehmer berichteten von ihrem persönlichen Engagement in Afrika. Emiliano Chaimite kam 1986 aus Mosambik als Auszubildender in die DDR, wo er im Heizkesselwerk Schönebeck zum Gießereifacharbeiter ausgebildet wurde. Nach der Wende blieb er, anders als die meisten seiner Landsleute, und etablierte sich unter großen Schwierigkeiten. Seit 1991 lebt er in Dresden und sitzt dort im Vorstand des Ausländerrates. Er gründete den Verein für afrikanisch-europäische Verständigung «Afropa e.V.», der politische Bildung vermittelt, Projekte in Deutschland und Mosambik durchführt sowie Kisuaheli-Sprachkurse anbietet. ■ Andrej Hermlin, der Berliner Jazzmusiker mit der Vorliebe für das Amerika der 30er Jahre, berichtete, wie er vor acht Jahren zum ersten Mal nach Thumaita kam, ins Heimatdorf seiner Frau. Heute hat er dort seinen zweiten Wohnsitz eingerichtet und engagiert sich sozial und politisch. Er schilderte, wie er eine Müllabfuhr für Thumaita organisierte und mit privaten Spenden zum Anstrich der Häuser am Dorfplatz, zur Aufstellung von Straßenlaternen und Sanierung der Dorfschule beigetragen hat. ■ In der Debatte beklagte eine Teilnehmerin, die Chancen und Möglichkeiten Afrikas seien zu wenig beleuchtet worden. Es wurde auch angemerkt, dass die EU eigentlich nur die Position der Herrschenden in den Mitgliedsstaaten vertrete. Darauf entgegnete Gabi Zimmer: «Die EU sind nicht nur die Herrschenden, sondern die EU sind wir.» Die Linke müsse sich noch stärker in die europäische Politik einmischen. Bereits jetzt seien Erfolge zu verzeichnen. ■ Ein Teilnehmer merkte an, dass die Ursache der Probleme Afrikas im Kapitalismus lägen. Ohne die Beseitigung dieser Ursache seien auch die Probleme nicht zu lösen. Dem hielt Andrej Hermlin entgegen, dass es etwa in Lateinamerika – bei allen Schwächen – hoffnungsvolle Anzeichen für einen «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» gebe.

DIE UMWÄLZUNG DES POLITISCHEN RAUMS

EINE EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN KRISE
DURCH DAS INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

Krisen sind übervolle Zeiten. Sie erschüttern, überschreiten Grenzen und machen Angst. Die Sprache ändert sich, Worte verlieren ihre Magie, neue Texte werden geprobt. Neue Zusammenhänge müssen begriffen werden, Vertrautheiten zerfallen. Krisen erzwingen Entscheidungen – auch deshalb kommt unversehens überall Macht ins Spiel. Zwang, Widerspruch und auch Gewalt treten ganz neu auf die Bühne. ■ Die Stärke gesellschaftlicher und politischer Akteure zeigt sich über Nacht: nicht die Parlamente, sondern die Exekutiven machen Krisenpolitik. Handlungen, Ideen und Visionen werden plötzlich dringend danach beurteilt, welche Zukunftsfähigkeit sie besitzen: Führen sie aus der Krise? Welche Sicherung vor Krisen bieten sie? Welche Welt wird dann sein? Wohin wollen wir? Welche Pfade sollen wir einschlagen? ■ Beim Aufgreifen und Beantworten dieser Fragen geht es um strategische Politik. Und da Krisen immer auf Neuverteilungen von Macht hinauslaufen, fügen die Akteure der Macht ganz privat und für sich diesen Fragen immer noch eine weitere hinzu: Wie wird unsere Macht vor der Krise gesichert? Welcher Pfad der Krisenlösung schafft uns Machtgewinn, also eigene Politikfähigkeit und Zuwachs an von uns kontrollierten Ressourcen? Welche Welt wird uns gehören? Wie die Zeit seit 2007 zeigt: Für Antworten in ihrem Sinne dementieren sie ihre eigene Theorie und Praxis im Zweifel bedenkenlos.

DER CHARAKTER VON KRISEN

Für viele Machtlose oder Entmachtete allerdings erschöpft sich der Charakter von Krisen im Verlust. Die Möglichkeiten von Krisen, ihr Zwang zu Neuem und der Zukunftsdrang, den sie in Gang setzen, werden darüber oft vergessen. Stattdessen erschöpft die neue Not die Menschen: Es geht immer mehr nur um das unmittelbar Notwendige. Der Blick auf die drückend und unsicher gewordene Gegenwart wird dann gefestigt durch das scheinbar risikoarme Aufrufen der Krisenlösungen der Vergangenheit und deren Mythen. ■ Richtig daran ist, dass es im Kapitalismus tiefe, strukturelle Krisen bei allen Zufälligkeiten nicht gibt ohne die Momente des Systematischen, Zwingenden oder sogar Organischen, sie sich also in langen historischen Zeiträumen ausprägen. Deshalb sind mit einiger Sicherheit solche Krisenanalysen verfehlt, die das Ineinandergreifen von Strukturen und Prozessen mit womöglich krass unterschiedlicher Zeitdauer, Räumlichkeit und Kraft zugunsten der Wirksamkeit eines vor allem wirksamen Faktors hinten stellen.

MEHR ALS EINE NORMALE KONJUNKTURKRISE

Die Krise brach als sektorale Krise aus, als in der Dynamik einer auf den ersten Blick «normalen» Konjunkturkrise die Spekulationsblase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt platzte. Hinter dieser verbarg sich aber eine Überproduktions- und -akkumulationskrise, über die sich in den letzten drei Jahrzehnten ein finanzmarktgetriebener Kapitalismus aufgebaut hatte. Er war der Kern der Globalisierung einer neoliberalen Kapitalismusformation, die mit der Finanzkrise die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929 hervorbrachte. ■ Doch es geht um



noch mehr als um die Verbindung einer Konjunktur-, Finanz-, Überakkumulations- und Weltwirtschaftskrise: In der Matrix dieser Krisen spiegelt sich letztlich die tiefe Struktur- und Wachstumskrise eines kapitalistischen Entwicklungs- und Expansionsmodells wider, das im letzten Viertel des vorletzten Jahrhunderts entstanden war. Zu dieser schon jahrhundertalten Kombination von Fossilismus, Konsumismus, Imperialismus und Militarismus kam in den 70ern die «financialization» hinzu. Sie bildeten die basale Expansionsmatrix unaufhörlicher Akkumulation von Kapital. ■ Doch ihre große Kraft lässt nach. Die aktuelle Krise ist das bislang deutlichste Zeichen dafür, dass das lange Jahrhundert dieser eigentümlichen Expansionsmatrix kapitalistischer Akkumulation ausläuft.

DIE NEUEN LINKEN

Das 1989/1991 dramatisch kumulierte lange Ende der historischen Linken und ihrer Bändigungs-, Modifizierungs- und Ausbruchversuche aus dieser Matrix war das politische Vorzeichen des beginnenden Ausklangs dieser hohen Zeit des Kapitalismus. Die seitdem geleisteten zwei Jahrzehnte Arbeit an einer neuen Linken bedeutet, dass sie dieses, sie durch und durch prägende lange Jahrhundert als die zentrale historische Basis ihres Selbstverständnisses, ihrer Theorie und Praxis in den Blick nimmt und sich verändert. ■ Unmittelbar aber zeichnet sich ein Krisenkapitalismus ab, in dem die Verknüpfung dieser Krisenprozesse verbunden ist mit absehbar äußerst heftigen sozialen und politischen Richtungskonflikten, mit denen die verschiedenen Krisenbrüche bearbeitet werden.

DIE KERNFRAGE DER LINKEN IN DEN NÄCHSTEN JAHREN

In Krisen werden also immer hergebrachte Grundentscheidungen und Pfadorientierungen hinterfragt: Nützt die alte Strategie des Wachstums durch Export noch? Müssen industrielle Produktion und Dienstleistung, privat und öffentlich, staatlich und zivil, zentral und dezentral, Demokratie und Autoritarismus neu austariert werden? Stimmen die Grundmaximen wirtschafts-, industrie- und arbeitspolitischen Handelns noch? Wie lange noch wird es dauern, bis die nun schon jahrzehntelang sich vertiefende und ausweitende soziale Spaltung die Gesellschaften

doch zu zerreißen beginnt? Warum nicht versuchen, durch radikale Experimente und gesellschaftlicher Planung zukunfts-fest und nachhaltig aus der Krise heraus zu kommen?

ZERSTÖRUNG DER STOFFLICHEN GRUNDLAGEN

Ist überhaupt dieses Struktur- und Wachstumsmuster mit-samt den dazu gehörenden Politiken, also die schon jahrhun-dertalte basale Expansionsmatrix unaufhörlicher Akkumula-tion von Kapital, noch haltbar, zumal wenn sie nicht nur zwingend (wie eben wieder) Innovation und Richtungsände-rungen nur als Resultat der katastrophischen Brüche der Über-akkumulation hervorbringen kann, sondern nunmehr es auch mit geschichtlich neuartigen Konsequenzen ihres eigenen Tuns zu tun bekommt – dass nämlich der Stoffwechsel mit der Natur gründlich und irreversibel außer Tritt zu geraten beginnt?

Die Erschöpfung dieser Matrix wird rapide unausweich-lich. Sie kann einen kapitalistischen Stoffwechsel mit der Natur als Grundlage kapitalistischer Akkumulation (und Überakku-mulation) nicht mehr realistisch sichern. Um die Zerstörung der stofflichen, sozialen und ökonomischen Strukturen und Ver-fahren der alten Expansionsmatrix erfinden, vorantreiben und ersetzen zu können, muss das neoliberale Framework eines fi-nanzmarktdominierten Kapitalismus und seiner Ökonomie der Enteignung verlassen werden. Das ist für die Linke die Kern-frage der nächsten Jahre. Aus den unterschiedlichen Zeit- und Tiefendimensionen der aktuellen Krisenmatrix und deren Sta-bilität ergibt sich, dass ihre Politik ebenso differenziert, also ra-dikal wie realistisch, pragmatisch wie grundsätzlich sein muss.

MOMENTE DES ZERFALLS

Aktuell aber wird die gegenwärtige Krise von den Lösungsvor-schlägen und -praxen, Zielsetzungen und Verfahren der alten Macht geprägt, auch wenn die neoliberale Konsensproduktion durch «soft power» massiv erschüttert und das Gehäuse der neoliberalen Leitideen zerbrochen ist. Es ist also weiter die Zeit der Herrschenden, nicht der Beherrschten. Freilich bringt diese ihre ganz eigenen, eigentümlichen Schweb- und Übergangs-zustände mit sich: Starke Momente der Destabilisierung und des Zerfalls der bisherigen Bündnisstruktur und der damit verknüpften Machtressourcen sind offensichtlich – doch diese Zerfallsmomente des herrschenden neoliberalen Blocks, der die herrschenden Klassen und ihre regierenden politischen Eli-ten bestimmt, ist nicht die Haupttendenz. Diese ist: die Ver-schärfung der Konkurrenz im Block, starke Polarisierungen mit Elementen des Ausbruchs, Bröckeln des Zentrums, Stärkung autoritärer Politiken, Neu-Arrangements von Allianzen, Hinzu-kommen neuer Akteure, Öffnungen der Politik. Solche Mo-mente des Zerfalls sind also Ursachen wie Begleiterscheinun-gen von Re-Arrangements und Machtstabilisierungen. Der ganze politische Raum ändert sich und wird umgewälzt. Die Krise, Krisenpolitik und die Veränderungen der Linken in der Krise sind daher das Schlüsselthema des neuen «Instituts für Gesellschaftsanalyse» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, seiner Forschung, Publikationen und Veranstaltungen. Und übrigens: Die Turbulenzen in den herrschenden Kreisen haben oft auch recht handfeste materielle Hintergründe. Die Anzahl der «Ultra-



High Net Worth Individuals» (Menschen mit einem Mindestver-mögen von 30 Million US-Dollar) und ihr Vermögen sind 2007/ 2008 um ein Viertel geschrumpft – drei Jahre robuste Vergrö-ßerung globaler Ungleichheit sind dahin, die Zahl der vermö-genden Privatpersonen und der Wert ihres Vermögens sind doch tatsächlich unter die Marken von 2005 gefallen! Auch bei den Superreichen ist das Elend der Krise angekommen.

DIE ARBEIT DER ZUKUNFTSKOMMISSION IM JAHR 2008

Im Jahr 2008 wurden in einem längeren Arbeits- und Diskussi-onsprozess die Schwerpunkte für die künftige Arbeit der Zu-kunftscommission neu bestimmt. Der Hintergrund hierfür ist das Anliegen, die Qualität ihrer Tätigkeit und ihrer Ergebnisse weiter zu steigern und an veränderte gesellschaftliche und politische Bedingungen anzupassen. Fixiert sind die Schwerpunkte der Neuausrichtung in der Konzeption vom 6. Oktober 2008 «Erhöhte Anforderungen und Reorientierung: Rat für radikale Realpolitik – Die Zukunftskommission der RLS». Die Zu-kunftscommission wird in ihrer künftigen Arbeit Standpunkte herausarbeiten, die untersuchen, ob die gegenwärtig sich ver-tiefenden Krisen und die Risse in der neoliberalen Hegemonie auf die Herausbildung einer «postneoliberalen Konstellation», einer Entwicklungsperiode nach der gegenwärtigen neoliberalen Periode des Kapitalismus hindeuten. Welche möglichen Zu-künfte, welche Varianten des Kapitalismus und/oder welche Chancen einer emanzipatorischen Transformation sind absehbar oder vorstellbar? Wird es im Kern eher wieder eine stärker soziale Abfederung kapitalistischer Entwicklung oder eher mehr autori-täre Herrschaftsformen geben? Sicher ist, dass die Bearbeitung der ökologischen Krise eine zentrale Stellung einnehmen – sich womöglich ein grüner Kapitalismus herausbilden wird. Die sehr unterschiedliche Entwicklung alternativer Akteure sowohl im Spektrum sozialer Bewegungen als auch linker Parteien auf nationaler und internationaler Ebene ist weiter zu untersuchen. Das vorliegende Konzept der Zukunftskommission, das be-reits deren Entwicklung im zweiten Halbjahr 2008 zunehmend bestimmte, umfasst die folgenden Aspekte:

I. STÄRKERE KONZENTRATION AUF DIE ARBEIT ZU LANGFRISTIGEN TENDENZEN UND STRATEGIEN

Die Zukunftskommission wird stärker als bisher für die Bearbeitung und Diskussion langfristiger, perspektivischer, strategischer Fragen zuständig sein. Sie wird

- Tendenzen und Szenarien kapitalistischer Transformation untersuchen und aus linker Perspektive Möglichkeiten und Schritte sozialistischer Transformation entwickeln und diskutieren. In Anlehnung an Rosa Luxemburgs radikale Realpolitik werden Einstiegsprojekte entwickelt und mit konkreten Utopien einer «solidarischen Gesellschaft» verbunden.
- Das gemeinsame Element dieser beiden Herangehensweisen an mögliche Zukünfte ist weniger der Versuch der Bestimmung erwartbarer Entwicklungen als vielmehr die Gewinnung von Orientierungswissen für die Entwicklung eingreifender radikaler realpolitischer Strategien zur Transformation der Gesellschaft(en) mit demokratisch-feministischer sozialistischer Perspektive.

II. VERÄNDERUNGEN IN DER ARBEITSWEISE DER ZUKUNFTSKOMMISSION UND DIE REIHE «EINUNDZWANZIG»

Die Arbeit der Zukunftskommission wird sich inhaltlich stark um die Erarbeitung, Diskussion und Herausgabe einer neuen Publikationsreihe «einundzwanzig» gruppieren. ■ Die Leitung der Zukunftskommission ist Ende 2008 an Dr. Mario Candéas übergegangen. Prof. Dr. Dieter Klein hat im Rahmen der Zukunftskommission die Funktion des Herausgebers der Reihe «einundzwanzig» übernommen. Darüber hinaus werden regelmäßige Debatten in der neuen Zeitschrift *LuXemburg* geführt und Standpunkte-Papiere veröffentlicht werden, etwa zum Green New Deal, der Wachstumsproblematik oder zu Fragen der Konversion. ■ Zur Konzentration auf die «doppelte Transformation», innerhalb des Kapitalismus einerseits und in sozialistischer Perspektive andererseits, zählt auch der Kampf um Begriffe, die Benennung einer Richtung und Bewegung der Transformation: Wie sinnvoll sind Begriffe wie «solidarische Gesellschaft» oder «demokratischer Sozialismus», wie werden diese Begriffe definiert? Es ist das Ziel einen Beitrag zu Politik, Strategie und Programmatik einer vielfältigen Linken zu leisten.

III. «INITIATIVE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT»

In den Diskussionen des Jahres 2008 wurde deutlich, dass die im Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) angesiedelte neue «Initiative solidarische Gesellschaft» in der Zukunftskommission einen öffentlichen Ort der Diskussion erhalten wird. Die Mitglieder und die Tagungen der Zukunftskommission werden mit ihrer Arbeit an der neuen Reihe «einundzwanzig» eigene Substanz für eine «Initiative Solidarische Gesellschaft» einbringen. Dazu wurden anerkannte Experten aus einem breiten demokratischen Spektrum eingeladen. Arbeiten zu Zukünften und Initiativen für eine Solidarische Gesellschaft sollen perspektivisch zusammengeführt werden. ■ Für 2011 ist vorgesehen eine Befragungsfolge nach der Delphi-Methode zu Kernthemen der Herausbildung einer solidarischen Gesellschaft vorzubereiten.

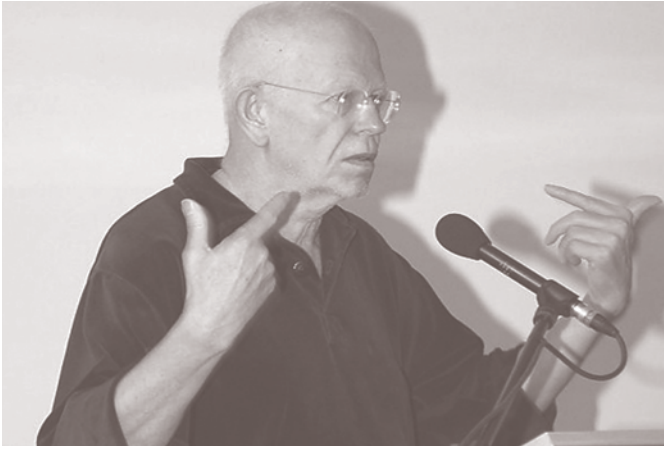
IV. EXTERNE KOOPERATION

Ein weiteres Ziel ist der Ausbau und die intensiviertere Pflege von Kontakten zu Persönlichkeiten außerhalb des Spektrums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Etwa zu Experten, die zu strategischen Fragen und zu Tendenzen künftiger Entwicklung arbeiten und in politischen Denkkzentren oder in Zukunftsforschungseinrichtungen wirken, aber auch zu potenziellen politischen Bündnispartnern und konkurrierenden Gruppierungen (Wuppertal Institut, Heinrich-Böll-Stiftung, IG-Metall etc.).

SOLIDARISCH MENSCH WERDEN

PSYCHISCHE UND SOZIALE DESTRUKTIONEN IM NEOLIBERALISMUS – WEGE ZU IHRER ÜBERWINDUNG

Unter dem Motto des gleichnamigen Buches von Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Theologe Heidelberg, Dr. Reinhold Bianchi, Psychotherapeut und Psychoanalytiker, Freiburg, René Krüger und Vincenzo Petracca organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Veranstaltung und griff die darin enthaltene zentrale Frage auf: Warum ist es angesichts der sichtbaren Folgen eines globalisierten neoliberalen Kapitalismus so schwierig, Gegenkräfte aufzubauen? «Wieso stehen nicht mehr Menschen auf und schließen sich denen an, die solidarisch für ein besseres Leben der Menschen und den Erhalt der Naturressourcen kämpfen? Was bedeutet neoliberale Hegemonie für den Einzelnen, für seine Fähigkeit das eigene Leben zu gestalten oder sich gegen drohende Zerstörung und Selbsterstörung angesichts gesellschaftlicher Desintegrationstendenzen zur Wehr zu setzen? Wo liegen Blockaden und kann man sie erkennen und benennen? Welche Rolle kann die Theologie der Befreiung spielen?» ■ In den Beiträgen der eingeladenen Autoren und in der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es nicht reicht, nur allgemein von den Destruktionen des Systems und der Menschen zu sprechen, von den immer perfideren Aufspaltungen der Mitte und selbst der Armen der Gesellschaft in Verlierer und Gewinner. Diese Prozesse müssen konkret auch darauf hin untersucht werden, welche psychischen Folgen der Neoliberalismus auf die Menschen hat, wie er sie deformiert und woher er seine Wirkungsmacht nimmt. Es sei deshalb wichtig, die Menschen in ihrer «spezifischen materiellen und psychischen Situation» wahrzunehmen. Dabei werden die Bedingungen ausdifferenzierter Arbeits- und Lebensverhältnisse zu oft verallgemeinernd betrachtet. Nicht berücksichtigt werden ihre spezifischen, sehr unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Bedürfnislagen, Ängste und Erwartungen. Völlig offen und für die Zukunft entscheidend ist die Frage danach, wie sich nicht nur in Europa sogenannte Mittelklassen positionieren: «Werden sie in der Krise wieder autoritäre oder faschistische Optionen wählen wie etwa nach 1929 in Deutschland oder zu Zeiten der Diktaturen der «Nationalen Sicherheit» in Lateinamerika, oder werden sie zusammen mit der Unterklasse, neudeutsch dem Prekariat, und den sozial Ausgegrenzten für die gemeinsame Überwindung der Ursachen der Krise kämpfen? ■ Das wirft die Frage auf, welche Blockaden einem solidarischen Handeln gegenüberstehen. Die Ausführungen Bianchis zu den sozialen und psychischen Spaltungsdynami-



ken, die alternative Handlungsoptionen einschränken waren hierbei besonders interessant. Wie diese zerstörerischen Dynamiken unter den Bedingungen und in Folge kriegerischer Konflikte wirken, beschrieb Bosiljka Schedlich vom Verein Südost Europa Kultur e.V. am Beispiel des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien. Ein weiterer Beitrag behandelte Orientierungstraumatisierungen durch neoliberale Politik und Medien am Beispiel der Instrumentalisierung der Menschenrechte. ■■■ Wie lassen sich diese durch bittere Erfahrungen, Leid und Erniedrigung in Psyche eingebrannten Traumatisierungen, verstärkt durch Medien und neoliberale Politik selbst im Namen der Menschenrechte, überwinden? Die Antworten sind nicht einfach. ■■■ Die Ausdifferenzierungen von Lebensweisen, Prägungen und Verletzungen benötigen multiple Strategien von Heilung und Befreiung, d.h. es braucht ein neues Paradigma der Anthropologie und der politischen Ökonomie für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens die auf neue Weise miteinander verbunden werden müssen. Dazu gehören solidarische Gegenperspektiven zur Heilung und Befreiung von Traumatisierung, illusionärem Bewusstsein und Machtgier sowie eine solidarische Sozialwirtschaft, Wirtschaftsdemokratie und politische Partizipation von unten. Eine erste Skizze einer solchen Gesellschaft wurde von Prof. Dr. Duchrow erläutert und anschließend diskutiert. ■■■ Diese Konferenz verstand sich als ein Baustein für den Beginn erneuter Diskussionen um eine alternative solidarische Gesellschaft.

AFTER BUSH

WIE SIEHT DIE US-POLITIK NACH DEN WAHLEN AUS? WIE DER US-KAPITALISMUS IN DER FINANZMARKTKRISE? UND WAS IST MIT DER LINKEN?

Wenige Tage nach der Wahl des neuen US Präsidenten führte die RLS eine von fast 200 Interessierten besuchte Tagung («After Bush») durch, auf der linke Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA und Kanada sprachen: Harold Meyerson, Prof. Stephen Gill, Harriet Fraad, Prof. Neil Smith, Prof. Robert P. Brenner, Prof. William K. Tabb, Prof. Richard D.

Wolff, Prof. Stanley Aronowitz, Prof. Barbara Epstein, Ingar Solty. Es war wohl das erste Mal, dass eine Veranstaltung mit einem breiten Spektrum internationaler linker Stimmen hierzulande durchgeführt wurde. ■■■ Tenor war: große Erleichterung über die Niederlage der Rechten in den USA, aber beträchtliche Skepsis gegenüber dem Obama-Projekt und klare Kritik an seiner absehbaren politischen Konzeption, die zu wenig Alternativen aufgreift und die verheerenden Folgen der Bush-Politik nicht konsequent genug beseitigt. Eine moderate rechtszentristische Politik sei womöglich das, was mittelfristig zu erwarten wäre. Auf einzelnen Politikfeldern wäre jedoch mehr zu erwarten: Klimapolitik, Akzentuierung grüner Investitionsprojekte, Rücknahme der Stärkung der Exekutive auf Kosten des Parlaments, Politik gegenüber dem Iran. Vieles spreche dafür, dass die alte politische Klasse in den USA längere Zeit brauche, um sich von ihrer Niederlage wieder zu erholen: sie sei in der Defensive, kontrolliere nur noch Teile des Staatsapparates und sei in ihre heterogenen Einzelteile zerbrochen. Demografische Trends begünstigten die Demokraten. Vor allem sei sie nicht in der Lage, einen eigenen Entwicklungspfad zu entwickeln, der einen Ausweg aus der Krise und eine langfristige Alternative zu der neoliberalen Wirtschaftspolitik unter Bush bieten könne. Für die Linken gebe es wieder Spielräume. Einhellig wurde die Ansicht vertreten, dass die Wirtschaftskrise in den USA und darüber hinaus erst am Anfang stehe und sich 2009 vertiefen würde – eine Re-Regulierung des Finanzmarktes reicht bei weitem nicht aus, den langen Krisentrend in der US-Wirtschaft aufzuhalten. Die (vor allem nordamerikanische) Linke sei dabei ihre Schwäche zu überwinden und könne sich demzufolge nur langsam auf diese Krisensituation einstellen. Nichtsdestotrotz berge diese Krise aber auch die Chance, sich im Rahmen internationaler Zusammenarbeit zu festigen und gemeinsam Gegenentwürfe zu entwickeln. ■■■ Völlig offen sei, ob eine ausreichende gesellschaftliche Dynamik entstehen könne, in deren Ergebnis die neue Administration gezwungen würde, über reaktualisierte keynesianische Krisenlösungen hinauszugehen und die alte Machtstellung der Militär-, Öl- und Energieindustrie zu begrenzen oder gar die Tradition eines klassischen, imperialen Liberalismus hinter sich zu lassen, für die die Partei der Demokraten stehe. Das wäre das Modell eines progressiven, zum Teil auch libertären (grünen) Kapitalismus – gegenüber dem fossilistischen, neoliberalen und kriegerischen Kapitalismus der Bush-Ära ein großer Schritt nach vorne. Die ersten personalpolitischen und konzeptionellen Orientierungen der Obama-Administration vor allem in der Finanz- und Außenpolitik ließen freilich daran zweifeln, ob ein solcher Schritt wirklich erfolgen würde.



FREIHEIT, GLEICHHEIT, GESCHWISTERLICHKEIT - BEAUVOIR UND DIE BEFREIUNG DER FRAUEN VON MÄNNLICHER HERRSCHAFT

INTERNATIONALE KONFERENZ DER ROSA-LUXEMBURG-
STIFTUNG AUS ANLASS DES 100. GEBURTSTAGS VON
SIMONE DE BEAUVOIR

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltete am 27. und 28. Juni 2008 ein internationales Symposium, auf dem ExpertInnen aus Frankreich, den USA und Deutschland über Vita, Werk und Wirkung der berühmten Französin debattierten. Dabei wurde das Lebenswerk der Autorin, die auch zuweilen als «Ikone der Frauenbewegung» bezeichnet wird, unter politischen, historischen und philosophischen Gesichtspunkten analysiert und diskutiert. ■■ Genese, Theorie und Praxis des Engagements bei Sartre und Beauvoir wurden betrachtet, und dabei vor allem dasjenige, das beide nach dem zweiten Weltkrieg an den Tag legten, etwa während des Algerien- und des Vietnamkriegs oder auch, im Falle Beauvoirs, in der Bewegung für die Emanzipation der Frauen. War es der Krieg, oder so etwas wie ein schlechtes Gewissen, weil sie sich nicht oder zumindest nicht ausreichend gegen die Judenverfolgung und in der Résistance engagiert hatten, was sie zu einem solchen Maß an Aktivitäten trieb? Diese These wurde heftig debattiert. ■■ Demgegenüber steht aber auch Beauvoir als «Frau in Bewegung», die mit Radikalität gegen alles vorging, was die Freiheit bedrohte – theoretisch wie praktisch. Und: Sie habe sich beständig gewandelt! Noch Ende der 1940er Jahre, in «Das Andere Geschlecht», hat Beauvoir den Feminismus als gesonderte Bewegung abgelehnt, da sie die Befreiung der Frauen als ein Moment im Rahmen der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ansah. Doch auf ihren Reisen durch die sogenannten real existierenden sozialistischen Länder, namentlich durch die Sowjetunion, wurde ihr zunehmend bewusst, dass der Sozialismus nicht automatisch die Befreiung der Frauen mit sich bringt, sondern, dass auch in diesen Ländern patriarchale Strukturen reproduziert werden. ■■ Literarisch ist das Werk Simone de Beauvoirs außerordentlich vielfältig und durch verschiedene Genres wie z.B. Tagebücher und Memoiren ge-

kennzeichnet. Ihr literarisches Werk ist mit belletristischen Titeln: «L'Invitée» («Sie kam und blieb», 1943), «Le sang des autres» («Das Blut der anderen», 1945), «Les bouches inutiles» («Unnütze Mäuler», Theaterstück, das im Herbst 1945 uraufgeführt wurde) ebenso reichhaltig wie einzigartig. Die Rezeption dieser frühen Schriften Beauvoirs ist im jeweiligen historisch-politischen Kontext zu sehen und zu verstehen, also aus der Zeit der deutschen Besatzung bzw. der Befreiung und der unmittelbaren Nachkriegszeit. ■■ Der eigenständige Beitrag, den Beauvoir zur Geschichtswissenschaft leistete, war ein weiterer Aspekt der Betrachtung von Beauvoirs Hauptwerk («Das andere Geschlecht»), das einen neuen Typ der Geschichtsschreibung darstellt und sich durch Pluridisziplinarität auszeichnet. Denn in ihm fließen philosophische, geschichtswissenschaftliche, psychologische u.a. Betrachtungen zusammen. Mit ihrem Werk hat Beauvoir gegen die Naturalisierung der Geschlechterdifferenz und damit der inferioren Stellung der Frauen angeschrieben. ■■ Ein weiterer Beitrag behandelte Beauvoirs originären Beitrag zum politisch-philosophischen Diskurs über Macht, Herrschaft und Gewalt. So wandte sie diesen im Wesentlichen von Männern geführten Diskurs auf das Geschlechterverhältnis zwischen Männern und Frauen an. Dabei weist sie den Frauen selbst im Rahmen der Macht- und Herrschaftskonstellationen einen gewissen Subjektstatus zu. Frauen werden von Männern nicht einfach beherrscht und geknechtet: Zum dauerhaften Funktionieren von Macht und Herrschaft gehört, Beauvoir zufolge, ein Mindestmaß an Mitmachen und Akzeptanz dieser Beziehungen durch die Frauen. Diese Konstellation bezeichnet sie als «freiwillige Knechtschaft». Was zunächst wie ein Vorwurf aussieht, nämlich an der eigenen Knechtschaft und Unterjochung teilzuhaben, erweist sich bei näherem Betrachten als Aufruf an die Frauen, sich aus ihrer «selbst (mit-) verschuldeten Unmündigkeit» zu befreien. ■■ Voraussetzung für ein solches Ausbrechen ist denn auch folgerichtig die Emanzipation der Frau, ihre Teilnahme am Berufsleben und damit ihre ökonomische Emanzipation. Dass auch 100 Jahre nach Simone de Beauvoirs Geburt davon vieles noch nicht eingelöst ist, macht die Kenntnis ihrer Arbeit um so notwendiger.







**PLANET
HOLLYWOOD**
TIMES SQUARE

WORLD-FAMOUS
RESTAURANT
& BAR

SONGS WE CAN AGREE ON

PRINCE & THE NEW POWER GENERATION - LOVE IN AN AMERICAN BOY
ALYSON SULLIVAN - I WANT WHAT YOU GOT
MELANIE LYNN - REALLY NEED YOU
MELANIE LYNN - I'M YOUR NUMBER ONE
MELANIE LYNN - I'M YOUR NUMBER ONE
MELANIE LYNN - I'M YOUR NUMBER ONE

myspace.com
JONAS BROTHERS

An advertisement for the Jonas Brothers featuring the three brothers. One brother is holding a megaphone. The text 'SONGS WE CAN AGREE ON' is at the top, followed by a list of songs. Below the list is 'myspace.com JONAS BROTHERS'. The 'myspace music' logo is at the bottom left of the ad.

BET'S
CRISTINA
MILLIANO
WITH
THE
MUSIC

PLANET
HOLLYWOOD

PLANET HOLLYWOOD
& BAR



JERRY Springer show

ELVIS

BE ON THE SWATCH

SWATCH
watch + swatch





WEITERBILDUNG FÜR DIE LINKEN

Die neu gegründete «Akademie für Politische Bildung» fördert Grundlagen der Bürgerbeteiligung ■■■ Der gewachsene Zuspruch für die politische Linke in Deutschland stellt deutlich erhöhte Anforderungen an linke sozialistische Bildung. Gleichzeitig haben sich die Arbeitsmöglichkeiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung erweitert. Deshalb beschloss die Mitgliederversammlung der Stiftung 2008 die Gründung der «Akademie für Politische Bildung», zu der auch eine «Kommunalakademie» gehört. Die Akademie ging aus dem bisherigen Bereich «Politische Bildung» der Stiftung hervor. Sie weitet jedoch dessen bisherigen Aufgabenbereich deutlich aus. Die «Erik-Neusch-Stiftung» und die «Harald-Breuer-Stiftung» wurden der «Akademie für Politische Bildung» zugeordnet. Diese arbeitet außerdem auch eng mit dem Kulturforum der RLS, der «Max-Lingner-Stiftung» und der «Hermann-Henselmann-Stiftung» zusammen. ■■■ Fragen der internationalen Politik – einschließlich der Entwicklungen im Weltsozialforum und dem europäischen Sozialforum – gehören zu ihrem Aufgabenbereich. Darüber hinaus werden Themen wie Rechtsextremismus und Nachhaltigkeit intensiv bearbeitet. Insgesamt wurden in 2008 aktuelle politische Themen stärker als in den vorangegangenen Jahren in den Mittelpunkt gerückt.

SOLIDARITÄT LÄSST SICH LERNEN

Es ist das erklärte Ziel der Akademie, die Arbeit der RLS noch konsequenter mit Blick auf die Umsetzung eines emanzipatorischen Bildungsanspruches zur orientieren. Entscheidend ist es, hierbei Wissen zu erarbeiten und sich die nötigen Fertigkeiten anzueignen, um dieses Wissen situationsbezogen nutzen und z.B. in konkreten Projekten von Bürgerbeteiligung umsetzen zu können. Dazu gehört, die Fähigkeiten zu Solidarität, Selbstorganisation und offensivem Eingreifen in gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu vermitteln. ■■■ Die Akademie begleitet sechs ehrenamtliche thematische Gesprächskreise. Einer dieser Gesprächskreise arbeitet an dem Konzept «Erwachsenenpädagogische Fortbildung 2009» und führte vorbereitend Workshops zu Themen wie «Antonio Gramsci: Marxismus als Philosophie der Praxis» oder «Politisches Lernen als Lernen am und im Widerspruch» durch.

EFFIZIENTE KOMMUNIKATION FÜR LINKE AKTEURE

Die Kommunalakademie, ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt innerhalb der «Akademie für Politische Bildung» nahm im Februar 2008 ihre Arbeit auf und förderte oder organisierte bisher mehr als 80 Seminare. Sie erstellt Bildungsmaterialien, wie etwa die für den «Crashkurs Kommune», eine Einführung in die Kommunalpolitik für Linke. ■■■ Auch die Ausbildung im politischen Management ist wichtiger Bestandteil der politischen Weiterbildung. 31 TeilnehmerInnen schlossen den Ausbildungsgang «Politikmanagement» im Juni 2008 erfolgreich ab. Die TeilnehmerInnen kamen aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Unter ihnen waren Studierende und Promovierende, MitarbeiterInnen von Bundestags- und EU-Abgeordneten, WahlkreismitarbeiterInnen, aber auch Lehr-

beauftragte an Universitäten, Beamte oder VereinsmanagerInnen etc. ■■■ Eine von ihnen, Irene Köppe, sagt rückblickend: «Gerade für junge Frauen ist der Kurs eine Bereicherung. Mir wurden Instrumente gegeben, mit denen ich in der «Männerwelt» Politik effektiver durchsetzen kann. Die richtige Kommunikation hilft dabei, dass auch 'graue Mäuschen' in politische Entscheidungsfindungen mit einbezogen werden. Anspruch linker Politik sollte sein, allen die Möglichkeit der aktiven Teilhabe zu bieten.» ■■■ Auch Claus Dieter König gehörte zu den Teilnehmern des erstmals in zwei parallelen Klassen durchgeführten Kurses. Er sagt: «Politisches Handeln in Partei und Bewegung braucht die Kompetenzen, die der Kurs Politikmanagement der Rosa-Luxemburg-Stiftung vermittelt. Gespräche zielgerichtet führen, durch Moderation Gruppen zu helfen, ein gemeinsames Projekt zu formulieren, aber auch Verhandlungen führen, Netzwerke gestalten, Projekte und Kampagnen managen – all dies gelingt mir durch das Training und die Fallbeispiele nun besser. Vor allem geht es in dem Kurs um effiziente Kommunikation. Ich sehe sie als Voraussetzung für solidarisches Handeln und eine Veränderung der Gesellschaft, die wirklich von den Menschen ausgeht und sie zu Akteuren der Lösung ihrer Probleme macht.»

RHETORIK DER GLEICHHEIT VERDECKT UNGERECHTE STRUKTUREN

Die Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft und im politischen Raum waren ein weiteres wichtiges Themenfeld der «Akademie für Politische Bildung». 2008 wurden die neue Ungleichheit der Geschlechter und die Sicht von jungen Frauen auf ihre Lebenssituation diskutiert. Eine Konferenz im Oktober beschäftigte sich mit der radikalen Durchsetzung des Marktprinzips bis in die letzten Lebensbereiche hinein und dessen geschlechtsneutraler Darstellung. Die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern werden zunehmend unsichtbar. Frauen müssen eine solche «Rhetorik der Gleichheit» mit ihren vielschichtigen Erfahrungen von Ungleichheit vereinbaren. ■■■ Deshalb ging es bei der Tagung darum, eine interessierte Öffentlichkeit für modernisierte Formen von Geschlechterdiskriminierung und Ungleichheitserfahrungen per Geschlecht zu sensibilisieren, nach Alternativen zu suchen und konkrete Utopien in ihrer Entwicklung zu unterstützen. ■■■ Die Neuformierung einer «Neuen Linken» wirft komplizierte Fragen auf. Dazu gehören solche Fragen wie: Welche Ansprüche stellen sich an das geschlechtergerechte Profil einer Neuen Linken? Welche Konsequenzen haben die neuen Bedingungen politischen Handelns für die Organisation und Vernetzung geschlechtersensibler linker AktivistInnen? Welche Möglichkeiten symbolträchtiger Interventionen wären auszuloten? ■■■ Eine interessante, gut besuchte Form der politischen Bildung zu den Geschlechterverhältnissen war die Sommerschule für Frauen in Nordrhein-Westfalen, die künftig fortgesetzt wird. Unterstützt wird die Arbeit auf diesem Gebiet vom Gesprächskreis «Frauen und Politik».

KAMPF GEGEN RECHTS

Für das Thema «Rechtsextremismus im kommunalen Raum» wurden KommunalpolitikerInnen sensibilisiert. Externe ReferentInnen erstellten Module für die Qualifikation von KommunalpolitikerInnen und lokalen Akteuren. ■■■ Mit der Veranstal-

KARL MARX DAS KAPITAL 1.1

tungsreihe «Antikapitalistische und antifaschistische Kultur» wurden KünstlerInnen aus dem linken und alternativen Spektrum, denen der Zugang zu den Massenmedien sonst in der Regel eher verschlossen ist eine Bühne gegeben. ■■■ Das Berliner Projekt «Stadtrundfahrten zu den Orten der Revolutionskämpfe 1918/20» führte an Orte wichtiger historischer Kämpfe und Ereignisse und machte so Geschichte anschaulich und erlebbar. Diese Rundfahrten wurden mit großem Interesse wahrgenommen und fanden viele, teilweise unerwartet viele TeilnehmerInnen. ■■■ Die Bildungsveranstaltungen erreichten insgesamt ca. 400 Menschen im Alter von 16 bis 75 Jahren – aus allen Bevölkerungsschichten und unterschiedlichen politischen Zusammenhängen. ■■■ Die politische Bildungsarbeit beschränkte sich aber nicht auf Veranstaltungen. Politische Initiativen, AkteurInnen der antifaschistischen Arbeit und Einzelgruppen wurden beraten und ReferentInnen vermittelt. Es wurden Wahlanalysen zu rechten Parteien verfasst, die allen Interessierten zur Verfügung gestellt wurden und auch auf der Website der RLS zu finden sind. ■■■ 2008 wurde außerdem der Band «Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland» herausgegeben. Er versammelt Beiträge der gleichnamigen Tagung von 2007.

WIE GRÜN IST DIE LINKE?

Wie «grün» soll die Linke sein? Diese Fragestellung, die unter anderem auf einem Wochenendseminar diskutiert wurde, war zentral für die Arbeit zum Thema Nachhaltigkeit im Jahr 2008. Schwerpunkt waren die ökologische Krise und ihre sozialen und politischen Folgen. ■■■ Unter dem Titel «Steter Tropfen höhlt den Stein – Frauen im Widerstand für ein Menschenrecht auf Wasser» fand Ende Februar eine mehrtägige Konferenz mit ReferentInnen aus aller Welt statt. Sie problematisierte die Privatisierung der Wasserversorgung und die Einschränkung des Zugangs zu sauberem Wasser. ■■■ Um Artenvielfalt ging es sowohl in der Reihe «Linke Umweltpolitik im Gespräch» als auch in einer Wochenendveranstaltung zum Thema «Natur als Beute». ReferentInnen aus Mexiko, Mali und Chile sprachen über die Einführung von Gentechnik in die Landwirtschaft und deren Folgen für die pflanzliche Vielfalt und soziale Konsequen-

zen. Wie jedes Jahr fand auch 2008 die Sommerschule im Solarzentrum in Wietow statt, diesmal zum Thema «Grüner Kapitalismus – gesellschaftliche Naturverhältnisse im 21. Jahrhundert». ■■■ Auch «Atompolitik» und «Sicherheit» gehörten zu den Themen, die vor allem im Zusammenhang mit Alternativen in der Energiepolitik behandelt wurden. In Zusammenarbeit mit der «Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.» organisierte die RLS eine Veranstaltung zu den Risiken von Atomstromproduktion und Lagerung von Atommüll. Die Strompolitik in der BRD wurde mit der Situation in den Niederlanden, in Frankreich und Finnland verglichen.

NOCH MEHR KAPITAL? DER MARX-HYPE IN ZEITEN DER WIRTSCHAFTSKRISE

HERAUSFORDERUNGEN AN DIE POLITISCHE BILDUNG

Während in der Krise eine Blase nach der anderen platzt, ist mitedrin eine neue gewachsen: Die Marx-Bubble. So zumindest berichteten die Medien, als im Oktober 2008 zwei Ereignisse fast zeitgleich passierten: Der Ausbruch der Finanzkrise und der Ausverkauf des Hauptwerks von Karl Marx, «Das Kapital». In der Tat: Seit der Krise wird Marx vermehrt aus der sprichwörtlichen Motte geholt. Selbst bürgerliche Akteure und Medien reiben sich die Augen und stellen erstaunt fest: Doch keine verstaubte Theorie? Das Interesse an der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie ist allerdings nicht erst mit der Krise erwacht, sondern schon seit geraumer Zeit festzustellen. Bereits 2006 startete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Marx-Lesekreise. Gab es zu Beginn noch knapp 50 Anmeldungen für den ersten Band, so drängten sich im Jahr 2008 bereits 80 LeserInnen im Seminarraum, der Kurs musste in mehrere Kleingruppen aufgeteilt werden, die sich von da an Woche für Woche trafen, um sich gemeinsam den nicht immer einfachen Stoff zu erarbeiten. Drei bis vier Mal im Jahr gibt es ergänzende sogenannte Satellitenseminare, hier werden spezifische Fragestellungen unter Hinzunahme externer ReferentInnen vertieft (2008 waren das Alex Demirovic, Rolf Hecker und Michael Krätke). Es ist ein Irrtum zu glauben, man könne mit einem Blick ins «Kapital» quasi universell gültige Erklärungs-Dietrich für die Turbulenzen an den Finanzmärkten liefern. Zum Einen ist das Marx'sche Werk eine analytische Baustelle, ein Torso, alles andere, als ein abgeschlossener und fertig ausbuchstabierter theoretischer Wurf. Zum Zweiten zielte Marx'ens Erkenntnisinteresse auf etwas anderes: er wollte den Kapitalismus in seinem «idealen Durchschnitt» analysieren, jenseits seiner spezifischen historischen Erscheinungsformen. Wozu uns «Das Kapital» also den Schlüssel liefert, ist kein geringeres Unterfangen, als die grundlegenden Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise und der ihr immanenten Krisenanfälligkeit zu begreifen. Den verbreiteten Wahrnehmungen, dass die Krise gleich einer Naturkatastrophe über die Menschen gekommen sei, vergleichbar einem Tsunami, oder Erklärungen, die Managergier sei «schuld» an der Misere, kann man mit Marx dechiffrieren: Die Krise ist kein Naturereignis, sondern resultiert aus der kapitalistischen Produktionsweise selbst. Die «Gier» der Manager ist Ausdruck eines rationalen Verhaltens und nämlich Ausdruck der selbstzweckhaften Dynamik, aus Kapital mehr Ka-

pital zu machen – und dies wiederum ohne Maß. Die Lektüre des «Kapitals» schult den Blick für die gesellschaftlichen Strukturen, zu denen Verwertung, Profitmaximierung und Konkurrenz naturgemäß gehören. Diese sind nicht natürlich, sondern menschengemacht. Sich dessen bewusst zu werden und bei allen strukturellen Zwängen dennoch Handlungsoptionen in all ihren Ambivalenzen auszuloten, das macht linke politische Bildung mittels der Kritik der Politischen Ökonomie möglich. Nur wenn wir wissen, was genau wir überwinden wollen, können wir zielorientiert und handlungsfähig werden. Die Veränderung der Gesellschaft setzt das Verständnis ihrer grundlegenden Funktionslogik voraus. Und dazu leistet das Marxsche «Kapital» einen unverzichtbaren Beitrag.

«Die Lektüre des «Kapitals» macht souveräner. Es ist anregend. Es macht Spaß.»

«Ich wollte meine Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen theoretisch fundieren.»

«Das Kapital ergibt einen ganz anderen Blick auf den Kapitalismus, einen Blick auf Dinge, die ich so nie betrachtet hätte.»

«Man bekommt ein schönes Verständnis davon, wie Kapitalismus funktioniert. Marx hat einen guten Schreibstil und er ist schön bissig.»

EINDRÜCKE DER TEILNEHMERINNEN

BEGEGNUNG AUF AUGENHÖHE

DIE JUGENDBILDUNG DER RLS SETZT AUF BETEILIGUNG DER PARTNER

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich bereits 2003 dazu entschlossen, einen eigenständigen Weg in der Jugendbildung zu verfolgen. Sie will sich nicht zwischen der Rolle als Drittmittelgeber oder als Bildungsanbieter entscheiden, sondern verfolgt beide Wege. ■ Eine hoher Grad an eigener Partizipation junger Menschen bei der Gestaltung, der für sie relevanten Themen, ist entscheidend. Prägend für diesen Förderansatz ist daher ein Gremium ähnlich einem Jugendbildungsausschuss, in dem StiftungsvertreterInnen und Träger der Jugendbildung zu gleichen Anteilen vertreten sind. Bei den zwei Treffen jährlich legt das Gremium Förderkriterien und Themenschwerpunkte fest, evaluiert Projekte und vergibt Mittel. ■ Ein zweiter Bestandteil des partizipativen Herangehens ist das Jugendbildungsnetzwerk. In diesem Netzwerk realisieren zahlreiche geförderte Träger, die RLS sowie einzelne Landesstiftungen gemeinsam Jugendprojekte. ■ Etwa 75 Prozent der Mittel für die Jugendbildung werden im Jugendbildungsausschuss über eine jährliche Ausschreibung sowie einen kurzfristigen Initiativenfonds vergeben. 2008 wurden 140 Bildungsprojekte von insgesamt 42 Partnern gefördert. ■ Typische Veranstaltungen sind Tages- und Wochenendseminare, v.a. zu den Themen Migration, Interventionsformen, Antifaschismus und Kapitalis-



muskritik. Darüber hinaus wurden umfangreichere Einzelprojekte unterstützt, etwa ein Radioprojekt oder ein Mädchenprojekt mit jungen Frauen nichtdeutscher Herkunft. ■ Über den Initiativenfonds werden Kleinprojekte bis max. 500 Euro finanziert, von der abendlichen Info- und Seminarveranstaltung über Ausstellungen, Straßenaktionen, Videoproduktionen bis hin zum Druck von Info-Materialien. ■ Das Jugendbildungsnetzwerk veranstaltete im Januar 2008 eine Tagung zum Thema «Bildung in Bewegung». Diese arbeitete die Bildungsprojekte im Zuge der G8-Mobilisierung kritisch auf. Im Dezember folgte eine Netzwerkstatt zum Thema «Organisierung durch Bildung» in ländlich geprägten Regionen. Das Netzwerk hat darüber hinaus in drei Projektgruppen gearbeitet. Die Projektgruppe Russland beteiligte sich an zwei Jugendaustauschprojekten in der Murmansk-Region/Russland, wohingegen die Projektgruppe Lateinamerika im Oktober 2008 in Berlin ein Begegnungsprojekt mit Jugendlichen aus Uruguay und Brasilien abschloss. ■ Mit der jugendpolitischen Tagung «System Error – Die Karten ganz neu mischen!» gemeinsam mit dem Jugendverband «Die Falken» sowie dem Qualifizierungskurs «Prozesslandkarten» für JugendbildnerInnen ergänzte die RLS das Bildungsangebot durch Eigenprojekte. ■ Insgesamt hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung 2008 im Rahmen der Jugendbildung 110.000 Euro aufgewendet. Es wurden 3.860 Jugendliche in 148 Veranstaltungen erreicht. 40,6 Prozent der Teilnehmenden waren weiblich, 13 Prozent unter 18 Jahren sowie 66 Prozent unter 25 Jahren alt.

SCHÜLERINNEN SCHREIBEN SKETCHE ZU ROSA-LUXEMBURG-ZITATEN

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM GRIPS-THEATER AUSGEBAUT

Bei der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar 2009 traten SchülerInnen mit einem selbst inszenierten zwei-stündigen Programm auf. Dies basierte auf einem neuen Bildungsformat in Kooperation mit dem GRIPS-Theater. Es entstand aus einem gemeinsamen Besuch des Stückes «ROSA» mit SchülerInnen und LehrerInnen der Robert-Jungk-Oberschule in Berlin-Wilmersdorf und der Max-Planck-Oberschule in Berlin-Mitte im Dezember 2008. Anschließend wurde das

Stück in einem Tagesworkshop mit TheaterpädagogInnen des GRIPS-Theaters diskutiert. Die SchülerInnen schufen eigene Sketche zu Zitaten von Rosa Luxemburg und interpretierten diese so neu. In weiteren Workshops bauten die SchülerInnen unter pädagogischer Anleitung ihre Sketche aus und erarbeiteten eine szenische Lesung zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs. Die Uraufführung fand auf der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz statt, bei der auch Schauspieler des GRIPS-Theaters mit Liedern aus dem Stück «ROSA» aufgetreten waren. Es schloss sich eine Podiumsdiskussion zwischen Schauspielern, Dramaturgen und SchülerInnen der Robert-Jungk-Oberschule und der Max-Planck-Oberschule an. ■ Die enge Verknüpfung des wissenschaftlichen Anliegens der Internationalen Konferenz sowohl mit Kunst und Kultur als auch mit Aufgaben historisch-politischer Jugendbildung hat Bewegung in die Debatten zu einer lebendigen Konferenzdramaturgie gebracht. Für die «Akademie für Politische Bildung» und ihre langjährige Projektarbeit mit Schulen etablierte sich durch die Kooperation mit dem GRIPS-Theater aber nicht nur ein weiteres Bildungsformat. Durch die inzwischen sehr enge Zusammenarbeit mit dem GRIPS-Theater sind auch neue Perspektiven für unsere Projektarbeit mit Schulen insgesamt entstanden. ■ Zu Themen deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte konnten SchülerInnen bisher nicht so interessante und lebendige Bildungsformate angeboten werden wie für Themen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Mitglieder des Gesprächskreises «Geschichte für die Zukunft», meist LehrerInnen und MultiplikatorInnen der historisch-politischen Jugendbildung, besuchten im März 2009 einen Bildungsabend im GRIPS-Theater, um gemeinsam das Stück «Lilly unter den Linden» – die Geschichte eines 13jährigen, in der BRD lebenden Mädchens, die zu ihren Verwandten in die DDR will – zu sehen. Sie diskutierten es mit TheaterpädagogInnen und DramaturgInnen. Schulen sollen sowohl auf das Stück als auch auf das vom GRIPS-Theater dazu angebotene, langfristige Schulprojekt aufmerksam werden. Auf diesem Weg soll das Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Schulen zu Themen deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte ausgebaut werden. «Lilly unter den Linden» wurde LehrerInnen auch auf einer Weiterbildung im Juli 2009 von TheaterpädagogInnen des GRIPS-Theaters vorgestellt. Außerdem wurde gemeinsam das Stück «Eine linke Geschichte» wiederum im GRIPS-Theater besucht.

VOM KRITISCHEN GEBRAUCH DER ERINNERUNG VORTRAGSREIHE UND BUCHREIHE DES KULTURFORUMS

Das Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet nun bereits im zweiten Jahr gemeinsam mit dem Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlin die Vortrags- und Diskussionsreihe «Politik und Kultur der Erinnerung». Während die erste Vortragsstaffel 2007/08 die bundesdeutsche und westeuropäische Situation ins Auge fasste, nimmt die Reihe 2008/09 Osteuropa in den Blick. Sie wendet sich dabei vor allem dabei an Geschichts- und Kulturinteressierte und hat mittlerweile, vor allem unter Studierenden, ein Stammpublikum gewonnen. ■ Auf das vergangene «Zeitalter der Extreme» (Eric Hobsbawm) reagiert die offizielle Gedenkpoltik häufig ein-



mensional und wird damit der Komplexität von Erinnerung und der Unabgeschlossenheit des Vergangenen nicht gerecht. Kulturindustrie, Gedenktage, Kunstwerke und Lehrprogramme tragen mit dazu bei, aus der Erinnerung an die Vergangenheit eine Alltagsreligion unserer Gesellschaften werden zu lassen. Erinnerung erfüllt damit zunehmend eine rein apologetische Funktion: die Erinnerung an das Vergangene rechtfertigt zu meist nur noch die gegenwärtige Gesellschaftsverfassung, statt Instrumente zu ihrer kritischen Befragung und Fortentwicklung zu liefern. Das neue Interesse an Geschichte ist heute zu wenig auf Zukunftsgestaltung gerichtet. Aber es gibt auch andere Wege der Erinnerung, Wege, die den utopischen Faden der Erfahrungen von Gleichheit, Revolte und Gestaltungsanspruch gegen die Fatalität von Ungleichheit, Affirmation und Passivität aufnehmen und weiterführen. Diese Formen nachhaltiger Geschichtsaneignung sind allerdings oft diskreter und subtiler. Die Veranstaltungsreihe «Politik und Kultur der Erinnerung» reflektiert verschiedene Segmente der kollektiven Erinnerung, der Geschichtsschreibung und der Gedenkpoltiken in einem internationalen Kontext und versucht, Perspektiven einer kritischen und demokratischen Gedenkpoltik zu entwickeln. Der heutige Erinnerungsboom ist die Kehrseite einer Welt, die Lebensweisen fragmentiert, Erfahrungszusammenhänge auflöst und damit Traditionen auslöscht. Mehr denn je erhalten aber dadurch kollektive Erinnerung und Geschichtsschreibung eine politische Dimension. Die Vorträge thematisieren, wie sich unterschiedliche Gesellschaften der eigenen Geschichte erinnern und sich mit ihr auseinandersetzen. Dabei erscheint den Autorinnen und Autoren der Zugang zur Geschichte nicht als abgeschlossen, sondern als permanenter Kampf der Gegenwart um ihr eigenes Verständnis. Denn es geht um die Deutung einer Vergangenheit, die noch nicht vergangen und deren Deutung in der Gegenwart nach wie vor umkämpft ist. ■ Die erste Vortragsreihe ist bei dietz berlin als Buch erschienen [Autoren: Thomas Flierl/Elfriede Müller, Enzo Traverso (Amiens), Régine Robin (Paris/Montreal), Volkhard Knigge (Weimar), Etienne François (Berlin), Sophia Schmitz/ Steffen Kreuzeler (Berlin), Silke Hünecke (Berlin, Barcelona), Martin Schönfeld

(Berlin)]. ■ Auch die diesjährige Vortragsreihe mit den Themen «Das Weltkriegsmuseum und die polnische Gedenklandschaft» mit Holger Politt (Warschau), Karol Sauerland (Warschau, Thorn), Robert Traba (Berlin), «Krieg der Erinnerungen und Antisemitismus in Ungarn» mit Magdolna Marsovszky (München, Budapest), «Geschichtsdiskurse und Vergangenheitspolitik in der Tschechischen und Slowakischen Republik nach 1989» mit Jan Pauer (Bremen), «Die künstlerische und politische Dimension der Protestbewegung in Jugoslawien (1968)» mit Kuroslav Stojakovic (Bielefeld) sowie «Erinnerungspolitik in der Ukraine» mit Franziska Bruder (Berlin) soll wieder als Buch erscheinen. ■ Für die kommenden Jahre plant das Kulturforum, das Konzept der gemeinsamen Erinnerungsorte für Osteuropa zu entwickeln und dabei insbesondere nach einer gemeinsamen kritischen Erinnerung an die staatssozialistische Periode zu fragen.

**HERMANN-HENSELMANN-STIFTUNG:
EINE PLATTFORM EINGREIFENDER STADTENTWICKLUNGSPOLITISCHER DEBATTEN**

Die von Andreas Henselmann, dem Sohn des DDR-Architekten und – Stadtplaners Hermann Henselmann (1905 – 1995) geschaffene unselbständige Stiftung bei der RLS ist die Arbeitsplattform für die Themen im Bereich von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung. In diesem Jahr wurde bereits das vierte «Hermann-Henselmann-Kolloquium» veranstaltet. Es widmete sich dem zehnjährigen Jubiläum des «Planwerks Innenstadt Berlin», das der CDU-SPD-Senat als städtebauliches Leitbild 1999 für Berlin beschlossen hatte und über das seitdem heftig gestritten wird. Politisch steht die Überarbeitung des Planwerks durch den seit 2002 regierenden roten Senat an. Während wesentliche Prinzipien des Planwerks – die Abkehr von der autogerechten Stadt, die Stärkung der Innenstadt als Wohnort und die Begrenzung der Desurbanisierung durch Abwanderung der urbanen Mittelschichten ins Umland, der Erhalt überkommener Bausubstanz, der fußgängerfreundlicher Umbau der öffentlichen Räume usw. weniger umstritten waren, wurde die verkündete «kritische Rekonstruktion» der Stadt eher als Durchschreibung des vormodernen und somit auch vor die DDR-Stadtplanung zurückreichenden Stadtgrundrisses verstanden. Das «Planwerk» wurde so zu einem Leitinstrument des neoliberalen Stadtumbaus und der Revision der Nachkriegsgeschichte. Nach dem Abriss des Palastes der Republik und der Entscheidung für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses standen wesentliche Teile des früheren Ost-Berliner Stadtzentrums zur Disposition. Mit den Henselmann-Kolloquien, die in der Akademie der Künste oder der Architektenkammer stattfanden, konnte eine fachlich breit getragene Gegenöffentlichkeit geschaffen werden. Nun haben die Koalitionsfraktionen von SPD und Linken die Überarbeitung des Planwerks beschlossen und entgegen den restaurativen Forderungen eine bestandsorientierte Weiterentwicklung auch des zentralen Bereichs zwischen Spree und Alexanderplatz beschlossen. An dieser erfreulichen Entwicklung hat die Bildungsarbeit der Hermann-Henselmann-Stiftung keinen unwe-



sentlichen Anteil. ■ Wie das Plakat zum Kolloquium symbolisiert, kommt es darüber hinaus darauf an, die Begrenzung des Planwerks auf die historische Innenstadt zu überwinden und die ganze kompakte Innenstadt im S-Bahn-Ring in den Blick zu nehmen, die vielen Berliner Großprojekte (Media-Spree, Umnutzung des Flughafens Tempelhof usw.) im Zusammenhang zu sehen. Es geht darum, durch eine korrigierende Aneignung des Planwerks neue Zeichen konzeptioneller städtebaulicher Orientierung zu setzen: Planwerk Innenstadt Berlin 2.0. ■ Dr. Thomas Flierl (MdA) war 2002 – 2006 Kultur- und Wissenschaftssenator in Berlin. Er bildet seit 2006 mit Andreas Henselmann den Vorstand der Hermann-Henselmann-Stiftung und leitet seit seiner Gründung 2008 das Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**FESTAKT ZUR GEBURTSTUNDE
UNSERER DEMOKRATIE
«REKONSTRUKTION DES ANFANGS DER WEIMARER
REPUBLIK» – SZENISCHE LESUNG ZUM 90. JAHRESTAG
DES BEGINNS DER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE**

Die Idee, eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 90. Jahrestages des Beginns der Verfassungsdiskussion in Weimar, an der historischen Stätte Deutsches Nationaltheater Weimar, zu realisieren, entstand in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, insbesondere vorangetrieben von Lukrezia Jochimsen, MdB. Es gab Versuche, eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages im Deutschen Nationaltheater durchzuführen. Es gab die Idee, eine gemeinsame Beratung des Rechtsausschusses und des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages im Deutschen Nationaltheater zu realisieren. Es gab Bemühungen, eine gemeinsame Veranstaltung der parteinahen Stiftungen in der Nähe der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf den Weg zu bringen. ■ Alle diese Bemühungen hatten letztlich keinen Erfolg. So wurde dann als gemeinsames Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag der «Festakt zur Geburtsstunde unserer Demokratie»





auf den Weg gebracht. Aus den Protokollen der Beratungen der Weimarer Nationalversammlung wurden Textpassagen ausgewählt und zu einem Drehbuch verarbeitet. Den Auftrag dazu hatte der Dramaturg und Regisseur Franz Sodann. Unstrittig war, dass der Festakt am authentischen Ort, im Deutschen Nationaltheater Weimar, stattfinden musste. ■ Von der ersten Minute an bis zum Ende nach zwei Stunden war die Veranstaltung spannend und humorvoll zugleich. Dies verdankte sie einer hervorragenden Dramaturgie, einer guten Auswahl und Zuordnung von Akteuren und Akteurinnen und nicht zuletzt dem authentischen Ort des Geschehens. Gekommen waren zu diesem Spannung versprechenden Ereignis weit mehr Menschen, als das Nationaltheater fassen konnte. Leider fanden einige aus Platzgründen keinen Eintritt. Hier hatten die Veranstalter ihr eigenes Programm unterschätzt. Eingeleitet durch einen Film, der auf die Ereignisse von 1919 einstimmt, übernahm als erster Leser Gregor Gysi den Part des damaligen Volksbeauftragten Friedrich Ebert. Katja Kipping las einen Beitrag der Abgeordneten Luise Zietz, und Pröbstin Elfriede Begrich einen Brief von Rosa Luxemburg. Uwe Steimle führte souverän durch die Lesung. Peter Sodann hatte die dankbare Aufgabe, Gedichte und Textstücke zu lesen, die die strenge Dokumentation ergänzten. Zwei Stunden lang wurde die Geburtsstunde unserer Demokratie, die Weimarer Nationalversammlung, lebendig und erfahrbar. Einer Demokratie, die in den Kinderschuhen steckte, die scheiterte und erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland einen Neuanfang nehmen konnte. ■ Unter den vielen Aktivitäten dieses Tages in Weimar hatte der Festakt eindeutig die größte Aufmerksamkeit erlangt. Zum Festakt selbst und im Nachgang dazu war ein außerordentliches Medieninteresse zu verzeichnen: überregionale und lokale Zeitungen, verschiedene Fernsehstationen und Radiosender, Live-Übertragung bei Phoenix.... Die Stimmen in den Medien waren dabei differenziert, sachlich und aufgeschlossen. Die Diskussion, der sich die RLS und die Linke insgesamt stellen muss, ist die Frage der Haltung zur Demokratie. Diese Frage wird in der künftigen geistigen Auseinandersetzung in der Gesellschaft eine besondere Rolle spielen. Insofern war der Festakt auch innerhalb der Linken ein wertvoller Impuls.

NATUR ALS BEUTE

«Wenn ihr in den Industrieländern gerne Gen-Mais essen wollt, weil ihr denkt, das sei eine gute Sache, dann tut das doch, aber lasst uns damit in Ruhe», schließt Ousmane Samaké, Mitarbeiter bei der Nichtregierungsorganisation IRPAD (Institut de Recherche et de Promotion des Alternatives en Développement), einen Diskussionsbeitrag auf dem internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin im Mai 2008. Er und Repräsentanten von CENAMI/Mexiko, der Fundación Sociedades Sustentables in Chile und dem Gen-ethischen Netzwerk im Bündnis von Planet Diversity waren direkt aus Bonn vom alternativen Kongress «Planet Diversity» gekommen, die unter anderem mit Workshops die sogenannte «MOP 4» kritisch begleiteten. Hinter dem für die Sprache internationaler Verhandlungen typischen Akronym verbirgt sich ein zwischenstaatliches Ringen um das Cartagena-Protokoll über biologische Sicherheit. Das Protokoll ist Teil der Konvention zur Biodiversität (CBD) und soll den Umgang

mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im internationalen Handel regeln. Hierbei geht es vor allem um die Frage, wer für Schäden haftet, die entstehen, wenn GVOs unkontrolliert über Grenzen gelangen und dort andere Pflanzensorten kontaminieren. ■ Die internationalen Gäste berichteten in Berlin von der MOP 4 und von dem alternativen Kongress Planet Diversity, auf dem sich Menschen aus aller Welt gegen gentechnisch modifiziertes Saatgut wendeten und für eine alternative Landwirtschaft eintraten. ■ Dass die Verhandlungen zur Schadenshaftung schwierig und langwierig sind, berichtete Maria Isabel Manzur aus Chile, die erklärte, dass Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft und der Industrie sich nicht darauf einigen konnten, was genau ein Schaden sei und ob man überhaupt von «Schaden» sprechen könne, wenn gentechnisch modifiziertes Saatgut anderes Saatgut ungewollt manipulierte. ■ Die Verbreitung gentechnisch modifizierter Pflanzensorten ist dabei nicht nur ein Thema der sogenannten Entwicklungsländer, sondern betrifft auch die Industriestaaten (und geht vor allem von ihnen aus). Aktuell werden auf über 114 Millionen Hektar weltweit gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, wobei herbizid- und insektenresistente Pflanzen dominieren. Sieben von zehn transgenen Pflanzen schützen sich gegen Pflanzenschutzmittel. Ihr Anbau ermöglicht den Einsatz von Totalherbiziden, das heißt: alle Pflanzen werden vernichtet – außer den gentechnisch veränderten. Saatgutkonzerne wie Monsanto verdienen so an den patentierten transgenen Pflanzen. Es wird also viel Geld verdient und das nicht mit salz- und dürreresistenten Pflanzen für arme Kleinbauern und -bäuerinnen. Es geht nicht um die Lösung von Nahrungsmittelp Problemen, sondern vielmehr um Kapitalrendite. Die Verlierer dieses Geschäfts werden gern verschwiegen. So führt eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft zu weniger Arbeitsplätzen, zu weniger Vielfalt der Ackerkulturen und zu eintönigen Landschaftsbildern, und wer bei dem Spiel nicht mithalten kann, wird von seinem Land vertrieben. Landwirtschaftliche Betriebe in der sogenannten ersten Welt, aber auch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im Süden werden in eine fatale Abhängigkeit getrieben. ■ Mit der Abhängigkeit von einzelnen Konzernen geht auch eine Abhängigkeit vom Weltmarkt einher. Der traditionelle Anbau von Nahrungsmitteln wird verdrängt, stattdessen werden mit gentechnisch modifiziertem Saatgut Produkte für den Export angebaut. Ein typisches Beispiel für diese Abhängigkeit, die Ousmane Samaké als eine neue Form der Sklaverei beschreibt, ist Mali: Nach traditionellen Anbaumethoden wurden von Kleinbäuerinnen und -bauern Nahrungsmittel angebaut, bis sie in ein Strukturanpassungsprogramm des IWFs gerieten. Ab diesem Zeitpunkt wurde Baumwolle angebaut, um sie für den Weltmarkt exportieren zu können. Durch die niedrigen Rohstoffpreise können die angebauten Güter nicht mehr zu Preisen abgesetzt werden, die den Produktionspreis decken. Die Produzenten und Produzentinnen verschulden sich, um die importierten Nahrungsmittel, die sie vorher selbst angebaut hatten, zu kaufen. Nur so können sie jetzt ihren eigenen Bedarf decken und das Saatgut für die nächste Ernte kaufen. Durch den Ländervergleich wurde deutlich, dass nicht nur die natürliche Lebensgrundlage eines Großteils der Bevölkerung auf dem Spiel steht, sondern auch seit

Jahrhunderten bestehende soziale und kulturelle Strukturen der betroffenen Gemeinden. ■ Die Referenten und Referentinnen aus Mali, Chile und Mexiko traten für das Konzept der Ernährungssouveränität ein und gegen die Ökonomisierung der Natur und die Festsetzung eines spezifischen Preises, wie es von der CBD geplant ist. Die Menschen sollen und wollen selbst bestimmen, was für wen, zu welchem Zweck und auf welche Weise produziert wird. Nur damit kann die Ernährungssicherheit aller garantiert werden. Denn eines ist sicher: Die Nahrungsmittel, die die Natur hergibt, würden, wenn sie gerecht verteilt würden, für alle Menschen reichen.

STETER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN

FRAUEN STEHEN IM WIDERSTAND

FÜR EIN MENSCHENRECHT AUF WASSER

«Der Zugang zu sauberem Wasser ist ein Menschenrecht – eine (geschlechter-) gerechte Verteilung eine Menschenpflicht!» Dies war eine der zentralen Aussagen der Fachtagung «**Steter Tropfen höhlt den Stein – Frauen im Widerstand für ein Menschenrecht auf Wasser**» vom 22.-24. Februar 2008 in Berlin. ■ TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen – darunter Frauen aus Bolivien, Kuba, El Salvador, Mexiko, Peru, Kolumbien und Uruguay – diskutierten die Auswirkungen der Privatisierung, Verschmutzung und der Verschwendung von Wasser auf die Lebensbedingungen in den jeweiligen Regionen. ■ «Bisher wurden die Geschlechterverhältnisse in der Wasserpolitik und im Wassermanagement nur unzureichend berücksichtigt, die Teilhabe und Mitwirkung von Frauen an Entscheidungen nur wenig beachtet. Es wurde Zeit für eine solche Tagung!» beschreibt Monika Schierenberg für die Veranstalterinnen die Motivation für die Tagung. ■ In den Ländern des Südens sind Frauen unmittelbar von Wasserverknappung, Verteilungskämpfen und dem lukrativen Handel mit dem «blauen Gold» betroffen. Vor allem die industrielle Landwirtschaft mit ihren bewässerungsintensiven Monokulturen verursacht in den Ländern des globalen Südens Wassermangel. Mit dem kostbaren Wasser werden Nahrungsmittel vor allem für die Industrieländer und Energiepflanzen für die Befriedigung westlicher Mobilitätsbedürfnisse erzeugt. «Paradoxiertweise importieren die zumeist wasserreichen Industrieländer mit den Nahrungsmitteln indirekt große Wassermengen aus den wasserarmen Regionen der Erde und tragen zur Verschärfung der dortigen Situation bei.», konstatierte Juana Vera aus Peru, Doktorandin an der Universität Wageningen, Niederlande. ■ Obwohl im Jahr 2002 147 Staaten ein Abkommen der Vereinten Nationen auf ein Menschenrecht auf Wasser unterschrieben haben, wird das Recht auf Wasser weiterhin verletzt. In Uruguay ist der Zugang zu Wasser durch einen Volksentscheid seit 2004 in der Verfassung garantiert. Kim Weidenberg von FIAN meint: «Menschenrechte haben Vorrang vor Wirtschaftsgewinnen. Das Recht auf Wasser muss in allen Ländern in der nationalen Gesetzgebung verankert werden. Deutschland hat die Pflicht, die Einhaltung der Menschenrechte in Handelsabkommen und in der Entwicklungszusammenarbeit sicher zu stellen.» ■ Ein wichti-

ges Ergebnis der Tagung war, dass die Netzwerke des nationalen wie internationalen Widerstandes noch deutlich enger geknüpft werden müssen, um wirkungsvoll gegen alle Formen der ungerechten Aneignung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen vorgehen zu können. Vera Morgenstern, Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di, kündigte an, dass die ‚blaue Agenda‘ der Frauen zum Wasserthema mit der gewerkschaftlichen Kampagne für ‚öffentliche Dienste von hoher Qualität‘ auf nationaler und internationaler Ebene verbunden wird. ■ Die Tagung wurde gemeinschaftlich veranstaltet von Ecomujer, ver.di (Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik), genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, Rosa-Luxemburg-Stiftung und der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN.

TOTAL VERPLANT

Außerordentlich kontrovers diskutierten die TeilnehmerInnen der Konferenz «Total verplant», die am 26. Juni 2008 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung stattfand. Im Vordergrund standen Fragen, wie: Kann ein Plan den Markt ersetzen? Was bedeutet der «Marktsozialismus»? Warum sind Planwirtschaften gescheitert? Wie hängen Planung und Wirtschaftsdemokratie zusammen? ■ Die große Herausforderung dieses Wochenendes bestand darin, sich trotz des Scheiterns bisheriger Projekte des real existierenden Sozialismus wieder an das Instrument Planwirtschaft zu wagen und Schwächen sowie Chancen desselben auszuloten. Einigkeit herrschte bei allen Teilnehmenden zumindest bei der Unzufriedenheit mit der aktuellen Wirtschaftsform.

WAS MACHT PLANWIRTSCHAFT SO SCHWIERIG?

Ein Plan an sich ist noch kein Problem. Geplant wird in jedem Unternehmen und in jeder Volkswirtschaft. Probleme entstehen, wenn Volkswirtschaftsplanung über die Formen der Regulierung von Konkurrenzverhältnissen im Kapitalismus hinausgehen soll. Planung auf der Ebene der Gesellschaft bzw. der Volkswirtschaft ist Ausdruck eines bestimmten Entwicklungsniveaus der Gesellschaft und eines bestimmten Grades der Vergesellschaftung. Wie erwächst aus einer durch Markt und Konkurrenz geprägten Gesellschaft die gesellschaftliche Planung als Aufgabe und wie können soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung integriert werden? ■ Entscheidend für die Tragfähigkeit, die Wirksamkeit eines Planes ist die Gestaltung und Organisation des Planungsprozesses selbst. Und Planung hat mit ihren Auswirkungen auf die Verteilung von Produktionsanlagen, von Arbeitskraft und Konsumtionsmöglichkeiten implizit immer auch soziale Konsequenzen. Damit ist Planung nicht einfach ein quantitativ bestimmten Kriterien folgender Verteilungsprozess von Geld- und Gütermassen, sondern ein politischer, sozialer und kultureller Prozess. ■ Albert Einstein charakterisierte das Problem ausgehend von einer Kritik kapitalistischen Wirtschaftens folgendermaßen: «Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird

geplant. ■■■ Dennoch ist es notwendig festzuhalten, dass eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen. Sozialismus erfordert die Lösung einiger äußerst schwieriger sozio-politischer Probleme: Wie ist es angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Kräfte möglich, eine Bürokratie daran zu hindern, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt und dadurch ein demokratisches Gegengewicht zur Bürokratie gesichert werden?» ■■■ Der historische Beweis, dass eine Planwirtschaft einer Konkurrenzwirtschaft überlegen ist, steht aus. Auch wenn die Planwirtschaften des Realsozialismus zahlreiche, vor allem soziale Probleme lösen konnten, so waren sie doch nicht fähig, soziale und politische Stabilität zu erreichen. Schwer lösbar erscheint das Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Autonomie der Wirtschaftssubjekte. Gleiches gilt für das Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Wirtschaftsinteressen der Betriebe. ■■■ Die Praxis der Fünfjahrpläne stellte sich schließlich als despotische Herrschaft dar. Es wurde keine Rücksicht mehr genommen auf die Interessen von Regionen und «Beplanten». Am Ende lief diese Planung auf Arbeitszwang, Bürokratisierung und kulturellen Backlash (rigide Familienpolitik, konservatives Frauenbild) hinaus. Eigenverantwortung und unkonventionelle Entscheidungen wurden unmöglich. Dementsprechend konnte auch das Planungsmodell der zentralistischen Staatsplanung in der DDR unmöglich die Grundlage für eine emanzipatorische Gesellschaft sein. Zwei Grundanforderungen für eine solche bleiben in der DDR unerfüllt: 1. die Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung aller BürgerInnen an der Planung und 2. eine dem Kapitalismus überlegene Effizienz und Rationalität. Die Verfügung über die Ressourcen, vor allem Entscheidungen über deren Einsatz und Nutzung, waren der demokratischen Mitwirkung und gesellschaftlichen Kontrolle im Wesentlichen entzogen. So wurden Verbesserungen im Leben der Menschen, z.B. Rentenerhöhungen, Verbesserungen für Familien mit Kindern u.a., nicht als Ergebnis demokratischer Entscheidungen, die durch die ökonomischen Ergebnisse der Arbeit der Werktätigen möglich wurden, sondern als «Geschenk» der Partei- und Staatsführung dargestellt und behandelt. ■■■ Die Frage nach einer künftigen planenden Wirtschaftsform und der Wert der Erfahrungen der realen Planwirtschaften bedarf weiterer Analysen und Diskussionen. Ist der Begriff der Planwirtschaft für eine künftige Regulierungsweise überhaupt tragfähig? Das ist genug Stoff für eine Fortsetzung dieser Veranstaltung im kommenden Jahr.

NEUE FEMINISMEN - ALTE UNGLEICHHEITEN?

DISKUSSIONSLINIEN EINER TAGUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Alpha-Mädchen, die neue F-Klasse, Popfeministinnen, körperliche Selbstinszenierungen nach dem Vorbild Charlotte Roches – die durch Feuilleton und Boulevardpresse in jüngster Zeit hochstilisierten «Neuen Feminismen» bildeten den Anlass, auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17./18. Oktober 2008 mit 100 TeilnehmerInnen tiefergehend zu fragen, was

das Leben junger Frauen heute ausmacht und inwieweit sich in den hier vermittelten Geschlechterbildern ihre Lebensrealität spiegelt. Handelt es sich bei diesen schillernden Ausdrucksformen feministischer Artikulation um die dritte Welle feministischer Bewegung – wie der ebenfalls neu eingeführte Begriff Third-Wave-Feminismus suggeriert? Wie konnte es geschehen, dass die nicht gerade als feminismusfreundlich bekannten Boulevard-Medien diese «neuen Feministinnen» als die Protagonistinnen eines neuen Frauenbewusstseins feiern? Und letztlich und vor allem aus einer linken gesellschaftsanalytischen Perspektive: Wie ordnen sich die «Neuen Feminismen» und die medial hier anknüpfenden Geschlechterbilder dem radikalen Wandel in den Gesellschafts-, Individual- und damit Geschlechterverhältnissen zu, den Linke gemeinhin als neoliberal bezeichnen: die Ökonomisierung öffentlichen wie privaten Lebens, die Durchsetzung des Marktprinzips bis in die letzten Lebensbereiche hinein, den damit einhergehenden Umbau des individuellen Selbst. ■■■ «Die ganze Welt als ein einziger fließender Markt. Markennamen und Logos werden zu Ortsnamen des Nirgendwo.» Die De-Lokalisierung, die Ortlosigkeit des Einzelnen, setzt Kornelia Hauser (Dozentin an der Universität Innsbruck) in ihrem Beitrag als den Schlüsselbegriff für das Befinden und die Konstitution des eigenen Selbst in dem von ihr so bezeichneten gegenwärtigen «Neuen Kapitalismus» bzw. «Neokapitalismus». In der neokapitalistischen marktförmigen Zurichtung des eigenen Selbst wird die Erwerbsarbeit so zentral, dass alles Leben um sie herum organisiert wird. Allerdings, so Hauser in Anlehnung an Bourdieu: Das Prekariat ist überall. «Fast zwei Dritteln der Gesellschaftsmitglieder wird mehr und mehr die Verfügung über Raum und Zeit entzogen; das heißt, ihre Fähigkeit zu planen, Zukunftsprojekte zu entwerfen.» Nach ihren Zukunftswünschen befragte 13-19-Jährige richten sich in ihren Vorstellungen nicht mehr an der Wahl einer bestimmten Berufsgruppe aus, sondern an der Wahl der sozialen Schicht. Das soziale Selbst, eingebettet in Gruppenkontexte, Bewegungen, Milieus, Werte wie Empathie und Solidarität, kommt in dieser privaten Form der neuen Individualisierung nicht mehr vor. Selbstfindung und Weltbezug fallen auseinander. ■■■ Eine auch nach außen offene Selbstreflexion des eigenen Lebens scheint vor diesem Hintergrund nicht möglich. Dies zeigte die kritische Diskussion der von Christine Puschmann (WZB) vorgestellten «Brigitte-Studie» mit dem Titel «Frauen auf dem Sprung – Männer unter Druck». Wenn 80 Prozent der befragten jungen Frauen hier angeben, sie seien jetzt mit ihrem Leben zufrieden und erwarten, dass sie auch in zehn Jahren zufrieden sein werden, so deutet das möglicherweise vor allem auf die Angst hin, als Verliererin wahrgenommen zu werden: «Wenn ich sage, dass mir etwas fehlt, dann habe ich offenbar nicht genug dafür getan, dass es mir nicht fehlt.» (Hauser) ■■■ Sie folgen damit genau jenem Frauen- und Geschlechterbild der jungen leistungsbereiten «Durchstarterinnen», der Heldinnen der neuen «F-Klasse» oder der «Alpha-Mädchen», die nach dem Motto «Jede ist ihres Glückes Schmied» und «Das kriege ich schon in den Griff» (Interview Allmendinger) zu neuen Leitbildern eines mediengestützten individualisierten Feminismus werden. Franziska Rauchut (Universität Lüneburg), Promotions-



stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zeigte in ihrer Analyse ausgewählter Publikationen der «neuen Feministinnen» deren Passfähigkeit zu hegemonialen neokapitalistischen Denkansätzen, in denen jede Frau Unternehmerin ihrer selbst ist und sich ihr Erfolg (oder ihr – nicht thematisiertes – Scheitern) ausschließlich der eigenen individuellen Überlegenheit (oder – persönlich zu verantwortenden – Unterlegenheit) verdankt. In diesem individualisierten feministischen Grundverständnis, so Rauchut, geht die eigene Selbstinszenierung mit einer Entpolitisierung einher, so dass die Distanzierung von der «alten» – gesellschaftliche Ungleichheiten skandalisierenden – Frauenbewegung logisch erscheint. ■■■ Also doch kein Third-Wave-Feminismus? Möglicherweise hat hier Ingrid Kurz-Scherf (Philipps-Universität Marburg) Recht, wenn sie den neuen «Elite-Feminismus» gleichwohl auch als «Symptom eines wachsenden Unbehagens am Stand und am Gang der Gleichberechtigung und eines wachsenden Unmuts über die Nachrangigkeit interpretiert, mit der dieses Problem angegangen wird» – auch und insbesondere durch die Linke und die Links-Partei. Ausgehend von ihrer vehementen Kritik an dem inflationär gebrauchten Begriff des Neoliberalismus durch die Linken lenkt sie den Blick auf einen ausstehenden Transformationsdiskurs von Gesellschaft, in der links und feministisch sich auf neue Weise verbinden. Demnach ist die gegenwärtige Krise nicht nur als Scheitern des Neoliberalismus zu diskutieren, sondern als Krise der kapitalistischen Wirtschaftsweise moderner Gesellschaften in ihrer «androkratischen Fundierung».



VERNETZTES LERNEN

Im vergangenen Jahr förderte das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung noch einmal deutlich mehr Studierende und DoktorandInnen aus dem In- und Ausland als im Vorjahr. Dies wurde möglich durch steigende Zuwendungen sowohl des «Bundesministeriums für Bildung und Forschung» (BMBF) als auch des «Auswärtigen Amtes» (AA). Insgesamt wurden 619 StipendiatInnen gefördert, darunter 433 Studierende und 131 DoktorandInnen aus Mitteln des BMBF. 34 Studierende und 5 DoktorandInnen wurden mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert. Die Studierenden kamen aus 30 Staaten, hauptsächlich aus den Palästinensischen Autonomiegebieten, der Türkei, aus Ghana, Brasilien, Argentinien, Israel, Italien, Jordanien und den USA. ■ Neben dem Stipendium bietet das Studienwerk ein breit gefächertes Förderprogramm, das sowohl der Vertiefung der wissenschaftlichen Qualifikation wie der Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Fragen dient. Zugleich unterstützt das Stipendienprogramm der RLS die nationale und internationale Vernetzung linker Kräfte, die sich dem Stiftungsziel verschrieben haben, nämlich Impulse für selbstbestimmte gesellschaftliche politische Aktivität zu setzen, das Engagement für Frieden und Völkerverständigung sowie für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander zu stärken.

HOHE LEISTUNGEN UND STARKES ENGAGEMENT

Entsprechend den Zielen der RLS fördert das Studienwerk Studierende und DoktorandInnen, die neben hohen fachlichen Leistungen ein ausgeprägtes gesellschaftliches und politisches Engagement im Sinne der Stiftung zeigen. ■ Die Stiftungen zielt entsprechend ihrer Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität durch die Bevorzugung von Frauen, sozial Bedürftigen und Menschen mit Behinderungen auf den Ausgleich sozialer, politischer oder geschlechtlicher Benachteiligung. Dieser Strategie ist es zu verdanken, dass der Frauenanteil bei den geförderten Studierenden und DoktorandInnen mit 54 bzw. 52 Prozent über ihrem Anteil an Studierenden und DoktorandInnen bundesweit liegt. ■ Etwas schwieriger stellt sich die Förderung von Studierenden aus sozial benachteiligten Familien dar. Wie die Studie der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) im Auftrag der Begabtenförderwerke 2009 ergeben hat, kommen auch 59 Prozent der StipendiatInnen der RLS aus einem Elternhaus, in dem mindestens ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt. Allerdings ist der Anteil von Studierenden, deren Eltern lediglich über einen Hauptschulabschluss bzw. eine Lehre oder einen Facharbeiterabschluss verfügen, bei der RLS höher als beim Durchschnitt aller Studierenden und deutlich höher als beim Durchschnitt der StudienstipendiatInnen aller elf Begabtenförderwerke. ■ Auch der Anteil von RLS-StipendiatInnen mit Migrationshintergrund (ohne EU) ist hoch. Er beträgt bei den Studierenden 14 und bei den Promovierenden 23 Prozent.

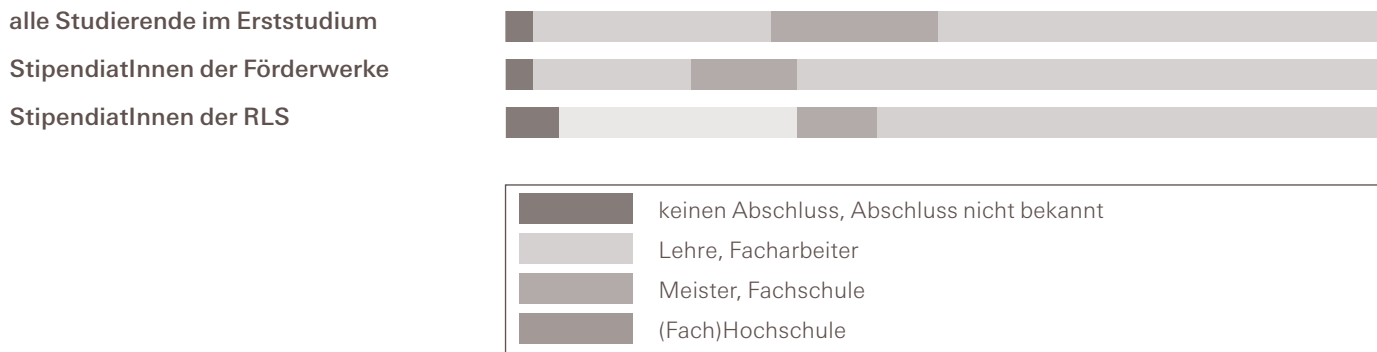
INTERNATIONALER AUSTAUSCH

Ein wichtiges Ziel besteht in der Verbesserung des internationalen Austauschs. Neben der Förderung ausländischer Studierender und DoktorandInnen in Deutschland stellt die Unterstützung von StipendiatInnen beim Auslandsaufenthalt zu Studien- oder Forschungszwecken, für Praktika oder den Besuch wis-

senschaftlicher Kongresse eine wesentliche Säule unserer Förderung dar. ■ 2008 wurde insgesamt 148 StipendiatInnen eine Auslandsförderung ermöglicht. Schwerpunkte der Auslandsaufenthalte sind die EU-Staaten sowie Mittel- und Südamerika sowie mit einigem Abstand Nordamerika und Asien.

INTERNATIONALER WORKSHOP UND FERIENAKADEMIE

Höhepunkte der ideellen Förderung stellten 2008/2009 zum einen der internationale Workshop und zum anderen die Studienreise zum Europaparlament nach Brüssel dar. ■ Der internationale Workshop zum Thema «Privatisierung Öffentlicher Güter» führte eine Gruppe StipendiatInnen nach Polen in die Masuren, wo sie sich eine Woche mit den Auswirkungen der Privatisierung in der Stromversorgung sowie im Gesundheits- und Bildungssystem auf die unterschiedlichen sozialen Gruppen sowie auf die Geschlechter befassten. ■ Die Ferienakademie 2008 in der Europäischen Jugendbildungs- und Erholungsstätte Werbellinsee bestand aus einem Mix aus Workshops, Exkursionen, Kultur und Freizeit. Dabei wurden Themen wie Freiheit, Antisemitismus oder Stellung der Frau im Islam ebenso diskutiert wie die Privatisierung öffentlicher Güter, neue Arbeitsformen, Probleme der Dialektik und Methoden wissenschaftlichen Arbeitens. Die Workshops wurden insbesondere durch die stipendiatischen Arbeitskreise, aber auch von externen ReferentInnen und ehemaligen StipendiatInnen geführt. Ein Exkursionstag ging wahlweise in die vom Naturschutzbund NABU betriebene Blumberger Mühle, die Gedenkstätte Sachsenhausen oder das Kloster Chorin. Zum Programm gehörten auch Kabarett, Lesung, Sport und Party. ■ Eine Studienreise im Juni 2008 führte eine Gruppe von StipendiatInnen nach Brüssel. Sie diskutierten mit Abgeordneten der Fraktion GUE/NGL über den europäischen Vertrag, Migration, Sozial- und Beschäftigungspolitik sowie Armut und Lobbyismus. Sie trafen eine NGO, die sich für die Einhaltung von Menschenrechten für MigrantInnen ohne Papiere einsetzt. Außerdem standen Gespräche mit VertreterInnen des europäischen Netzwerks «transform!» und der Europäischen Linkspartei auf dem Programm. Hinzu kam ein alternativer Stadtrundgang zu den Themen Migration und Gentrification. ■ Die Schwerpunkte der Tagesworkshops waren 2007/2008 Rechtsextremismus, soziale Sicherung und Nachhaltigkeit. Unter dem Titel «Rassismus und Rechtsextremismus: Einblicke und Kontroversen» wurde im Oktober 2007 in Köln die faschistische Pseudo-Kapitalismuskritik diskutiert. Es wurden staatlicher und gesellschaftlicher Rassismus am Beispiel der Migrationspolitik der EU dargestellt sowie Gegenstrategien entwickelt. Zum Thema «Soziale Grundsicherung – nationale und internationale Dimensionen» setzten sich die Geförderten im November 2007 in Hamburg mit der Kontroverse «Grundsicherung – Grundeinkommen» auseinander. Sie diskutierten die Idee der Grundsicherung in der internationalen Entwicklungspolitik sowie den Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors als Strategie sozialer Sicherung. Unter der Überschrift «Nachhaltigkeit versus Wachstum – ein Dialog zwischen Gesellschafts- und Naturwissenschaft» fand im Juli 2008 in Bremen ein Workshop



Quelle: HIS-Studie: Das soziale Profil in der Begabtenförderung (2009), eigene Berechnungen

statt, der sich mit Energie- und Stoffbilanzen, nachhaltiger Entwicklung in der Landwirtschaft in Brasilien, Klimawandel und Wachstumsdebatten auseinandersetzt. ■■■■ Einen weiteren Schwerpunkt der Förderung bildet das Seminarprogramm, das der unmittelbaren Unterstützung des Förderziels (Studienabschluss oder Promotion) dient. Es besteht aus DoktorandInnenseminaren, Methodenworkshops, Seminaren zum Zeitmanagement und zu «Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens». Erstmals haben wir im Jahr 2008 ein Seminar zu «Beschäftigungsfähigkeit» angeboten, das mittels «Selbst-Check» potenzielle Erwerbsfelder für StipendiatInnen ausloten sollte. Bei den DoktorandInnenseminaren 2007 und 2008 stellten 30 DoktorandInnen ihre wissenschaftliche Arbeit zur Diskussion. Die Vorträge werden als Sammelband publiziert. ■■■■ In den einmal pro Semester angebotenen Methodenseminaren erhalten Doktoranden eine auf ihr individuelles Forschungsvorhaben zugeschnittene Beratung. ■■■■ Die Seminare zu «Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens» richten sich insbesondere an Studierende der ersten Semester, denen Unterstützung beim Verfassen von Referaten und Hausarbeiten angeboten wird. «Seminare zum Zeitmanagement» für Studierende und DoktorandInnen stießen auf reges Interesse. ■■■■ Jeweils im April und Oktober finden die obligatorischen Einführungseminare für neu in die Förderung aufgenommene StipendiatInnen statt. Dort erfahren die StipendiatInnen alles über ihre Rechte und Pflichten sowie Möglichkeiten der materiellen und ideellen Förderung; hier stellen sich die Bereiche der Stiftung sowie die stipendiatische Selbstverwaltung vor. ■■■■ Von StipendiatInnen wird erwartet, dass sie an Regionaltreffen in den Bundesländern teilnehmen, die in der Regel einmal pro Semester stattfinden. Dort tauschen sie sich aus und vernetzen sich untereinander sowie mit den Regionalstruktu-

ren der RLS. Individuelle Probleme des Studiums oder der Förderung werden in den Sprechstunden am Rande des Treffens geklärt. ■■■■ Ergänzt werden diese Förderschwerpunkte durch Veranstaltungen zu aktuellen Themen und Führungen. Im November 2007 führte Thomas Flierl, ehemaliger Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin, durch die neue Mitte Berlins, was auf großes Interesse stieß. Im Dezember wurden ein Besuch im Deutschen Bundestag sowie Gespräche mit Abgeordneten organisiert. Anlässlich des Luxemburg-Geburtstages im März lud das Studienwerk die Biografin Annelies Laschitzka zur Diskussion über die Freundschaft Rosa Luxemburgs mit Karl und Sophie Liebknecht ein.

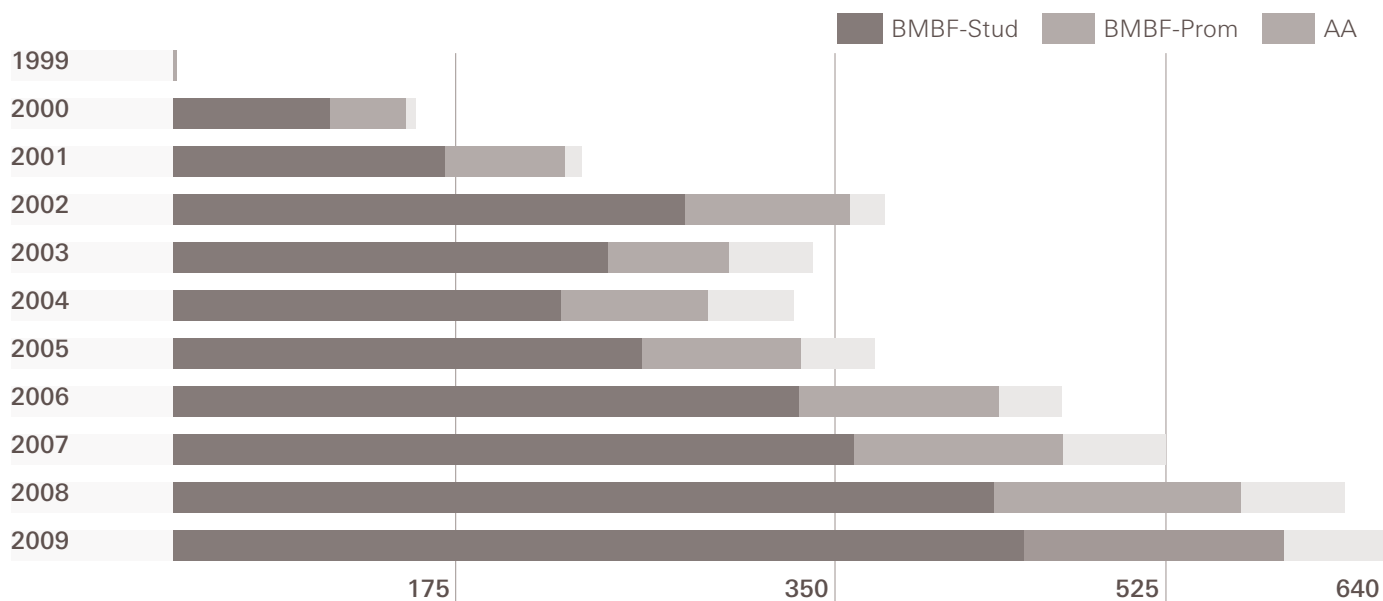
PROMOTIONSKOLLEG

Im Oktober 2008 wurde das erste Promotionskolleg an der Universität Siegen eingerichtet. Unter dem Titel «Demokratie und Kapitalismus» promovieren acht NachwuchswissenschaftlerInnen zur bundesdeutschen Umweltpolitik, zur Kritik der neueren politischen Ökonomie, zur Erdgaspolitik Boliviens, zu feministischen Utopien, zu globalisierungskritischen Bewegungen wie zum Verlust kommunistischen Begehrens.

EHEMALIGENARBEIT

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der ideellen Förderung stellt die Arbeit mit Ehemaligen dar. Besonders wichtig ist das jährlich stattfindende Ehemaligentreffen, das 2008 von einer Gruppe Ehemaliger unter dem Titel «Netzwerk – Flickwerk» erstmals selbst organisiert wurde. Es wurden verschiedene Arbeitsfelder Ehemaliger beleuchtet und über Mittel und Wege künftiger stärkerer Vernetzung diskutiert. Zugleich wurde über aktuelle Entwicklungen der Stiftung und des Studienwerks informiert. Ergänzt wurde das Programm mit Führungen durch die Liebermann-Villa am Wannsee, durch einen Filmabend

ENTWICKLUNG DER STIPENDIATINNEN 1999 – 2009



sowie eine Wanderung zum Haus der Wannsee-Konferenz.

Zur ideellen Förderung des Studienwerks gesellt sich das Bildungsprogramm der RLS, an dem die StipendiatInnen teilnehmen können, das sie aber auch als ReferentInnen und ModeratorInnen mit prägen. Zunehmend beteiligen sich StipendiatInnen am Ausbildungsgang «Politikmanagement» der RLS, der über einen Zeitraum von anderthalb Jahren für Führungsaufgaben in Politik, Verwaltung, Verbänden und Vereinen qualifiziert.

FÖRDERUNG DER SELBSTORGANISATION

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Förderung der StipendiatInnen stellt die Arbeit in den selbst organisierten stipendiatischen Arbeitskreisen dar. Derzeit arbeiten StipendiatInnen in folgenden Arbeitskreisen mit: Linke Bildung, Digitales Leben, Gender und Identitäten, Kunst- und Kulturpolitik, Rechtspolitik und Menschenrechte, Antisemitismus, Linke und Nation, Internationalismus, Venezuela und Qualitative Methoden. Diese Arbeitskreise treffen sich mehrmals im Jahr, um neue Fragen aus ihren Wissensgebieten zu diskutieren und Tagungen und die Ferienakademie vorzubereiten. Die Ergebnisse der Arbeit werden u. a. auf der Ferienakademie präsentiert.



«POLITISCHES ENGAGEMENT IST TEIL MEINER ARBEIT»
INTERVIEW MIT EINER STIPENDIATIN DER RLS

Die Brasilianerin Ana Garcia hat an der FU Berlin Politikwissenschaft studiert. Sieben Jahre lang lebte sie in Deutschland, bevor sie wieder nach Brasilien zurückkehrte.

Warum bist Du nach Deutschland gekommen?

Ich bin 1998 nach Berlin gekommen, um einen Sprachkurs im Goethe-Institut zu besuchen. Ich wollte Deutsch lernen, um die deutsche Geschichte besser zu verstehen, aber auch wichtige Denker wie Karl Marx im Original lesen zu können.

Wie hat es Dir gefallen?

Berlin hat mich von Anfang an fasziniert, denn man atmet Geschichte und Politik in der Stadt. Ich hatte das Gefühl, als ob die Weltgeschichte einen Fußabdruck in der Stadt gelassen hätte.

Wie ging es nach dem Sprachkurs weiter?

Schon während des Sprachkurses habe ich die Aufnahmeprüfung für das Studienkolleg der FU abgelegt und auch bestanden. Nach dem Studienkolleg habe ich angefangen, Politikwissenschaft zu studieren. Meine Schwerpunkte waren Menschenrechte, Demokratisierungsprozesse, Politische Ökonomie sowie soziale Organisationen und Bewegungen.

Was machst Du jetzt?

Nach dem Studium in Berlin habe ich angefangen, im Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brasilien zu arbeiten. Dort führen wir politische Bildungsprojekte mit wichtigen sozialen Akteuren in Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile durch, insbesondere mit Gewerkschaften, sozialen Netzwerken und der Landlosenbewegung etc.

Also bist Du jetzt eher praktisch tätig und nicht mehr wissenschaftlich?

Nicht nur. Seit letztem Jahr promoviere ich im Bereich Internationale Beziehungen. Meine Forschungsschwerpunkte sind transnationale zivilgesellschaftliche Akteure, regionale Integration und Alternativen zum Neoliberalismus. In meiner Forschung ziehe ich einen Vergleich zwischen der Europäischen Union, dem latein-

amerikanischen Handelsbündnis Mercosur und der Alternative ALBA («Alternativa Bolivariana para las Américas»). Ich betrachte sie aus der Perspektive sozialer Bewegungen und deren Partizipation und Mitbestimmung in regionalen Integrationsprozessen. Ich möchte herausfinden, ob ALBA ein «post-neoliberales» Projekt ist, das eine Alternative zur marktorientierten Integration wie die der EU und Mercosur sein kann.

Hast Du daneben noch Zeit für politisches Engagement?

Mein Engagement ist Teil meiner Arbeit im Stiftungsbüro in Brasilien, zumal ich eng mit den sozialen Bewegungen arbeite. Ich bin Mitglied keiner Partei, dennoch bin ich der Landlosenbewegung MST und der Bewegung «Consulta Popular» sehr eng verbunden. Ein Thema, zu dem ich mich in den letzten Jahren stark engagiert habe, ist die Rolle transnationaler Konzerne in Lateinamerika. Diese Arbeit ist ein Teil des sozialen Netzwerkes EU – Lateinamerika und des Völkertribunals gegen transnationale Konzerne. Aus dieser Arbeit heraus habe ich angefangen, über die Rolle der brasilianischen Firmen in Südamerika zu recherchieren. Zurzeit diskutiere ich mit den sozialen Bewegungen in Brasilien die neue Rolle Brasiliens in der Weltpolitik.

«VERSÖHNUNG DURCH VERSTÄNDNIS»

EINE DOLMETSCHERIN ALS VERMITTLERIN
ZWISCHEN DEN WELTEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Ausbildung der tschechischen Übersetzerin und Dolmetscherin Barbora Molnárová in den Jahren 2003 bis 2006 insgesamt 19 Monate gefördert. Inzwischen hat sie an verschiedenen Hochschulen in Europa (in Prag, Moskau, Berlin, Leipzig, Granada) Übersetzen, Konferenzdolmetschen und Europastudien studiert. Momentan absolviert sie an der «Universitat Oberta de Catalunya» (UOC) in Barcelona ein postgraduales Studium «Resolution of Social and Political Conflicts».

Warum bist Du nach Deutschland gekommen?

Das hatte ganz banale Gründe. Ich wollte fließend Deutsch lernen und Deutschland und die Deutschen kennen lernen.

Ich wollte im deutschsprachigen Raum leben, um die Sprache meiner damaligen Lieblingsautoren Ingeborg Bachmann, Franz Kafka, Max Frisch, Hermann Hesse usw. zu lernen. Ich wusste, dass ich in Deutschland leben muss, wenn ich dolmetschen will, da die Sprache an sich nur einen Teil zum Verständnis beiträgt. Man kann den Sinn der Worte nur verstehen, wenn man die Mentalität der Menschen und die Geschichte des Landes kennt. Außerdem fand ich es außerordentlich wichtig, das Land zu verstehen, das so viel gemeinsam hat mit meinem eigenen Land. Ich wusste schon damals, dass ich zu einer Versöhnung mit unserer gemeinsamen Geschichte nur durch Lernen und Kennenlernen komme. Außerdem wollte ich die Kultur und die Geschichte von Berlin erleben und nach drei Jahren in Spanien sehnte ich mich danach, näher an Osteuropa zu leben.

Wie lange warst Du in Deutschland?

Ein Jahr in Berlin und ein Jahr in Leipzig. Seitdem komme ich immer wieder zu Besuch oder geschäftlich – relativ oft und regelmäßig.

Was machst du im Moment?

Seit 2004 arbeite ich als freiberufliche Dolmetscherin und Übersetzerin in Tschechien, Deutschland, der Slowakei, Belgien, Spanien und Österreich. Meist aber als Dolmetscherin mit den Sprachen Tschechisch, Deutsch, Spanisch, Russisch, Englisch und Slowakisch. Ich lerne noch Französisch und Ungarisch. Letzteres ist wichtig, denn ich komme aus der ungarischsprachigen Region in der Ostslowakei. Seit 2008 bin ich auch freiberufliche Dolmetscherin für die EU-Institutionen.

Wo engagierst Du Dich?

Bis vor einem Jahr habe ich mich bei dem «Europäischen Sozialforum» als freiwillige Dolmetscherin und als «Babels»-Kordinatorin für Osteuropa engagiert. Babels ist ein internationales Netzwerk der freiwilligen Dolmetscher und Übersetzer (www.babels.org). Außerdem dolmetsche ich ehrenamtlich für Flüchtlinge und Einwanderer in Tschechien. Weiterhin arbeite ich für viele deutsch-tschechische Nichtregierungsorganisationen und bereite eine Veranstaltung für die Ackermann-Gemeinde vor, die sich für Frieden und Versöhnung in Europa einsetzt.

«ZWEI JAHRE CHINA - WARUM?»

HILDEGARD SUY LAN HOPMANN, STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, ERZÄHLT VON IHREM STUDIUM AN DER PEOPLE'S UNIVERSITY OF CHINA

Zwei Jahre China – Warum? Im Grunde genommen waren es zwei Gründe, die mich hierher gebracht haben. Zum einen mein Studium der Sinologie an der Universität Hamburg, ein altes Kolonialfach und doch – oder gerade deswegen – auch eine der Fakultäten, an denen sich oft eine zweite oder auch dritte Migrationsgeneration Asiatisch-Deutscher wiederfindet. Der andere Grund war meine Familie, die sich zum größten Teil verstreut in Asien und Kanada aufhält, und die zu treffen es nur selten Gelegenheit gibt. ■■■ Dementsprechend habe ich die meiste Zeit in Beijing, der Hauptstadt Chinas und laut der meisten ChinesInnen politisches und kulturelles Zentrum der



Volksrepublik, verbracht. Dort habe ich die chinesische Sprache studiert, um genauer zu sein, das moderne Hochchinesisch, da es die wichtigste Grundlage für jegliche etwaige zukünftige Forschung im Feld der Asienstudien darstellt. Die Ferien jedoch waren dem Reisen und meiner Familie gewidmet, so dass ich zum ersten Mal seit meiner Kindheit meine Tanten, Onkel, Cousinen und Cousins wiedersehen und gleichzeitig meiner eigenen Familiengeschichte ein wenig mehr auf die Spur kommen konnte. ■■■ Müsste ich nach zwei Jahren Aufenthalt in Asien nun ein Fazit ziehen, so würde ich sagen, dass ich es sehr genossen habe, eine derart lange Zeit hier verbracht zu haben, auch wenn das Gefühl bleibt, dass insgesamt die Zeit viel zu kurz war. Schon jetzt, kurz vor der Abreise, denke ich ans Wiederkommen. Allerdings nicht, um noch mal an meinen sprachlichen Fähigkeiten zu arbeiten, sondern vielmehr, um meine Abschlussarbeit zu schreiben. Voraussichtlich würde ich nicht noch einmal auf das Festland gehen, sondern nach Hongkong oder Taiwan, da Forschungen sich dort leichter zu realisieren scheinen. Aber trotz allem bin ich sicher: Beijing wird mich schon bald wiedersehen.»



STEIGENDES INTERESSE AM BILDUNGSANGEBOT

REGIONALBÜROS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
JETZT AUCH IN ALLEN WESTLICHEN BUNDESLÄNDERN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist jetzt bundesweit flächendeckend präsent. Die Rosa-Luxemburg-Stiftungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg und die «Helle Panke» als Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung besitzen bereits seit längerer Zeit eigene Hauptamtliche und Büros. Eigene Standorte hat die RLS in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock) und in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt geschaffen. ■

Mit den im Jahre 2008 neu eröffneten Büros in Hamburg (April 2008), Mainz (Juni 2008), Kiel (Oktober 2008) und Hannover (November 2008) gibt es nun in allen westlichen Bundesländern RLS-Regionalbüros. Damit wurde eine wichtige Etappe der bundesweiten Arbeit abgeschlossen. Die dort tätigen MitarbeiterInnen stehen in engem Kontakt mit den jeweiligen Landesstiftungen. Ihre Büros bilden das Scharnier zwischen der regionalen Arbeit im jeweiligen Bundesland und der RLS auf Bundesebene. Regionalbüros und Landesstiftungen sind Ansprechpartner der pluralen Linken auch über die Partei DIE LINKE hinaus. Sie kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften, anderen Bildungsträgern und KommunalpolitikerInnen. ■ Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist bundesweit tätig. Ein wichtiger Teil des politischen Bildungsangebots sind die Veranstaltungen, Publikationen und weiteren Aktivitäten unserer Partner in den Bundesländern. Die enge Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen ermöglichte es, im Jahre 2008 mehr als 1.900 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet durchzuführen. Mit diesem Angebot wendet sich die RLS an das Umfeld der Partei DIE LINKE, aber darüber hinaus auch an eine breite, an politischer Bildung interessierte Öffentlichkeit. Die rechtlich eigenständigen Landesstiftungen und die RLS bilden den Stiftungsverbund. Dessen Organ ist der Rat der Landesstiftungen, in dem jede Stiftung eine Stimme hat, und der die Landesstiftungen gegenüber dem Vorstand der RLS vertritt. ■ Auf lokaler Ebene organisieren oftmals Rosa-Luxemburg-Clubs die Bildungsangebote. Die meisten Clubs wurden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gegründet, es gibt sie aber auch in den meisten übrigen Flächenländern. Dort realisieren sie die Bildungsarbeit «vor Ort», vor allem in Form von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. In einigen ostdeutschen Ländern, etwa in Sachsen und Sachsen-Anhalt, nehmen Außenstellen bzw. Regionalbüros der Landesstiftungen diese Aufgaben wahr. Die überwiegende Arbeit der Landesstiftungen und Clubs – und damit ein großer Teil der bundesweiten Präsenz der RLS – wird ehrenamtlich getragen. ■ Finanziert wird die Arbeit aller Landesstiftungen zum einen durch die RLS (aus Bundesmitteln), in geringerem Maße durch Eigenmittel (Spenden, Beiträge) und schließlich in mehreren Ländern auch aus Landesmitteln in allerdings sehr unterschiedlicher Größenordnung und anhand stark unterschiedlicher Landesregularien. Neben den Stiftungen in Berlin und den ostdeutschen Bundesländern erhalten nach dem Einzug der Partei DIE LINKE in mehrere westdeutsche Landesparlamente unterdessen auch die Stiftungen in Bremen, Hamburg und Nie-



dersachsen Finanzmittel für die politische Bildungsarbeit aus den jeweiligen Landeshaushalten. Auf dieser Grundlage werden die Bildungs- und Netzwerktätigkeiten in den Ländern auch zukünftig weiter ausgebaut. ■ Die Formen politischer Bildungsarbeit sind viel-fältig, sie reichen von Print- und Internetpublikationen über Gesprächszusammenhänge zu einzelnen Themen und Forschungsaktivitäten bis zu Veranstaltungen unterschiedlichster Formate. Im Zentrum der bundesweiten Arbeit stand auch 2008 eine interessante und inhaltlich vielfältige Veranstaltungstätigkeit. In den westdeutschen Bundesländern stieg die Zahl der TeilnehmerInnen an den insgesamt etwa 680 Veranstaltungen auf 18.700, deutlich mehr als im Vorjahr, als 14.000 TeilnehmerInnen zu rund 500 Veranstaltungen kamen. Zu den Abendveranstaltungen, Seminaren, Tagungen und Konferenzen, die der RLS-Stiftungsverbund 2008 gemeinsam in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin anbot, kamen insgesamt rund 34.000 BesucherInnen.

STEREOTYPE ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENT

DIE AUTORIN NOAH SOW LAS AUF EINLADUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AUS IHRER RASSISMUSKRITIK

Die Lesung «Deutschland Schwarz-Weiß» mit der Autorin, Musikerin und Medienkritikerin Noah Sow veranstalteten die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die RLS Niedersachsen 2008 an drei Orten in Niedersachsen. Im Juni las Sow in Buxtehude und Hannover – dort in Kooperation mit dem AStA der Leibniz-Universität Hannover, dem «Verband binationaler Familien und Partnerschaften» (iaf e.V.) und dem Kulturzentrum Pavillon im Rahmen des «Festival Contre Le Racisme» – im Oktober in Osnabrück in Zusammenhang mit der Gründung des «Osnabrücker Bündnis gegen Rassismus». ■ Die Autorin stellte einige Kapitel aus ihrem Buch «Deutschland Schwarz-Weiß» vor. Die Texte beleuchteten den alltäglichen Rassismus in Deutschland. Es ging nicht darum, akademische Diskussionen über Rassismus und seine Ursachen zu referieren, Rassismus sollte vielmehr als Alltagserfahrung und auch -praxis dargestellt werden, eine Praxis, die gerade auch von Menschen ausgeübt

wird, die sich selbst vehement davor verwahren würden, als rassistisch bezeichnet zu werden. ■ Ausgangspunkt waren einige Begriffe, anhand derer die Definitions- und damit Machtverhältnisse, die sich in diesen und ihrem Gebrauch widerspiegeln, thematisiert wurden. Die als selbstverständlich (eben nicht) wahrgenommenen Privilegien weißer Menschen wurden im Spiegel der ständigen «Sonderbehandlung und -wahrnehmung» schwarzer Menschen beleuchtet. Rassistisches Verhalten lässt sich häufig als Herrschaftsverhalten oder -reflex erklären. Stereotype sind im Grunde Herrschaftsinstrumente, die denjenigen, der sich ihrer bedient, Vorteile bringt. Noah Sow ruft zu mehr Intoleranz gegenüber rassistischem Verhalten auf. ■ Zur Verdeutlichung schlägt die Autorin vor, die in ethnologischen Texten oder Lexika verwendeten Begriffe auf den eigenen Kulturkreis anzuwenden und so einen Teil der weniger subtilen postkolonialen Herrschaftsmechanismen aufzudecken. ■ Durch ihren bitter-ironischen Vortragsstil macht Noah Sow das Erzählte für das Publikum leichter verdaulich, ihre deutlichen Worte machen es dagegen unmöglich, das Gesagte wegzuschieben.

BRAUCHT DIE LINKE EINE WIRTSCHAFTSETHIK?

DIE FINANZKRISE UND DER RECHTSEXTREMISMUS BESCHÄFTIGTEN DIE RLS SACHSEN 2008

Ein breit gefächertes Programm gehörte zu den Angeboten der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im vergangenen Jahr. Hervorzuheben sind vor allem vier Veranstaltungen in Leipzig. Mitte Oktober 2008 fand das Kolloquium «Wirtschaft und Moral – Zu den sozialetischen Grundlagen einer linken Gesellschaftspolitik» statt. ■ Das Spannungsfeld von Wirtschaft und Moral in der heutigen Gesellschaft stand im Mittelpunkt. Die zentrale Frage lautete: Braucht die politische Linke eine Wirtschaftsethik?» Als Konsequenz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wurde benannt, dass die Resozialisierung der Ökonomie im Praktischen wie im Theoretischen auf der Tagesordnung stehe. Ohne wirtschaftsethische Grundsätze zu erörtern, sei das auch aus links-alternativer Sicht nur schwer möglich. ■ Die ehemalige Wirtschaftsministerin der DDR und spätere PDS-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Christa Luft referierte zum Thema «Moral im Spannungsfeld von Eigennutz und Gemeinwohl». Der Jesuit und Sozialetiker Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach wandte sich dem Problem «Wirtschaft und Moral – zwei ungleiche Schwestern?» zu. Der emeritierte Professor für Volkswirtschaft Karl Georg Zinn beleuchtete das Thema «Gesellschaftsethik und politische Ökonomie – Zu den moraltheoretischen Grundlagen eines humanen Wirtschaftssystems». Der Philosoph Wolfgang Kuhlmann sprach über «Ökonomie und soziale Gerechtigkeit». ■ Die Beiträge wurden veröffentlicht in: Wirtschaft und Moral. Sozialetische Grundlagen einer linken Gesellschaftspolitik (Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2009. 96 S. ISBN 978-3-89819-318-4. Diskurs Heft 35. 5,00 Euro).

LEIPZIG UND 1968

Ende Oktober fand die «VIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz» der RLS Sachsen zum Thema «Leo Kofler und Wolfgang Abendroth. Die sozialistische Linke und 1968» statt. ■ Das Jahr 1968 steht national wie international für tiefgreifende Umbrüche der «Nachkriegsgesellschaft». 1968 kulminierte ein Prozess, der mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus eingesetzt hatte. Die RLS Sachsen hat sich seit ihrer Entstehung einer Tradition angenommen, die unmittelbar auf 1968 zurückgeht. ■ In Leipzig war nach 1945 eine europäisch wohl einmalige Konfiguration entstanden, in der sich Gelehrte zusammenfanden, die unorthodoxes linkes Denken auf höchstem Niveau verkörperten. Dem ist die Stiftung in einer Konferenz-Reihe, den sogenannten «Walter-Markov-Kolloquia», nachgegangen und hat sie in Publikationen dokumentiert. Walter Markov, Werner Krauss, Ernst Bloch, Fritz Behrens und Emil Fuchs waren Gegenstand der Analyse. ■ Wolfgang Abendroth lehrte nur kurzzeitig an der Leipziger Universität, danach in Jena; Leo Kofler lehrte unweit des Leipziger Zentrums in Halle. Beide sollten besonders für die Entwicklung der Linken in der Bundesrepublik große Bedeutung gewinnen. Dem gesamtdeutschen Ansatz linkssozialistischen Denkens nachzugehen, der sich für die Bundesrepublik Deutschland mit Blick auf 1968 als so bedeutsam erweisen sollte, ist eine noch zu leistende Aufgabe. Die Konferenz leistete dazu einen Beitrag.

RECHTSEXTREMISMUS IM BLICK

Anfang November 2008 ging es um «Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals: Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs». Es sprachen der Autor Horst Nalewski und die Schauspielerin Steffi Böttger. ■ Die RLS Sachsen reihte sich mit diesem eigenen, eindrucksvollen Beitrag in das Gedenken an die Reichspogromnacht vor 70 Jahren in Leipzig ein. ■ Horst Nalewski stellte sein Buch «Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals» vor (Horst Nalewski: Deutsche Dichterinnen jüdischen Schicksals: Else Lasker-Schüler, Gertrud Kolmar, Nelly Sachs. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2008. 229 S. ISBN 978-3-86583-311-2. 9,00 Euro). ■ Zur Diskussion über «Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung 2008» lud die RLS Anfang November ein. Elmar Brähler stellte die neue Studie «Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen» vor. Die Studie ist eine qualitative Erhebung, bei der Einzelpersonen zusätzlich zur Fragebogenuntersuchung von 2006 interviewt wurden. (Die Studie 2006 über das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in Deutschland hieß «Vom Rand zur Mitte».) ■ Dabei wurden über das gesamte Bundesgebiet verteilt insgesamt zwölf Gruppendiskussionen mit Personen durchgeführt, die sich besonders stark rechtsextrem, besonders ausgeprägt nicht-rechtsextrem oder die besonders häufig die mittlere Antwortmöglichkeit «teils-teils» geäußert hatten. Die Auswertung dieser Gruppendiskussionen ermöglicht Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen ein Mensch rechtsextreme bzw. demokratische Einstellungen entwickelt. ■ Nachzulesen sind die Ergebnisse in der Publikation «Ein Blick in die Mitte.



Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen.» Eine Studie von Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geißler und Elmar Brähler. Unter Mitarbeit von Franziska Göpner und Kathleen Pöge. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Mai 2008.

DIE STADT IM NEOLIBERALISMUS

EINE VERANSTALTUNGSREIHE DER RLS THÜRINGEN 2008

Städteplanerische Entwicklungen spielen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine zunehmende Rolle. Es geht um die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die Videoüberwachung von Plätzen und öffentlichen Räumen, die Vertreibung «störender Elemente» aus dem städtischen Innen- und Konsumraum. Auch im alternativen Diskurs ist das Thema nicht mehr neu: Diskutiert wird die Verteidigung öffentlichen Eigentums, der Kampf gegen die Yuppiesierung der Innenstädte und für neue und größere Freiräume für alternative Lebenskonzepte. ■■ Den Anlass für die Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen im Herbst 2008 in Erfurt lieferten Entwicklungen in der Stadt selbst, die ein Licht auf Selbstverständnis von Verwaltung und Parteien dieser mittelgroßen Kommune werfen. Zunächst wurde eine neue Stadtverordnung in Kraft gesetzt, die offiziell das öffentliche Trinken im städtischen Raum unterbinden sollte. Dadurch sollten Punks und andere Jugendliche vertrieben werden, die vor allem rund um Erfurts touristische Hauptmeile – die Krämerbrücke – «herumlungerten», wie es die Stadtverwaltung sah. ■■ Zum Anderen gerieten die wenigen Reste alternativer Kultur in das Fadenkreuz städtischer Interessen: Dem «Kunsthause Erfurt» wurde unter Berufung auf angeblich falsche bzw. fehlende Abrechnungen die Einstellung der finanziellen Unterstützung angedroht. Ein Szenecafé fiel der Privatisierung einer lukrativen Immobilie zum Opfer. Und schließlich wurde vor kurzem das «Besetzte Haus» in Erfurt geräumt, und zwar mit einem hohen Maß an Repression. ■■ Die Veranstaltungsreihe eröffnete Volker Eick, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin. Der Sozialwissenschaftler Eric Töpfer beschrieb Motive und

Akteure der «optisch-elektronischen Beobachtung», besser unter dem Begriff «Videoüberwachung» bekannt, und zeigte deren Gefahren für Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auf. Im besetzten Haus Erfurt wurde das Buch «Besetze deine Stadt! – BZ dyn by!» über Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen vorgestellt (Birke/Larsen, Assoziation A, Januar 2008). Der Sozialwissenschaftler Andrej Holm berichtete über Forderungen und positive Reaktionen auf aktuelle soziale und gesellschaftliche Problemlagen. Die Landschaftsgärtnerin und Künstlerin Ella von der Haide stellte das Konzept der urbanen Gemeinschaftsgärten vor. ■■ Alle Veranstaltungen wurden von Radio F.R.E.I. dokumentiert.

GEFÜLLTE KASSEN, GESCHICKTE PR-STRATEGIE

WIE DIE BERTELSMANN-STIFTUNG DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG BEEINFLUSST

Wie die Bertelsmann-Stiftung und die «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» Einfluss auf die Politik nehmen, darüber referierte der Soziologe Steffen Roski auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Saarbrücken Mitte Mai 2008. ■■ Es gelte, das Bild eines diskret im Stillen arbeitenden Lobbyisten zu korrigieren, sagte Bertelsmann-Kritiker Roski. Sowohl die vom Metall-Arbeitgeberverband finanzierte «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» als auch die Bertelsmann-Stiftung führen doppelgleisig: Neben der klassischen Form des Lobbyismus mit Absprachen «hinter den Kulissen», scheuten sie nicht das Licht der Öffentlichkeit. ■■ Im Gegenteil: Ergebnisse ihrer informell eingefädelten Vereinbarungen würden in Talkshows präsentiert. Parteienvertreter und Wirtschaftsvertreter «diskutierten» dort deren Standpunkte, teilweise sehr emotional, doch beim näheren Hinsehen sagten alle das Gleiche. Kontroversen dienten allenfalls zur Unterhaltung der Fernsehzuschauer. Ihre Gegner sähen diese Lobbyisten in allen Kräften, die die freie Entfaltung des Kapitals behindern könnten: die Gewerkschaften, Soziale Bewegungen, Parlamente etc. Das werde natürlich öffentlich nicht so gesagt. ■■ Roski erörterte, direkt oder indirekt stellten die «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» wie auch die Bertelsmann-Stiftung den bisher vorherrschenden Konsens in Frage, dass staatliches Handeln zur Herstellung gleicher und möglichst guter Lebensverhältnisse für alle Menschen führen soll. Hingegen forderten sie «Sparen», und zwar zu Lasten der Lohnabhängigen bei gleichzeitiger «Entlastung von Unternehmen». ■■ Die PR-Klaviatur werde dabei geschickt bedient: Die Bertelsmann-Stiftung «berate» politische Entscheidungsträger, organisiere Veranstaltungen und gebe wissenschaftliche Veröffentlichungen heraus, die sich dem angeblichen Ziel «einer zukunftsfähigen Gesellschaft» widmeten. ■■ Dagegen setze die «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» auf Kampagnen, bestehend aus Anzeigen, Presseinfos, Büchern, Interviews und Fernsehbeiträgen. Durch Einflussnahme auf BerichterstatteInnen verwische dabei oft die Grenze zwischen Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit. ■■ Während die «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» sich bewusst von Regierungen unabhängig gebe, betone die Bertelsmann-Stiftung ihren



seriös-konservativen Charakter. Beide seien finanziell gut ausgestattet und wirkten an demokratisch gewählten Institutionen vorbei. Steffen Roski forderte, zu hinterfragen, wieso sich die Bertelsmann-Stiftung, die zu einem der größten Medienkonzerne der Welt gehöre, «gemeinnützig» nennen dürfe.

POLITIK GEHT AUCH OHNE PARTEIEN - 1968

(ALTE LINKE – NEUE LINKE BREMEN/HAMBURG)

Hamburger Tagung diskutierte über die transnationalen Protestbewegungen von 1968

«1968» und seine Folgen stoßen noch immer auf reges Interesse. Der «Gesprächskreis Geschichte» der Rosa-Luxemburg-Stiftung lud am 25. und 26. April 2008 zu einer geschichtspolitischen Tagung in die Universität Hamburg ein. Die Tagung wurde zusammen mit dem Fachschaftsrat Psychologie der Universität Hamburg und den RLS-Landesstiftungen Brandenburg, Bremen und Hamburg veranstaltet. Es kamen rund 80 TeilnehmerInnen jeden Alters. ■ Bei der Tagung ging es weniger darum, Ereignisse nachzuerzählen, als sich um eine kritische Deutung der Folgen der «langen 68er Jahre» zu bemühen. Angesprochen war ein Fachpublikum von WissenschaftlerInnen bis zu Aktiven aus sozialen Bewegungen. Es wurden Themen diskutiert, die in der Forschung erst seit kurzem eine Rolle spielen, wie etwa die Bedeutung von transnationaler Kommunikation und Migration für «1968» oder auch die Rolle von Streiks und Arbeiterverhalten. Die Tagung bemühte sich um eine transnationale Perspektive, wobei der Bereich «Osteuropa» bewusst ausgeklammert wurde, da dazu bereits eine eigene Tagung stattgefunden hatte. ■ In ihren vier Vorträgen spannten Angelika Ebbinghaus, Juliane Schuhmacher, Giorgos Tsiakolos und Christian Frings einen Bogen, der in den Workshops weiter verfolgt wurde: Er reichte von der Erinnerungspolitik in Mexiko zu 1968 bis zu den Alternativbewegungen der 1970er Jahre, von den verschiedenen Konzepten kritischer Medienarbeit bis zur Rolle und Bedeutung der LohnarbeiterInnen in den sozialen Kämpfen jener Zeit. ■ «1968» sei räumlich und inhaltlich eine globale Revolution gewesen, die als «plurale Einheit» verstanden wer-

den müsse, hieß es eingangs. So gebe es zwischen den Ländern Ungleichzeitigkeiten und unterschiedliche Thematiken und Grade der Mobilisierung, «1968» sei aber davon gekennzeichnet, dass die AkteurInnen das «Weltgeschehen als Folie des eigenen Handelns» gesehen und übergreifende Gemeinsamkeiten gefunden hätten: etwa im Kampf gegen Krieg und Kolonialismus, in der neuen Rolle der Intelligenz und vor allem in der Bedeutung von Gegenkultur und der Kritik der traditionellen Geschlechterverhältnisse. ■ Die zeitliche Periodisierung fiel da schon einfacher: Viele Beiträge unterschieden eine Vorphase mit intellektuellen StichwortgeberInnen und anticolonialen Kämpfen, einen Höhepunkt 1967 bis zur Jahresmitte 1969 und Nachwirkungen bis zum Ende der 1970er Jahre. Zu den Nachwirkungen gehörten unter anderem ein gestiegenes Maß an Arbeitsunruhen und Kämpfen von MigrantInnen wie auch organisationspolitische Konsequenzen. Um diese Folgen entspann sich eine Diskussion vor allem darüber, wie und warum der antiautoritäre Aufbruch wieder in autoritäre Formen eingeeht werden konnte. ■ «1968» wurde in allen Beiträgen als antihierarchische und grundlegend den Verhältnissen kritisch gegenüberstehende Bewegung beschrieben. Im globalen Norden sei sie von einer Vielfalt der Protestformen gekennzeichnet gewesen. In den «1968er Jahren» fand eine «kulturelle Revolution» statt, die sich in der Sphäre des Konsums und der Freizeit abspielte, und insofern das Wirtschaftswachstum und die Bildungsexpansion jener Jahre zur Voraussetzung hat. ■ Mehrere Beiträge thematisierten, dass diese «kulturelle Revolution» aber genauso Auswirkung auf die Arbeitswelt hatte, wie sie aus deren Veränderungen hervorging. Es wurde auch debattiert, welche Rolle die Medien für die Herausbildung eines «globalen 68» spielten. Die AkteurInnen damals waren international informiert. Neben persönlichen Kontakten spielten die Massenmedien eine bislang nur unzureichend untersuchte Rolle. ■ Quer durch alle Vorträge zog sich die Frage der Periodisierung, etwa die Frage, ob es die «neue Linke» nicht schon vor dem Jahr 1968 gegeben habe. Eine These, die von vielen geteilt wurde: Diese Intellektuellen seien in ihrer Abwendung von Sozialdemokratie und autoritärem Parteikommunismus zwar vor 1968 mar-



ginalisiert, aber später umso wichtiger gewesen. ■ Abschließend lässt sich feststellen: «1968» war ein globales Phänomen. Die Forderungen der Revolte sind in der aktuellen Ordnung nicht aufgehoben, ihre Wünsche und Erfahrungen bleiben bis heute von Bedeutung und haben Berechtigung. Der durch «1968» ausgelöste Wechsel in der linken Themenagenda hin zu Themen wie Fortschrittskritik, Minderheitenrechten, eines erneuerten Internationalismus oder in der Kritik von Arbeit hat Folgen bis heute, die es zu berücksichtigen gilt. ■ Offen blieb, welche organisatorischen Konsequenzen zu ziehen seien. Denn «1968» und viele daraus resultierende Organisationsversuche bedeuten, dass Politik machen seitdem nicht mehr zwangsläufig bedeuten muss, einer Partei beizutreten. Die Hypothek der gescheiterten, so autoritären wie folkloristischen kommunistischen Gruppen der 1970er Jahre ist dafür nur ein mahnendes Beispiel. ■ «1968» war der letzte transformatorische Versuch, der sich auf einen gewissen historischen Optimismus stützte und der sich auch eindeutig «links» verortete. Alle nachfolgenden relevanten sozialen Bewegungen – egal ob es sich um die Solidarnosc, die westdeutsche Bewegung gegen Atomkraftwerke oder selbst die «Globalisierungsbewegung» handelt, konnten und taten dies nicht mehr.

ZUM 100. GEBURTSTAG SIMONE DE BEAUVOIRS

WUPPERTAL – Der RLC-Wuppertal/Bergisch Land ehrte die Schriftstellerin zum Frauentag 2008

Am 9. Januar 2008 wäre sie 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass erschienen viele neue Bücher und Fernsehfilme über Simone de Beauvoir. Auch die Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Clubs Wuppertal/Bergisch Land, bei der sich Florence Hervé mit dem Lebenswerk, der Persönlichkeit und der Zeit, in der Beauvoirs Hauptwerk «Das andere Geschlecht» entstand, auseinandersetzte, stieß auf großes Interesse bei Frauen aller Altersgruppen. ■ Die Referentin ist Mitherausgeberin des Buches «absolute Simone de Beauvoir» und findet eine Philosophie der Einmischung und des Handelns auch heute noch aktuell. Noch lange nicht passé seien auch die Gedanken der Schriftstellerin zur Entmystifi-

zierung der Weiblichkeit, zur Autonomie der Frau, zur Freiheit als bestimmender Grundlage für Menschlichkeit, zur Verantwortung des Einzelnen und zur Möglichkeit der Veränderung. ■ Florence Hervé las Textstellen aus «Das andere Geschlecht», zitierte Chansons aus der Zeit Beauvoirs und politische Stellungnahmen im Original. Fragen zur Rolle der Autorin im Widerstandskampf, zu ihren Vorstellungen von gesellschaftlichem Umbruch, zu ihrem Pazifismus, zu den Beweggründen, ein solches Buch zu verfassen, bis zur Einschätzung ihrer Beziehung zum Philosophen und Lebenspartner Jean-Paul Sartre prägten die Diskussion. ■ In ihren Memoiren schrieb Simone de Beauvoir 1972: «Heute verstehe ich unter Feminismus, dass man für die speziellen Forderungen der Frauen kämpft – parallel zum Klassenkampf – und bezeichne mich selbst als Feministin...» 36 Jahre später hat diese Erkenntnis leider auch von vielen Linken – Männer und Frauen – noch nicht vollständig Besitz ergriffen, so das Fazit der Veranstaltung.

SCHNELLZEICHNEN

MECKLENBURG-VORPOMMERN – Eine völlig andere Buchvorstellung in Rostock

Zu einer «völlig anderen» Buchvorstellung lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende Februar 2008 den Zeichner Sylvain Mazas nach Rostock ein. Er illustrierte seine Erlebnisse als Schnellzeichner an einer Wandtafel. Der Titel seines Werks lautet: «Dieses Buch sollte mir gestatten, den Konflikt in Nah-Ost zu lösen, mein Diplom zu kriegen und eine Frau zu finden.» ■ Damit hatte sich der junge Franzose Sylvain Mazas im Rahmen seiner Diplomarbeit an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee viel vorgenommen. Dass lediglich einer der drei Wünsche in Erfüllung ging, lag nicht etwa an mangelnder Aktivität und fehlendem Können. Sylvain reiste für drei Monate nach Beirut, lernte Hocharabisch und schaute sich in der Libanon-Metropole um. Zurück in Deutschland beschrieb bzw. zeichnete er seine Erlebnisse in einem Buch. ■ Das Ergebnis ist ein knapp 200-seitiges Buch in Form eines Notizblocks, handgeschrieben und voller Illustrationen und Gedankendia-

gramme. Dieses Buch ist der Beginn eines Lebensprojektes. Sein erstes Ziel, das Diplom, hat Mazas inzwischen erreicht, an den beiden anderen Projekten arbeitet er noch. ■■■ Sylvain Mazas wurde 1980 in Chambéry in den französischen Alpen geboren. 1999 begann er ein Studium als Illustrator in Frankreich, wechselte 2004 an die Kunsthochschule Berlin-Weißensee für Kommunikationsdesign und schloss dort drei Jahre später sein Studium ab. Seit 2004 arbeitet er regelmäßig in Stralsund mit dem Förderverein «Jugendkunst e.V.» und dem Mückenschweinverlag. Seit 2007 wohnt und arbeitet er in Stralsund und in Berlin. ■■■ In Handarbeit hergestellt, wurde das Buch mittlerweile schon über 600 Mal verkauft und wurde auf der Leipziger Buchmesse 2009 präsentiert.

DER LANGE WEG EINER FRAU OHNE PAPIERE

BREMEN – Die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen regt Vernetzung von Migranten-Unterstützern an

Der Film «Mit einem Lächeln auf den Lippen» (Anne Frisius 2008) dokumentiert den Weg einer Frau ohne Papiere. Sie klagte vor Gericht einen angemessenen Arbeitslohn für drei Jahre unterbezahlter Hausarbeit bei einer Hamburger Familie ein. Der Fall der «Ana S.» zeigt, dass es sich lohnt, sich zu wehren, aber auch, dass dringend Strukturen geschaffen werden müssen, die es auch anderen Illegalisierten möglich machen, für ihre Rechte zu kämpfen. In Hamburg hat die Kooperation anti-rassistischer und gewerkschaftlicher Gruppen dazu geführt, dass eine reguläre arbeitsrechtliche Anlaufstelle für undokumentierte ArbeiterInnen («MigrAr») aufgebaut werden konnte. ■■■ Bei der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen zusammen mit der DGB-Jugend und dem Mayday-Bündnis am 8. Juni 2009 wurde im Anschluss an die Filmvorführung gemeinsam mit der Filmemacherin Anne Frisius, Mónica Orjeda (Unterstützerin Ana S.) und Peter Bremme von ver.di/Hamburg bzw. «MigrAr» über die Bedingungen arbeitsrechtlicher Unterstützung für «Sans papiers» debattiert. Im Gespräch über den Aufbau ähnlicher Projekte in Bremen wurde deutlich, dass AktivistInnen aus ihren jeweiligen Nischen heraustreten und mit anderen Institutionen kooperieren müssen, um gesellschaftliche Problemfelder zu analysieren und sie emanzipatorisch zu verändern. ■■■ An diesem Abend trafen sich in Bremen über 60 Aktive aus Gewerkschaftskreisen und Flüchtlingsinitiativen. Das große Interesse zeigte die Aktualität der Thematik und den Erfolg der kooperativen Veranstaltungskonzeption. Erste Schritte zur Vernetzung der Anwesenden wurden unternommen.

AUF DEM WEG ZUM GLÄSERNEN PATIENTEN

SCHLESWIG-HOLSTEIN – Gibt es Alternativen zur elektronischen Gesundheitskarte?

Die geplante Einführung der elektronischen Gesundheitskarte wurde bei einer Tagung der «werkstatt utopie & gedächtnis e.V.» der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein sowohl aus datenschutzrechtlichen Aspekten als auch als Instrument der weiteren Ökonomisierung des Gesundheitswesens kritisiert. Die Podiumsdiskussion Anfang September 2008 wurde ge-

meinsam mit «attac», dem «Arbeitskreis Vorratsspeicherung» und der «Freien Ärzteschaft» veranstaltet. ■■■ Die staatliche Speicherung von Daten kritisierte Thomas Herrmann von «attac». Es gehe um die grundlegende Frage, wie die neuen Möglichkeiten der technischen Entwicklung und die neuen Formen der Kommunikation genutzt werden könnten, ohne in eine technische Katastrophe zu münden. Es stelle sich die Frage, wer Herr der Kommunikation sei: der Staat, die Konzerne oder die «KommunikationsteilnehmerInnen von unten». ■■■ Der Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Thilo Weichert verteidigte die elektronische Gesundheitskarte als ein Beispiel für guten Datenschutz. Ursprünglich seien in den Konzepten für die Gesundheitskarte Datenschutzaspekte fast vollständig ausgeblendet gewesen. Inzwischen sei dies allerdings korrigiert worden. Thilo Weichert sprach von einer hundertprozentigen Transparenz der Gesundheitskarte. Die Daten würden dort auf freiwilliger Basis gespeichert. Der Patient müsse die Karte mit einer PIN freigeben, damit der Arzt sie lesen könne. ■■■ Manuela Peters nannte die Gesundheitskarte ein Prestigeobjekt der Bundesregierung, das nur dazu diene, der IT-Industrie neue Märkte zu erschließen. Gemeinsam mit dem Arzt Peter Reibisch kritisierte sie die Auswirkungen der E-Gesundheitskarte auf das ärztliche Handeln. Der Arzt, so Reibisch, schaue zukünftig nicht mehr den PatientInnen in die Augen, sondern auf den Bildschirm. Die notwendige Kategorisierung der Krankheitsbilder durch die neue Technik zerstöre die Ganzheitlichkeit der ärztlichen Diagnose und Behandlung. ■■■ Heftig diskutiert wurden Probleme des Datenverlustes, wenn die E-Gesundheitskarte einmal verloren gehe. Denn eine externe Speicherung der Daten ist aus Datenschutzsicht unerwünscht. Weichert kritisierte unabhängig von der Debatte um die E-Gesundheitskarte die personenbezogenen Abrechnungen bei den Krankenkassen. Hier hätten sich jenseits der notwendigen Kontrolle – und teilweise unter Hinzuziehung von privaten Anbietern aus Ländern ohne Datenschutz – Daten angehäuften, die es ermöglichten, Persönlichkeitsprofile entwickeln. Gleichwohl verteidigte Thilo Weichert die Gesundheitskarte. Die Alternative wären Systeme, die keine ausreichende Datensicherheit gewährleisten.

NEOLIBERALE LÜGEN

UECKERMÜNDE/MECKLENBURG-VORPOMMERN – Diskussion mit Sahra Wagenknecht über Reichtum und Armut in Europa

Unter dem Motto «Neoliberale Lügen – Armut und Reichtum in Deutschland und Europa» fand am 19. September 2008 in der Volksbühne Ueckermünde eine gemeinsame Veranstaltung des Vereins «Tacheles» und der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Mehr als 80 Interessenten folgten einem Vortrag der Europaabgeordneten Sahra Wagenknecht. Es diskutierten außerdem der Landtagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern Torsten Koplin und Gerd Walther, Vorsitzender des Vereins Tacheles Uecker-Randow e.V. ■■■ Der lokalen «Haff-Zeitung» zufolge holte Sahra Wagenknecht bei dieser Veranstaltung zu einem «Rundumschlag gegen die Auswüchse des deregulierten Kapi-

talismus» aus. ■■ Tatsächlich aber ging es in ihrem Vortrag um Fragen wie: Der Aufschwung versprach mehr Arbeitsplätze und steigenden Wohlstand für alle, doch wer profitierte davon? Für die Mehrheit der Bevölkerung brachte er steigende Preise für Lebensmittel, Benzin, Strom und Gas. Bei neu geschaffenen Arbeitsplätzen handelt es sich meist um Stellen bei Zeitarbeitsfirmen oder geringfügige Beschäftigungen mit ergänzenden ALG II-Leistungen. ■■ In Ueckermünde wurden Behauptungen widerlegt, wie die, dass Lohndumping oder die Privatisierung von Unternehmen für die öffentliche Daseinsvorsorge und Sparzwänge aufgrund angeblich leerer Staatskassen notwendig seien. ■■ Tatsächlich ging es bei der Veranstaltung um die Schikanierung von Hartz IV-Empfängern, um die Einführung der Praxisgebühr, die manch Kranke davon abhält, einen Arzt aufzusuchen, oder um die Belastung Geringverdienender durch die Mehrwertsteuererhöhung. ■■ Wagenknecht wies darauf hin, dass im öffentlichen Dienst trotz jahrelanger Sparmaßnahmen noch immer Beschäftigte entlassen und die Löhne gedrückt würden. Eine Erhöhung des Arbeitslosengelds? Höhere Ausgaben für Bildung? Die Einführung von Mindestlöhnen von 8,44 Euro? Mehr öffentliche Investitionen? Leider kein Geld da, lautet die Antwort des Staates. Doch auf alle diese Fragen gibt es eine Antwort: Die öffentliche Hand sollte das Geld dort holen, wo es im Überfluss vorhanden ist, schlug Wagenknecht vor. ■■ Ihre Thesen kamen dem Kommentator der Haff-Zeitung «wirklichkeitsfremd» vor, dürfte sie «im Grunde ihres roten Herzens doch wissen, dass die deutsche Gesellschaft in absehbarer Zeit nicht die von ihr angestrebte radikale Veränderung durchmachen wird», schrieb er. Die Wirtschafts- und Finanzkrise folgte nur ein knappes Jahr später und strafte den Kommentator Lügen.

**THEO BERGMANN:
DANN FANGEN WIR VON VORN AN**

MECKLENBURG-VORPOMMERN – Ein Film über das Leben des Kommunisten Theo Bergmann

Den Dokumentarfilm «dann fangen wir von vorn an. (Über)leben eines kritischen Kommunisten. Theodor Bergmann» zeigte die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Frühjahr 2008 in Rostock, Stralsund und Greifswald. Im Anschluss gab es jeweils ein etwa anderthalbstündiges Gespräch mit dem 93-jährigen Theodor Bergmann und der Stuttgarter Filmemacherin Julia Preuschel. Jede Veranstaltung wurde von mindestens 45 Teilnehmern besucht. Im Zentrum der Diskussion standen insbesondere die Fragen nach der «Zukunft des Sozialismus» sowie die Entwicklungen in China und Indien. ■■ Für Rosa Luxemburg sollten sozialistische Politik und Sozialismus aus der gemeinsamen, freiwilligen und bewussten Bewegung aller Unterprivilegierten entstehen, aus der direkten Aktion der Masse. Darauf beruft sich Theodor Bergmann, Zeitzeuge des letzten Jahrhunderts, schon seit seinem 13. Lebensjahr, als er 1929 der KPD-Opposition beitrug, einer Abspaltung der KPD, die gegen den Stalinismus und für breite Bündnisse gegen den Faschismus eintrat. In dieser Partei trafen sich viele Schüler Luxemburgs. ■■ Jetzt wurde Bergmanns Leben zum Stoff eines



Films. Filmemacherin Julia Preuschel hat Theo Bergmann begleitet, ist mit ihm die Stätten seiner Flucht vor den Nazis abgefahren und zeigt ihn bei Diskussionen mit Menschen aller Altersstufen. Es ist ihr gelungen, sein Leben plastisch und lebendig zu schildern. ■■ In der Diskussion in Stralsund wirkte Theodor Bergmann wie ein weiser alter Mann, der jung und frisch auftritt wie ein eben aus dem revolutionären Kampf kommender Mensch. Er antwortete auf Fragen mit einer alles in den Schatten stellenden Sachkenntnis. Das Jahrhundert schnurte zusammen. Zusammenhänge wurden erkennbar und begreiflich. Auf alle Fragen antwortete Bergmann geduldig, ohne jede Polemik. Er ging auf jeden noch so kleinen Nebenasspekt ein. ■■ Warum stirbt eine politische Bewegung, warum stirbt eine politische Partei ab? Weil sie den Kontakt mit der Basis verliert. Diese einfachen Weisheiten analysierte er so genau, dass auch die überzeugt wurden, die schon jede Hoffnung verloren zu haben glaubten. ■■ Nicht das, was man in den Parlamenten erreicht, dürfe Maßstab aller Dinge sein, sagte Bergmann, sondern das, was draußen geschehe, sei wichtig. Streiks anschauen, hingehen zu den Streikenden, ihre Arbeitsbedingungen verstehen, sie unterstützen durch Öffentlichkeit, das sei wichtig, nicht die Beteiligung an der bestmöglichen Aufteilung der Sparaufträge des Kapitals. ■■ Parlamentarier hätten den Auftrag, die Bedingungen der Arbeitenden und der neuen prekarierten Schichten in den Parlamenten öffentlich zu machen und die neuen, sich verschärfenden Klassenwidersprüche zu verdeutlichen. Wenn man sich aber stattdessen auf ein Mittun an den Maßnahmen gegen die Bevölkerung einlasse, angeblich um Schlimmeres zu verhüten, dann laufe man in eine Falle. In die Falle des parlamentarischen Kretinismus, wie Rosa Luxemburg es ausgedrückt hatte, und damit verliere man die Zustimmung der Enttäuschten.

CRASH 2008

HANNOVER – Frühzeitige Analyse der Krise des globalen Kapitalismus

Ihrer Zeit voraus war die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen mit der Veranstaltungsreihe «Entfesselter Kapitalismus – ohne Alternative?», die sie zusammen mit Attac Hannover und dem DGB/Region Mitte im ersten Halbjahr 2008 in Hannover anbot. In der Veranstaltungsreihe analysierten herausragende ReferentInnen den globalen, zunehmend entfesselten Kapitalismus, der weder sozialstaatlich reguliert ist noch auf die existenziellen Interessen der ArbeitnehmerInnen Rücksicht nimmt. Zentral war die Frage nach politischen und ökonomischen Alternativen. ■■■ In der ersten Veranstaltung der Reihe sprach Dierk Hirschel, Chefökonom des DGB, über «Crash 2008: Von der Immobilien- zur Finanzkrise – sind internationale Finanzmärkte kontrollierbar?» Er beleuchtete Hintergründe und potenzielle Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise und ging der Frage nach, welche politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Risiken der internationalen Finanzmärkte notwendig sind. Zu diesem Zeitpunkt waren noch Prognosen gefragt, ob und wann die gegenwärtig zu beobachtende Immobilienkrise in den USA sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausweiten würde. Die grundlegenden Ursachen der Entwicklung sah Hirschel in der zunehmenden Umverteilung von unten nach oben als Folge neoliberaler Politik. Als Gegenkonzept empfahl er eine deutliche Anhebung der Lohnquote, wobei der Einführung eines Mindestlohns eine zentrale Rolle spiele. Ferner plädierte er für eine Reaktivierung einer aktiven keynesianischen staatlichen Investitionspolitik, die durch eine entsprechende Steuerpolitik finanziert werden solle. ■■■ Mit «Frauen im globalen Kapitalismus – Arbeit und Geschlecht auf globalisierten Märkten» befasste sich die Soziologin Dr. Christa Wichterich. Die Konsequenzen der sogenannten Globalisierung sind für Frauen weltweit äußerst widersprüchlich. Die anhaltende Integration von Frauen in die Wertschöpfungsketten der Weltmarktproduktion führen zum einen zu positiven Tendenzen wie Empowerment, persönlicher Unabhängigkeit durch eigenes Einkommen und Stärkung der Familien. Doch Frauen litten zum anderen auch besonders intensiv unter den negativen Auswirkungen der kapitalistische Globalisierung, nämlich Niedriglöhnen, mangelnden Aufstiegschancen, Mehrfachbelastungen und Arbeits- und Altersarmut. Nach Angaben des Kinderhilfswerks UNICEF leisten Frauen weltweit 60 Prozent der Arbeitsstunden, erhalten aber nur 10 Prozent des Welteinkommens und besitzen nur 1 Prozent des Weltvermögens. ■ Der Jesuit Friedhelm Hengsbach, bis 2006 Leiter des «Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik» in Frankfurt, machte in seinem Vortrag «Reichtum global – eine andere Verteilungspolitik ist möglich und nötig» deutlich, dass das Fehlen einer ausreichenden Versorgung der globalen Bevölkerung mit Waren, Nahrungsmitteln und Dienstleistungen kein Problem der Produktion, sondern ein Problem der gerechten Verteilung ist. Da die Produktion und Verteilung von Gütern durch transnationale Konzerne allein dem Profitinteresse folge und die Regeln des internationalen

Welthandels u. a. von der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond (LWF) vorgegeben würden, müsse die Konzentration von ökonomischer Macht durch ein anderes Menschenbild und gerechte staatliche Regulierungen umgekehrt werden. Politische Handlungsmöglichkeiten sieht er in regionalen Initiativen der Zivilgesellschaft und demokratischen internationalen Vereinbarungen.

WAS BEDEUTET DIE FINANZKRISE FÜR DIE LINKE?

HELLE PANKE – Workshop erörterte Konsequenzen

Ist die Finanzkrise wirklich eine Jahrhundertkrise? Über Ursache, Charakter und Dimension der globalen Finanzmarkt- und Konjunkturkrise diskutierten über 60 Interessierte bei einem Workshop Ende Februar 2009 in Berlin. Die «Helle Panke» (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin) und «WISSENTTransfer», eine Vereinigung von Wissenschaftlern und Gewerkschaftern für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik, hatten zu der Diskussion eingeladen, die von Richard Detje (WISSENTTransfer) und Prof. Klaus Steinitz (Vorsitzender der Helle Panke) geleitet wurde. ■■■ Einführend sprachen Dr. Joachim Bischoff von der Zeitschrift «Sozialismus» aus Hamburg und Prof. Jörg Huffs Schmid von der Memorandumgruppe aus Bremen. Es bestand eine weitgehende Übereinstimmung in der Bestimmung der Ursachen und des Charakters der gegenwärtigen Jahrhundertkrise. Sie wird als eine tiefgreifende, strukturelle, alle Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion umfassende, globale Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus verstanden. Tiefe und Spezifik dieser Krise ergeben sich aus dem zeitlichen Zusammenfallen dieser systemischen Krise mit einer zyklisch-konjunkturellen Krise. Unterschiedlich eingeschätzt wurde, wie tief die Krise geht und wie lange sie dauern wird. ■■■ Aus der Diskussion ergaben sich wichtige Schlussfolgerungen und Anregungen für linke Politik. So wurde gefordert, die Entkopplung von Finanz- und Realwirtschaft müsse kritisch bewertet werden. Es sollten Möglichkeiten gefunden werden, diese Divergenz in Zukunft zu verhindern. Die Probleme der Umwelt und des Klimas sollten bei der Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Alternativen einen herausragenden Platz einnehmen. ■■■ In einem zweiten Komplex wand sich der Workshop der Frage zu, welche Alternativen sich der politischen und gewerkschaftliche Linke bieten. Einleitend sprachen Ulla Lötzer (Bundestagsabgeordnete der LINKEN), Horst Arenz (wissenschaftlicher Mitarbeiter des parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion DIE LINKE im Bundestag) und Michael Wendl (ehemaliger Stellvertretender Vorsitzender von ver.di Bayern). Dabei wurde deutlich, dass die Krise sich bisher nicht positiv für die Linke ausgewirkt hat, etwa durch eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Ist die Krise generell nicht die Stunde der Linken? Oder liegen die Gründe für das politische Hinterherhinken in der mangelnden Qualität und Überzeugungskraft der Antworten, die die Linken auf die Krise haben, und deren fehlende öffentliche Akzeptanz? Die Diskussion darüber ergab noch keine befriedigenden Antworten. ■■■ Es wurden viele Fragen identifiziert, zu denen der Meinungsaustausch unter den Linken fortgesetzt werden muss, etwa zu der Beziehung zwischen Verstaatlichung und Verge-



sellschaftung, Inhalt und Bedingungen einer gesellschaftliche Regulierung und Kontrolle des Banken- und Finanzsystems, Anforderungen an eine internationale Regulierung des Finanzmarktes sowie die sozialen und ökologischen Anforderungen an die Konjunkturprogramme. ■■■ Nachzulesen sind die Beiträge des Workshops in dem Band «Die Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus und ihre Alternativen», Pankower Vorträge, Heft 130, «Helle Panke» e.V., Berlin 2009.

KÜNSTLER UND REVOLUTION

HELLE PANKE – Hochrangiges Kolloquium zum Jahrestag der Novemberrevolution

Im Jahre 2008 jährte sich die deutsche Novemberrevolution zum 90. Mal. Erneut wurde in der Öffentlichkeit die Frage nach ihrem Wesen und ihrem Erfolg oder Misserfolg gestellt. Dies nahm die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin zum Anlass, Mitte September 2008 in der «Hellen Panke» Berlin ein Kolloquium über «Die Novemberrevolution 1918/19 im Spiegel von Kunst und Publizistik» zu veranstalten. Es moderierte Daniel Küchenmeister. ■■■ Wie für andere historische Ereignisse stellt sich auch für die deutsche Novemberrevolution von 1918 die Frage, wie und in welcher Weise KünstlerInnen vorbereitend und mitgestaltend zu ihr beitrugen. ■■■ Beteiligte der Revolution waren unter den Schriftstellern und Publizisten vor allem einige wichtige Expressionisten, in erster Linie Kurt Hiller, Theoretiker des Expressionismus in Berlin. Wenn auch keine Schriftstellerin, so ragt das publizistische Werk von Rosa Luxemburg bis heute als bekanntestes heraus. Als Dichter und Essayisten, die in der Räterepublik München mitwirkten, wurden weiter Gustav Landauer, Ernst Toller und Erich Mühsam vorgestellt. ■■■ Vorbereitend beteiligt an der Revolution waren auch Heinrich Mann und Ludwig Rubiner. Künstler, wie Bert Brecht und Alfred Döblin, verarbeiteten Motive der Revolution. Als Beispiel für Publizisten, die von der Revolution beeinflusst wurden, nicht unbedingt unmittelbar auf sie zurückgriffen, aber ihre Wirksamkeit indirekt bezeugten, wurde ausführlich auf Walter Benjamin eingegangen. Unter den Schriftstellern und Publizisten gab es natürlich auch Gegner der Revolution, der prominenteste war Ernst Jünger. ■■■ In den

Vorträgen und Diskussionen trugen LiteraturwissenschaftlerInnen aus fünf Bundesländern und den USA ihre neuesten Forschungsergebnisse vor. Eine vergleichbare Tagung hat zu dem Jubiläum in Deutschland nicht stattgefunden. ■■■ Das Kolloquium setzte die Reihe «Literatur und Gesellschaft» fort, in der in den vergangenen Jahren bereits acht Tagungen stattfanden, und zwar zum literarischen Erbe u.a. von Goethe, Schiller, Heine, zur Publizistik unter dem Sozialistengesetz, zur Moderne, zu den Anfängen der Literaturwissenschaft in der DDR, zu den kulturellen Beziehungen Wien – Berlin u.a. Ihre Ergebnisse wurden in der Reihe «Pankower Vorträge» publiziert.

PROJEKTFÖRDERUNG

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ALS PARTNER FÜR EXTERNE TRÄGER

Die Projektförderung ist eine wesentliche Form der Zusammenarbeit mit anderen Trägern politischer Bildung. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Veranstaltungs-, Publikations- und Forschungsvorhaben und kooperiert bei deren inhaltlicher Gestaltung. So trägt sie dazu bei, das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Die mit einer Projektförderung ermöglichten Vorhaben kompletieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch. Über die Projektförderung werden zudem einige umfänglichere Forschungsaktivitäten realisiert, deren Ergebnisse für die Aufgabenerfüllung der Stiftung unverzichtbar sind. ■■■■ 2008 wurden 610 Anträge eingereicht. 89 Vorhaben wurden gefördert. Der wachsenden Nachfrage konnte bisher mit Aufstockungen der Mittel begegnet werden. Während 2007 für externe Projekte 208.000 Euro zur Verfügung standen, waren es 2008 schon 234.000 Euro. Diese Entwicklung wird sich 2009 mit ca. 300.000 Euro noch fortsetzen. ■■■■ Neben der Projektförderung wurden verstärkt Kooperationen zwischen regionalen Akteuren und den Vereinen und Stiftungen auf Landesebene ermöglicht. Für diesen Zweck erhielten die Landesvereine und -stiftungen 11.300 Euro zusätzlich. So beteiligte sich zum Beispiel die RLS Niedersachsen an den Braunschweiger Gramsci-Tagen. Der Kurt-Eisner-Verein engagierte sich bei der Veranstaltungsreihe «90 Jahre Räterevolution München. War es nur ein Traum?» und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg kooperierte mit dem Brecht-Weigel-Haus in Buckow. ■■■■ Das Spektrum der geförderten Vorhaben ist vielgestaltig. Unterscheidet man die von der Stiftung im Jahre 2008 unterstützten Projekte nach ihrer Realisierungsform, so ergibt sich folgendes Bild:

- **Publikationsbeihilfe für Bücher/Zeitschriften**
26 Projekte
- **größere Veranstaltungen (Konferenzen, mehrtägige Seminare u.ä.)**
20 Projekte
- **kleinere Veranstaltungen (Abendveranstaltung u.ä.)**
13 Projekte
- **Forschungsaktivitäten**
18 Projekte
- **Erstellen von DVDs, Filmen, Ausstellungen, Websites**
12 Projekte

EINIGE BEISPIELE AUS DER EXTERNEN PROJEKTFÖRDERUNG

Institut für Arbeit und Gesellschaft (INAG):

Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland

Förderung 2007: 15.000 Euro; Förderung 2008: 23.500 Euro

Für ihre wissenschaftlichen Analysen zur gesellschaftlichen Entwicklung wie für die Konzipierung einer attraktiven und nachhaltig wirksamen Bildungsarbeit benötigt die Rosa-Luxemburg-Stiftung empirische Grundlagen. 2007 begann die Arbeit am Forschungsprojekt «Analysen zur politischen Meinungsbildung in Deutschland. Studien zu Zielgruppen linker Bildung» durch das Chemnitzer Institut für Arbeit und Gesellschaft. In der ersten Arbeitsphase wurden 21 Gruppendiskussionen geführt. Die darauf basierende Studie «Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus» erschien in der Reihe *rls papers*. Sie behandelt Einstellungen und Handlungsweisen sich als links verstehender Gruppierungen. Auffällig ist die Unterschiedlichkeit der jeweiligen politischen Orientierungen und Verhaltensweisen. Deutlich zeigt sich das beispielsweise hinsichtlich der Beurteilung von Erwerbsarbeit als Modus sozialer Integration. Das Verhältnis zur kapitalistisch geprägten Gesellschaft reicht von Akzeptanz bis zum Antikapitalismus. Um weitere Einblicke in jene Milieus zu erlangen, in denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung linke kritische politische Bildung betreibt und die Partei DIE LINKE politisch wirkt, wird die Forschung fortgesetzt und vertieft. In der zweiten Phase werden 60 qualitative Interviews mit Personen aus dem weit verstandenen linken Spektrum geführt. Für 2009 ist zudem eine umfängliche quantitative Erhebung geplant.

Lied und soziale Bewegungen e. V.:

Festival Musik und Politik 2008

Förderung: 3.750 Euro

Das Festival Musik und Politik geht zurück auf die Tradition des Festivals des politischen Liedes in Ostberlin, das von 1970 bis 1990 jährlich stattfand. Es war Treffpunkt engagierter Musiker aus der ganzen Welt mit einem politisch interessierten Publikum. Das gegenüber seinem Vorgänger viel kleinere Festival Musik und Politik gibt es seit 2001. Es ist eine Bühne für politische Musik und Protestkultur, für historische Erfahrungen und aktuelle Bestandsaufnahmen, für Traditionspflege und Nachwuchsförderung. 2008 ging es – 40 Jahre nach 1968 – um den «Sound der sechziger Jahre» und eine Inventur politischer Musik der Gegenwart. Vom 2. bis 4. Februar 2008 fanden zahlreiche Konzerte von Liedermachern, Chansoniers, Rock- und Folkmusikern aus Deutschland, Polen, USA, Cuba und Venezuela statt. Konstantin Wecker stellte unter dem Motto «Liederbestenliste präsentiert» junge engagierte Songpoeten vor. In Zusammenarbeit mit der «Hellen Panke», der regionalen Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, wurde die Ausstellung «The Times They are A-Changing – der Sound der sechziger Jahre» gezeigt, die Zusammenhänge zwischen musikalischen und politischen Aufbrüchen in den USA und Europa transparent machte. In öffentlichen Abendgesprächen wurden Fragen des Sozialismus im 21. Jahrhunderts an südamerikanischen Beispielen diskutiert.

Gunnar Decker:

Manuskriptbearbeitung «Franz Fühmann –

Die Kunst des Scheiterns. Eine Biografie»

Förderung: 3.000 Euro

Vor 25 Jahren, am 8. Juli 1984, starb der Schriftsteller Franz Fühmann. Er gehört zu jener DDR-Generation, die – in seinen Worten – «über Auschwitz zum Sozialismus gekommen» war. Mit der Erkenntnis seiner schuldhaften Verstrickung in faschistische Ideologie und Krieg stellte er sich nach Kriegsgefangenschaft und Antifa-Schule in den Dienst des sozialistischen Aufbaus. In den 70er und 80er Jahren war Fühmann einer der DDR-Intellektuellen, die sich kritisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR auseinandersetzten, und drängte über vielfältige literarische und kulturpolitische Interventionen auf reformatorische Veränderungen. Gunnar Deckers Biografie bezieht Briefe und Arbeitsmaterialien Fühmanns ein, die erst seit 2004 zugänglich sind. Er schildert eindringlich letzte Lebensjahre des Autors, sein Leiden und seine Verzweiflung an den dogmatischen Verengungen in Gesellschaft und Kultur der DDR. Diese neue Fühmann-Biografie erschien 2009 im Rostocker Hinstorff Verlag. Sie ist zugleich ein Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte über die DDR und die Gründe ihres Scheiterns.

Gen-ethisches Netzwerk e. V.:

«Finger weg von meiner DNA! – Touche pas mon ADN!»

Veranstaltung zu Gentests in der Migrationskontrolle

Förderung: 750 Euro

Die Informations- und Diskussionsveranstaltung fand am 18. November 2008 im Berliner «Kreuzberg Museum» statt. Vor mehr als 50 TeilnehmerInnen rekapitulierten Marei Pelzer (Pro Asyl Frankfurt), Susanne Schulz (Gen-ethisches Netzwerk) und Bernard Schmid (Journalist und Jurist der «Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples»/MRAP, Frankreich) den rechtlichen Stand und die politische Anwendung von Gendiagnostikgesetzen in beiden Ländern. Die Akteure konzentrierten sich dabei auf den Charakter von Gentests als Mittel der Migrationskontrolle, wie sie auch im deutschen Gendiagnostikgesetz festgeschrieben werden sollen. Llanquira Painemal von der MigrantInnenorganisation «respect» verwies auf weitere Kontrollpraktiken wie Sprach- und Einbürgerungstests. Während sich in Frankreich verschiedene gesellschaftliche Kräfte massiv wehrten, als DNA-Tests Eingang in die neue Ausländergesetzgebung unter Präsident Nicolas Sarkozy finden sollten, werden in Deutschland solche Tests bei Anträgen zur Familienzusammenführung bereits eingesetzt, ohne dass sich öffentlicher Protest regt. Deutsche Botschaften und Ausländerbehörden erkennen amtliche Dokumente wie Geburtsurkunden und ähnliches oftmals nicht an, sondern fordern einen DNA-Test. Die Kosten dafür tragen die Antragsteller. Nach einer regen Diskussion wurde auf öffentliche Protestmöglichkeiten im Zusammenhang mit den Anhörungen zum Gesetzentwurf im Bundestag verwiesen.

**Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:
Tagung «Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen
Arbeitsverhältnissen»
Förderung: 2.500 Euro**

Mit dem BdWi kooperiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit längerem zu Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Die Arbeitstagung am 11. und 12. Januar 2008 an der Universität Leipzig befasste sich mit einem zentralen Aspekt der Ökonomisierung von Hochschulen und Universitäten: der Prekarisierung wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse. Im sogenannten akademischen Mittelbau handelt man sich von Fristvertrag zu Fristvertrag, ein großer Teil des Lehrbetriebes wird durch Lehrbeauftragte abgedeckt. Die Tagung fragte nach den Auswirkungen der permanenten Verschlechterung von Arbeitsverhältnissen auf die Denk- und Verhaltensweisen von WissenschaftlerInnen, sie erörterte die unter diesen Bedingungen sich abzeichnenden Perspektiven einer kritischen, emanzipatorischen Wissenschaft. An Podiumsdiskussion, Plenum und den fünf Workshops beteiligten sich rund 100 Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet. TeilnehmerInnen aus der gewerkschaftlichen Bildungs- und Wissenschaftspolitik und AktivistInnen aus den Initiativen Kritische Wissenschaft verschiedener Universitäten diskutierten miteinander Widerstands- und Reformmöglichkeiten.

WAS DAS BILD DER FÖRDERUNGEN ABRUNDET

Ein thematischer Schwerpunkt der Projektförderung 2008 waren Vorhaben zum globalen Aufbruch in Ost und West 1968. So wurden die Tagung «Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas» der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts mit 5.000 Euro und die daraus hervorgehende Publikation beim VSA Verlag «Die letzte Chance? 1968 in Osteuropa. Analysen und Berichte über ein Schlüsseljahr», herausgegeben von Angelika Ebbinghaus, mit 1.500 Euro gefördert. Unterstützt wurden gleichfalls der Dokumentarfilm «Gegen den Strom» der Filmakademie Baden-Württemberg (500 Euro) und die Erarbeitung des Buchmanuskripts «1968 – die unverstandene Weichenstellung» durch Stefan Bollinger (1.000 Euro). ■■■ Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Antisemitismus wurde weitergeführt auch durch die Unterstützung von Projekten Dritter. Gefördert wurden u.a. der «Zug der Erinnerung – Haltestelle Berlin» (1.000 Euro); die Forschungswerkstatt zum ehemaligen Jugendkonzentrationslager Uckermark (800 Euro) und die Tagung «Dialog für die Zukunft. Erfahrungen der Nachkommen von KZ-Häftlingen» der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. (1.000 Euro) Das Veranstaltungswochenende gegen Rechtsextremismus «Die Oberlausitz rockt gegen Rechts» in Zittau des Tamara-Bunke-Vereins zur internationalen Jugendverständigung wurde mit 500 Euro unterstützt. Für die Veröffentlichung der antifaschistische Jugendzeitung «Kein Bock auf Nazis», Ausgabe Brandenburg, erhielt der Apabiz e.V. 1.000 Euro.

Außerdem wurden Publikationsbeihilfen für thematisch sehr unterschiedliche Bücher gewährt, darunter:

- Peter Bescherer, Karen Schierhorn (Hrsg.): **Hello Marx.** Zwischen «Arbeiterfrage» und sozialer Bewegung heute, VSA Verlag Hamburg 2008; 2.000 Euro
- Jens Sambale, Volker Eick, Heike Walk (Hrsg.): **Das Elend der Universitäten.** Neoliberalisierung deutscher Hochschulpolitik, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2008; 1.500 Euro
- Dieter Segert: **Das 41. Jahr.** Eine andere Geschichte der DDR, Böhlau Verlag Wien / Köln / Weimar 2008; 1.500 Euro
- Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V. (Hrsg.): **«... das war ja kein Spaziergang im Sommer!»** Die Geschichte eines Überlebendenverbandes, Konkret Literatur Verlag Hamburg 2008; 1.000 Euro
- Ingo Elbe: **Marx im Westen.** Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, Akademie Verlag Berlin 2008; 1.000 Euro
- Tim Engartner: **Die Privatisierung der Deutschen Bahn.** Über die Implementierung marktorientierter Verkehrspolitik, Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2008; 1.000 Euro
- Ernesto Kiza: **Tödliche Grenzen – Die fatalen Auswirkungen europäischer Zuwanderungspolitik,** LIT Verlag Berlin 2008; 1.000 Euro
- Benjamin Moldenhauer, Christoph Spehr, Jörg Windszus (Hrsg.): **On Rules and Monsters.** Essays zu Horror, Film und Gesellschaft, Argument Verlag 2008; 1.000 Euro
- Frigga Haug: **Die Vier-in-einem-Perspektive.** Politik von Frauen für eine neue Linke, Argument Verlag Hamburg 2008; 750 Euro.



6. LINKE MEDIENAKADEMIE 2009 VERNETZEN, DISKUTIEREN UND LERNEN

Erstmals bot die Linke Medienakademie (LiMA) mit LiMAcampus einen Tag speziell für junge Medienmacher/innen an – mehr als 250 Teilnehmer/innen nahmen an der Premiere teil. ■ Eine «ungewöhnliche Campusatmosphäre» meldete die Tageszeitung taz von der 6. Linken Medienakademie. Im Tagungsgebäude Franz-Mehring-Platz 1 trafen Jung auf Alt, Experten auf Anfänger unter dem Motto «Netze knüpfen». Insgesamt besuchten mehr als 650 Teilnehmer/innen die LiMA – eine deutliche Steigerung nach 300 Teilnehmer/innen im Vorjahr. ■ Im März 2009 fand im Rahmen der Linken Medienakademie zum ersten Mal LiMAcampus statt. Außer für Journalisten und andere Medienmacher wollten die Veranstalter der Akademie auch speziell für Studierende und interessierte Jugendliche Veranstaltungen anbieten. ■ Viele junge Menschen haben noch keine Erfahrungen im Umgang mit Medien, suchen aber Wege, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen. Linke Medienakademie e.V. und der Fördererkreis demokratischer Volks- und Hochschulbildung e.V. beabsichtigten jungen Linken das Wissen und die Instrumente zu geben, um mit ihren Aktionen und ihren Forderungen vor allem an der Hochschule ein größeres Publikum zu erreichen. Die Öffentlichkeit der Hochschule ist unübersichtlich und heiß umkämpft. Mit dem Gelernten haben die Studierenden die Chance, sie mit gezielt eingesetzten Mitteln zu erobern. ■ LiMA-Campus bot Kurse für journalistische Tätigkeiten wie Recherchieren oder Kommentieren, aber auch für Rhetorik, Homepagegestaltung oder Layout. Besonders gefragt war Zack Exley, Lead-Organizer der Obama-Kampagne, der einen Vortrag und Workshop über Organizing und Web 2.0-Wahlkampf durchführte. Einen thematischen Schwerpunkt bildete das kritische Verhältnis zu Medien. So gab es einen Workshop über «Adbusting & Visual Resistance» mit dem RLS-Stipendiaten Roman Hanig, Michael Schiffmann, der deutsche Chomsky-Übersetzer, leitete den Diskussions-Workshop «Chomskys Media Control». Die Zeitung critica organisierte eine eigene Diskussion «Reclaim the Media? Wie soll

Die Linke mit Mainstream-Medien umgehen?» mit Malte Kreuzberg (taz-Redakteur, ehemaliger attac-Pressesprecher), Martin Schmalzbauer (ehemals Block-G8-Presseteam) sowie Ruben Lehnert, der für die Linksfraktion im Bundestag Öffentlichkeitsarbeit macht. ■ Mehr als 250 junge Menschen nahmen am ersten Campus-Tag teil. Die nächste Linke Medienakademie befindet sich schon in Planung – vom 10. bis zum 14. März 2010 soll der Medienkongress unter dem Motto «Zeichen setzen» stehen. Für das junge Publikum wird sie wieder mit einem Campus-Tag eröffnet. (Mehr Infos und Fotos: www.linke-medienakademie.de)

FERNSEHBEITRÄGE ÜBER DIE LINKEN DIGITAL ERSCHLOSSEN

Seit Anfang des Jahres 2009 fördert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das Projekt «Digitales Archiv». Mitschnitte von Fernsehbeiträgen über die «Partei des Demokratischen Sozialismus» (PDS) in den Jahren 1989 bis 2004 und über die Partei DIE LINKE 2006 und 2007 werden digitalisiert, erschlossen und verzeichnet. ■■■ MitarbeiterInnen des «Archivs Demokratischer Sozialismus» (ADS) haben eine Richtlinie für die Verzeichnung des «Digitalen Archivs» entwickelt. Nach Abschluss des Projektes können BenutzerInnen des ADS auf diese wertvolle Quelle zur Geschichte der der RLS nahestehenden Partei und ihrer Ursprungsorganisationen zugreifen. Medienwissenschaftliche Untersuchungen zur Präsenz der PDS bzw. der Partei DIE LINKE im Fernsehen werden dadurch erleichtert. ■■■ Häufig wurde das Archiv gebeten, Parteiprogramme, Wahlprogramme und andere Grundsatz-Dokumente der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgänger-Organisationen, der PDS und der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit» (WASG), online bereitzustellen. Dieser Bitte kommt das ADS jetzt nach und macht diese Dokumente auf seiner Webseite zugänglich.

■■■ Das Archiv wurde 2009 außerdem bedeutend ausgebaut. Es wurden unter anderem Unterlagen der Landtagsabgeordneten Anita Tack und Heinz Vietze (beide Brandenburg) im Umfang von insgesamt 5,1 laufenden Metern und Archivgut der Bundestagsabgeordneten Dr. Gregor Gysi, Barbara Höll, Monika Knoche, Dr. Gesine Löttsch, Kornelia Möller und Dr. Ilja Seifert im Umfang von insgesamt 9,3 laufenden Metern übernommen. Damit wuchs der Archivbestand auf derzeit rund 725 laufende Meter. ■■■ Zu den Aktivitäten des ADS im vergangenen Jahr zählte die Beteiligung an zahlreichen Ausstellungen. So entlieh das ADS im zweiten Halbjahr 2008 Materialien der Bürgerinitiative «Lenin-Denkmal» für die Wechselausstellung «Flagge zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole», die am 4. Dezember 2008 im «Haus der Geschichte» der Bundesrepublik Deutschland in Bonn eröffnet wurde. Im Januar 2009 präsentierte die RLS-Bibliothek begleitend zur internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz frühe Drucke der Schriften Rosa Luxemburgs und eine Auswahl seltener fremdsprachiger Ausgaben ihrer Werke. ■■■ Das ADS steht in regem Kontakt mit vergleichbaren Einrichtungen in aller Welt. Anfang Mai 2009 konnte es Catherine Kennedy vom «Südafrikanischen Historischen Archiv» in Johannesburg (SAHA, Projektpartner der RLS in Südafrika) als Gast begrüßen. Sie berichtete, wie die südafrikanische Geschichte durch die Nutzung von Archivalien lebendig präsentiert wird. So werden die SAHA-Dokumente etwa in Kooperation mit Partnern wie der Zeitung «Sunday Times» für die Bildungsarbeit genutzt. Im Rahmen eines vom ADS organisierten Programms tauschte sich die Südafrikanerin mit Kollegen von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und dem Archiv des Jüdischen Museums in Berlin aus.

GESPRÄCHSKREISE

EINEN GESELLSCHAFTLICHEN RAUM SCHAFFEN

DIE GESPRÄCHSKREISE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Um die politische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer inhaltlichen Breite und Themenvielfalt zu unterstützen, wurden und werden auf Beschluss des Vorstandes Gesprächskreise eingerichtet. Derzeit arbeiten 17 solcher Gremien im Umfeld unserer Bildungseinrichtung. ■ Die Gesprächskreise werden vom Büro der Geschäftsführung koordiniert. Für inhaltliche Fragen und die organisatorische und technische Betreuung zeichnen das «Institut für Gesellschaftsanalyse», die «Akademie für Politische Bildung» der RLS und das Büro der Geschäftsführung verantwortlich. Die Mitwirkung in den Gesprächskreisen ist vorwiegend ehrenamtlich. ■ Die wesentliche Aufgabe eines Gesprächskreises ist es, entsprechend den Vorgaben der Mitgliederversammlung der RLS, einen gesellschaftlichen Raum zu schaffen, der es linken AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und vielen anderen Interessierten ermöglicht, intensive Diskurse über gesellschaftliche Alternativen zu führen.

Konkret können die Aufgaben der Gesprächskreise wie folgt zusammengefasst werden:

- Beobachtung, Analyse und konzeptionelle Diskussion auf dem jeweiligen Themengebiet;
- Vorschläge für die lang- und kurzfristige Veranstaltungsplanung und gegebenenfalls auch deren Durchführung für die RLS;
- Ansprechpartner in der RLS zu sein für externe Partner aus dem In- und Ausland, wobei sofort ersichtlich ist, wer für Kooperation und Austausch im jeweiligen Themengebiet zuständig ist;
- Bündelung der Ergebnisse der inhaltlichen Diskussionen in Bildungsmaterialien für die RLS;
- Aufbau einer wissenschaftlichen und politischen Dokumentation relevanter Publikationen, Papers etc. als Teil des Informationssystems der Stiftung; Identifikation der wichtigsten Informationsquellen und Partner und eines Austausches mit ihnen.

In den zurückliegenden Monaten wurden die Arbeitszusammenhänge «Wirtschaftspolitik» und «Politische Bildung» als Gesprächskreise der RLS bestätigt. Weitere Gesprächskreise befinden sich in Planung. So soll in Kooperation mit der Bundestagsfraktion der LINKEN unter anderem ein Gesprächskreis «Medienpolitik» etabliert werden. ■ Veränderungen gab es auch in der Leitung einzelner Gesprächskreise. So ist etwa Dr. Tobias Pieper, ehemaliger Stipendiat der Stiftung, nun für den Gesprächskreis «Migration» koordinierend verantwortlich, nachdem Dr. Susanne Spindler, zuvor Regionalmitarbeiterin der RLS in Nordrhein-Westfalen, als Professorin an die Hochschule Darmstadt berufen wurde. ■ Mitglied eines Gesprächskreises kann prinzipiell jeder werden, der sich in der Lage sieht, über ein bestimmtes Themengebiet unter Berücksichtigung der verschiedensten Facetten und Gesichtspunkte mit dem Ziel der politischen Bildung intensiv zu diskutieren und an der Gestaltung von Projekten mitzuwirken.

DIE GESPRÄCHSKREISE IN DER ÜBERSICHT

GEGENSTAND / NAME DES GESPRÄCHSKREISES

FEDERFÜHREND VERANTWORTLICH

ARBEIT UND LEBEN

STEFANIE HOLUBA

GESCHICHTE

BERND HÜTTNER

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

CORNELIA DOMASCHKE

EXPERTENKOMMISSION DDR-GESCHICHTE

MICHAEL BRIE / DETLEF NAKATH

FRAUEN UND POLITIK

EVELIN WITTICH/EVA SCHÄFER

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

ERHARD CROME

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

WOLFGANG GIRNUS/REINHARD MOCEK / KLAUS MEIER

KULTURFORUM

THOMAS FLIERL / MICHAELA KLINGBERG

LÄNDLICHER RAUM

LUTZ BRANGSCH / KURT KRAMBACH

MIGRATION

TOBIAS PIEPER

NACHHALTIGKEIT UND REGIONALE ENTWICKLUNG

EVELIN WITTICH / KLAUS MEIER / SABINE NUSS

NETZWERK PRIVATISIERUNG

RAINER RILLING

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

CORNELIA HILDEBRANDT

POLITISCHE BILDUNG

DIETER SCHLÖNVOIGT

PREKARISIERUNG

MARIO CANDEIAS

RECHTSEXTREMISMUS UND SOZIALE FRAGEN

FRIEDRICH BURSCHEL / DAGMAR RUBISCH

WIRTSCHAFTSPOLITIK

SABINE REINER / MICHAEL POPP



www.mister-subs.de

20er aufhöret kenne zu werden,
hat aufgehört gut zu sein.
20er 20er



BIC 1954

64-58 64-62

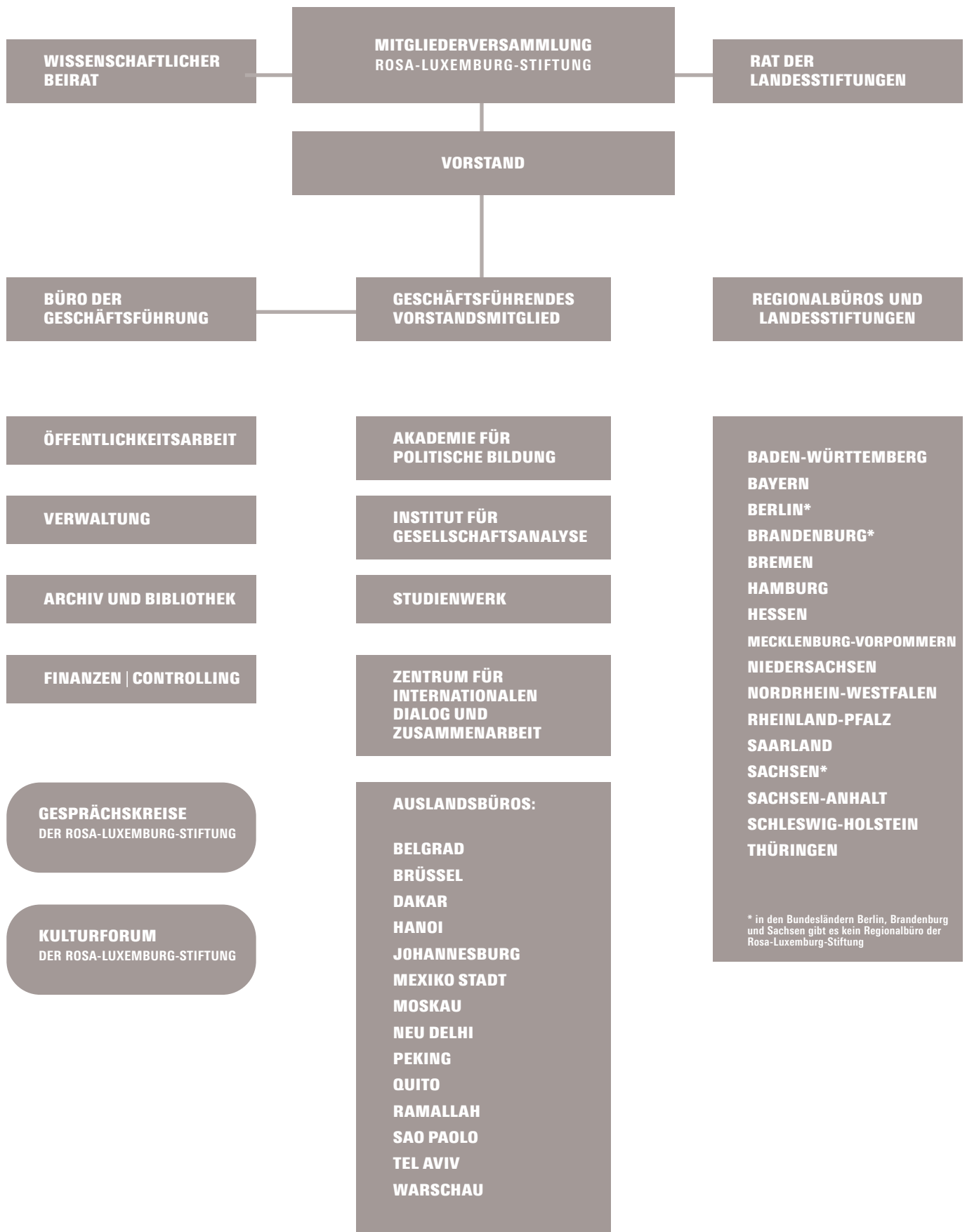












* in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Sachsen gibt es kein Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

01 BADEN-WÜRTTEMBERG**02 BAYERN****03 BERLIN****04 BRANDENBURG****05 BREMEN****06 HAMBURG****07 HESSEN****08 MECKLENBURG-VORPOMMERN****09 NIEDERSACHSEN****10 NORDRHEIN-WESTFALEN****11 RHEINLAND-PFALZ****12 SAARLAND****13 SACHSEN****14 SACHSEN-ANHALT****15 SCHLESWIG HOLSTEIN****16 THÜRINGEN****01****Rosa-Luxemburg-Stiftung
Baden-Württemberg**

Forum für politische Bildung
und Kultur e.V.
Vorsitzender des Vorstands: Erhard Korn

Regionalbüro Baden-Württemberg

Regionalmitarbeiter: Alexander Schlager
schlager@rosalux.de
c/o Alexander Schlager
Hauptstätter Str. 124B
70178 Stuttgart
Tel.: 0176 21623991
www.rlf-bw.de
post@rlf-bw.de

02**Kurt-Eisner-Verein für politische
Bildung in Bayern e.V. –****Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern**

Vorsitzender des Vorstands:
Dr. Stefan Breit

RLS-Regionalbüro Bayern

Regionalmitarbeiter: Andreas Thomsen
thomsen@rosalux.de
Westendstr. 19
80339 München
Tel./Fax: 089 51996353
www.bayern.rosalux.de
kev@kurt-eisner-verein.de

03**«Helle Panke» e. V. –****Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin**

Vorsitzender des Vorstands:
Prof. Dr. Klaus Steinitz
Geschäftsführerin: Birgit Pomorin
Kopenhagener Str. 76
10437 Berlin
Tel.: 030 47538724
Fax: 030 47378775
www.helle-panke.de
info@helle-panke.de

04**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e. V.**

Vorsitzender des Vorstands:
Prof. Dr. Siegfried Prokop
Geschäftsführer: Dr. Detlef Nakath
Dortustraße 53
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8170432
Fax: 0331 8170433
www.bbg-rls.de
LuxemBBG@t-online.de

05**Rosa-Luxemburg-Initiative**

Bremer Forum für Bildung, Gesell-
schaftsanalyse und -kritik e.V.
Vorsitzender des Vorstands:
Norbert Schepers

RLS-Regionalbüro Bremen

Regionalmitarbeiter: Bernd Hüttner
huettner@rosalux.de
Breitenweg 25
28195 Bremen
Tel.: 0421 3909620
Fax: 0421 3909621
www.rosa-luxemburg.com
info@rosa-luxemburg.com

06**Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg**

Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.
Vorsitzender des Vorstands:
Winfried Schebesch

RLS-Regionalbüro Hamburg

Tel.: 040 28003705
Regionalmitarbeiter:
Meinhard Meuche-Mäker
meuchemaeker@rosalux.de
Zimmerpforte 8
20099 Hamburg
Tel.: 040 29882435
www.rls-hamburg.de
info@rls-hamburg.de

07**Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen:
Forum für Bildung und Analyse e. V.**

Vorsitzender des Vorstands: Dieter Storck

RLS-Regionalbüro Hessen

Regionalmitarbeiter: Jörg Prella
prelle@rosalux.de
Niddastr. 64
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069 27135977
Fax: 069 27135978
www.rlf-hessen.de
info@rlf-hessen.de

08

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Mecklenburg-Vorpommern**

Forum für politische und interkulturelle
Bildung e. V.
Vorsitzender des Vorstands:
Prof. Dr. Werner Pade

**RLS-Regionalbüro
Mecklenburg-Vorpommern**

Regionalmitarbeiter/innen:
Anja Gerst
gerst@rosalux.de
Dr. Michael Herms
herms@rosalux.de
Augustenstr. 78
18055 Rostock
Tel.: 0381 4900450
Fax: 0381 4900451
www.mv.rosalux.de
mv@rosalux.de

09

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Niedersachsen e.V.**

Vorsitzender des Vorstands:
Dr. Ulrich Wolf

RLS-Regionalbüro Niedersachsen

Regionalmitarbeiterin: Bärbel Reißmann
reissmann@rosalux.de
Große Düwelstr. 28
30171 Hannover
Tel: 0511 2790934
Fax: 0511 2790948
www.rls-nds.de
kontakt@rls-nds.de

10

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Nordrhein-Westfalen e.V.**

Vorsitzender des Vorstands:
Peeter Raane

RLS-Regionalbüro Nordrhein-Westfalen

Regionalmitarbeiter/innen:
Rainer Nickel
nickel@rosalux.de
Melanie Stitz
stitz@rosalux.de
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 3177392
Fax: 0203 3177393
www.rls-nrw.de
post@rls-nrw.de

11

RLS-Regionalbüro Rheinland-Pfalz

Regionalmitarbeiter:
Dr. Salvador Oberhaus
oberhaus@rosalux.de
Nackstraße 4
55118 Mainz
Tel.: 06131 6274703
Fax: 06131 6274727

**Jenny-Marx-Gesellschaft
für politische Bildung e.V.**

Vorsitzender des Vorstands:
Harald Jansen
info@jenny-marx-gesellschaft.de

12

Peter-Imandt-Gesellschaft

Verein für politische Bildung und Kultur e.V.
Vorsitzender des Vorstands:
Michael Quetting

RLS-Regionalbüro Saarland

Regionalmitarbeiter: Patric Bies
bies@rosalux.de
Futterstraße 17-19
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681 5953892
Fax: 0681 5953893
www.peter-imandt.de
imandt@web.de

13

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Vorsitzende des Vorstands:
Dr. Monika Runge
Geschäftsführer: Prof. Dr. Klaus Kinner
Harkortstr. 10
04107 Leipzig
Tel.: 0341 9608531
Fax: 0341 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
rosaluxemburg-stiftung.sachsen@t-online.de

14

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen-Anhalt e.V.**

Vorsitzende des Vorstands:
Hendrik Lange
Geschäftsführer: Dirk Rumpf

**RLS-Regionalbüro Sachsen-Anhalt
Magdeburg**

Regionalmitarbeiterin: Gabi Henschke
henschke@rosalux.de
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
www.rosaluxsa.de
info@rosaluxsa.de

15

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Schleswig Holstein:**

werkstatt utopie & gedächtnis e.V.
Vorsitzender des Vorstands:
Henning Nielsen

RLS-Regionalbüro Schleswig-Holstein

Regionalmitarbeiter: Uli Schippels
schippels@rosalux.de
Exerzierplatz 34
24103 Kiel
Tel.: 0431 2607043
Fax: 0431 2607054
www.sh.rosalux.de
info@werkstatt-utopie.de

16

**Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e. V.**

Vorsitzender des Vorstands:
Steffen Kachel
Geschäftsführerin: Dr. Vera Haney
Käthe-Kollwitz-Str. 6
07743 Jena
Tel: 03641 449432
Fax: 03641 426553
vorstand@rosa-luxemburg-stiftung-
thueringen.de

RLS-Regionalbüro Thüringen

Regionalmitarbeiter: Bernd Löffler
loeffler@rosalux.de
Pilsse 29
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5504115

Prof. Dr. Sabah Alnasseri
York Universität Toronto
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Georg Auernheimer
Traunstein
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Kurt Bader
Universität Lüneburg
Psychologie

Prof. Dr. Klaus Bastian
HTWK Leipzig
Mathematik

Prof. Dr. Helga Baum
HU Berlin
Mathematik

PD Dr. Johannes Maria Becker
Universität Marburg
Politikwissenschaft

Dr. Elisabeth Berner
Universität Potsdam
Deutsch

Dr. Brigitte Biehl-Missal
Berlin
Theaterwissenschaft

Prof. Dr. Heinz Bierbaum
HTW Saarbrücken
Rechtswissenschaft

Dr. Margrid Bircken
Universität Potsdam
Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Ralf Blendowske
FH Darmstadt
Physik

Doz. Dr. Dr. hc. Michael Böhme
HU Berlin
Osteuropastudien

Prof. Dr. Georg Bollenbeck
Universität Siegen
Deutsch

Prof. Dr. Dieter Boris
Universität Marburg
Soziologie

PD Dr. Ulrich Brand
Universität Wien
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Christine Brückner
FH Weimar
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Micha Brumlik
Universität Frankfurt a.M.
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Hauke Brunkhorst
Universität Flensburg
Soziologie

Prof. Dr. Michael Buckmiller
Universität Hannover
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Gazi Caglar
FH Hildesheim
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Volker Caysa
Universität Lodzki
Philosophie

Prof. Dr. Dankwart Danckwerts
Universität Duisberg
Sozialwissenschaft

PD Dr. Alex Demirovic
FU Berlin
Sozialwissenschaft

Dr. Ina Dietzsch
HU Berlin
Kulturwissenschaft

Dr. Jens Dobler
TU Berlin
Geschichte

Prof. Dr. Trevor Evans
FHW Berlin

Prof. Dr. Norbert Finzsch
Universität Köln
Geschichte

Prof. Dr. Andreas Fisahn
Universität Bielefeld
Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Peter Fleissner
Universität Klagenfurt
Rechtswissenschaft

Dr. Eckart Frey
Universität Magdeburg
Geschichte, alte

Prof. Dr. Wolfgang Geier
Universität Klagenfurt
Kulturwissenschaft

Prof. Dr.-Ing. J. Mario Geißler
FH Mittweida
Informatik

Prof. Dr. Hans-Gert Gräbe
Universität Leipzig
Mathematik

Prof. Dr. Andreas Griewank
HU Berlin
Mathematik

Prof. Dr. Ruth Großmaß
ASFH Berlin
Soziale Arbeit

Prof. Dr. Michael Hartmann
TU Darmstadt
Soziologie

Dr. Gerda Heck
Universität Köln
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Arne Heise
Universität Hamburg
Wirtschafts- und Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Jürgen Helmchen
Universität Münster
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Fritz Helmedag
TU Chemnitz
Wirtschaftswissenschaft

Dr. Andreas Heyer
Braunschweig
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld
HFSA Dresden
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Rainer W. Hoffmann
GAU Göttingen
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner
Universität Salzburg
Psychologie

Prof. Dr. Wolfgang Jantzen
Universität Bremen
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Holger Jeske
Universität Stuttgart
Molekular Biologie

Dr. Dirk Jörke
Universität Greifswald
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Werner Jung
Universität Duisburg
Sprachwissenschaft

Dr. Olaf Kaltmeier
Universität Bielefeld
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. habil. Peter Kaufmann
FH Bernburg
Mathematik

Prof. Dr. Günter Kehrer
Universität Tübingen
Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Mario Keßler
Universität Potsdam
Geschichte

Prof. Dr. Klaus Kinner
Leipzig
Geschichte

Prof. Dr. Klaus Peter Kisker
FU Berlin
Wirtschaftswissenschaft

Univ. Prof. Dr. Clemens Knobloch
Universität Siegen
Sprachwissenschaft

Prof. Dr. Peter Kosta
Universität Potsdam
Sprachwissenschaft

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause
FH Nordhausen
Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Universität Marburg
Gender Studies

PD Dr. Friederike Kuster
Universität Siegen
Philosophie

Prof. Dr. Raminta Lampsatis
HS Musik/Theater Hamburg
Musikwissenschaft

Prof. Dr. Thomas Lemke
Universität Frankfurt a.M.
Soziologie

Prof. Dr. Stephan Lessenich
FSU Jena
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Manfred Liebel
TU Berlin
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Volker Lüderitz
FH Magdeburg
Agrarwissenschaft

Prof. Dr. Wolfgang Maiers
FH Magdeburg
Psychologie

Prof. Dr. Morus Markard
FU Berlin
Psychologie

Prof. Dr. Harald Mattfeldt
Universität Hamburg
Wirtschaftswissenschaft

Dr. Irina Modrow
Berlin
Kulturwissenschaft

Prof. Dr. Jens Naumann
WWU Münster
Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. John P. Neelsen
Universität Tübingen
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Frank Nonnenmacher
Universität Frankfurt a.M.
Politikwissenschaft

Dr. Salvador Oberhaus
HHU Düsseldorf
Geschichte

Prof. Dr. Sabine Pankofer
KFH München
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Lothar Peter
Universität Bremen
Sozialwissenschaft
PD Dr. Martin Pinquart
Universität Marburg
Psychologie

Prof. Dr.-Ing. Bernd Reichelt
HTWK Leipzig
Ingenieurwissenschaft

Dr. Axel Rüdiger
Universität Halle
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Werner Ruf
Universität Kassel
Sozialwissenschaft

Dr. Wolfram Schaffar
Universität Hildesheim
Soziologie

Prof. Dr. Renatus Schenkel
FH Magdeburg
Journalistik

Prof. Dr. Ulrike Schleier
FH Oldenburg
Mathematik

Dr. Stefan Schmalz
Universität Kassel
Sozialwissenschaft

Dr. Frank Schubert
Universität Potsdam
Medienwissenschaft

Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert
Universität Halle
Verkehrswesen

Prof. Dr. phil. Peter Schütt
FH Mittweida
Erziehungswissenschaft

Dr. Christian Seipel
Universität Hildesheim
Sozialwissenschaft

Dr. Joachim Spangenberg
Universität Versailles
Rechtswissenschaft

Dr. Susanne Spindler
TU Darmstadt
Soziologie

Prof. Dr. Peter Strutynski
Universität Kassel
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Fritz Tack
Universität Rostock
Agrarwissenschaft

Prof. Dr. Christiane Tammer
Universität Halle
Mathematik

Prof. Dr. Patrizia Tolle
FH Frankfurt a.M.
Pfleger- und Gesundheitswissenschaft

Dr. Roman Trötschel
Universität Trier
Psychologie

PD Dr. Christa Uhlig
HU Berlin
Pädagogik

Dr. jur. habil. Willi Vock
FHTW Dresden
Rechtswissenschaft

Dr. Rainer Volkmann
Universität Hamburg
Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Hartwig Walberg
FH Potsdam
Bibliothekswesen

Prof. Dr. Klaus Weber
FH München
Psychologie

Prof. Dr. Brigitte Wehland-Rauschenbach
FU Berlin
Politikwissenschaft

Dr. Michael Weingarten
Universität Stuttgart
Philosophie

PD Dr. Wolfgang Weiß
Universität Greifswald
Demographie

Prof. Dr. Hanns Wienold
Universität Münster
Sozialwissenschaft

Dr. Dietmar Wittich
Berlin
Soziologie



REIHE SCHRIFTEN

SCHRIFTEN 16

Walter Baier, Lisbeth N. Terallori, Derek Weber (Hrsg.)

Otto Bauer und der Austromarxismus
«Integraler Sozialismus»
und die heutige Linke, Berlin 2008
ISBN: 978-3-320-02134-4, 300 S., 19,90 €

REIHE TEXTE

TEXTE 41

Wasserkolloquium (Hrsg.)
Wasser
Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02135-1, 152 S., 14,90 €

TEXTE 42

Ulrike Freikamp, Matthias Leanza, Janne Mende, Stefan Müller, Peter Ullrich, Heinz-Jürgen Voß (Hrsg.)
Kritik mit Methode?
Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02136-8, 328 S., 19,90 €

TEXTE 43

Jörg Roesler
Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik oder: Wie sich die Neoliberalen ihre «Argumente» produzieren, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02137-5, 111 S., 9,90 €

TEXTE 44

Stefan Bollinger
1968 – die unverstandene Weichenstellung, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02138-2, 143 S., 14,90 €

TEXTE 45

Fausto Bertinotti
Gespräche mit dem italienischen Reformkommunisten
Herausgegeben u. übersetzt von Germana Alberti v. Hofe,
Vorwort: Lothar Bisky, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02139-9, 118 S., 14,90 €



TEXTE 47

Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg.)
Lateinamerika, eine neue Ära?
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02142-9, 175 S., 14,90 €

TEXTE 48

Peter Ullrich
Die Linke, Israel und Palästina
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02156-6, 327 S., 19,90 €

TEXTE 49

Rainer Rilling (Hrsg.)
Eine Frage der Gewalt. Antworten von links
Berlin, 2008
ISBN: 978-320-02157-3, 140 S., 9,90 €

TEXTE 50

Rainer Rilling
Risse im Empire
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02159-7, 180 S., 14,90 €

TEXTE 51

Stephan Kaufmann
Investoren als Invasoren.
Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02158-0, 92 S., 6,90 €

REIHE MANUSKRIPTE

MANUSKRIPTE 74

Martin Günther
Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02133-7, 57 S., 4,90 €

MANUSKRIPTE 75

Ulrich Brand
Zwischen Schutz, Rechten und Kommerzialisierung, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02144-3,
(deutsch u. engl.), 9,90 €



MANUSKRIPTE 76

Ulla Plener (Hrsg.)
Clara Zetkin in ihrer Zeit, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02160-3, 246 S., 14,90 €

MANUSKRIPTE 77

Judith Dellheim, Günter Krause (Hrsg.)
Für eine neue Alternative
Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02161-0, 272 S., 9,90 €

MANUSKRIPTE 78

Torsten Bultmann (Hrsg.)
Prekarisierung der Wissenschaft
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02163-4, 72 S., 6,90 €

MANUSKRIPTE 79

Reinhard Mocek (Hrsg.)
Technologiepolitik und kritische Vernunft.
Wie geht die Linke mit den neuen Technologien um? Diskussionsangebote des Gesprächskreises «j60 Philosophie und Bildung» der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02164-1, 186 S., 9,90 €

MANUSKRIPTE 80

Erhard Crome (Hrsg.)
Internationale Politik im 21. Jahrhundert
Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02166-5, 172 S., 9,90 €

MANUSKRIPTE 81

Guillermo Foladori, Noela Invernizzi (Ed.)
Nanotechnologies in Latin America (in Englisch) Berlin, 2008
ISBN: 978-3-320-02167-2, 128 S., 9,90 €

MANUSKRIPTE 82

Erhard Crome (Hrsg.)
Endstatusverhandlungen im Nahen Osten? Nur ein lebensfähiger palästinensischer Staat kann zu einer dauerhaften Friedensregelung führen, Berlin 2008
ISBN: 978-3-320-02186-3, 109 S., 9,90 €



REIHE STANDPUNKTE

- 1/2008
Hanno Balz
**«Sympathisanten»
als politisches Feindbild**
- 2/2008
Ulrich Schachtschneider
**Nachhaltigkeit in der Programmatik der
Linkspartei**
- 3/2008
Horst Dietzel
**Die neuen Parteiprogramme
von CDU und SPD –
ein Vergleich**
- 4/2008
Alexander Fischer
Kinderarmut verhindern – aber richtig!
- 5/2008
Martin Fochler
**Die CSU – das Modell
einer «regierenden Partei»**
- 6/2008
Jan Korte
**«Kriegsverrat» – ein letztes Tabu
des Umgangs mit dem National-
sozialismus?**
- 7/2008
Wolfgang Grabowski
**Die Schanghai Organisation für
Zusammenarbeit (SOZ) und die russi-
sches Außenpolitik**
- 8/2008
Irene Runge
**Ist die jüdische Einwanderung
nach Deutschland am Ende?**

- 9/2008
Gregor Gysi
**Die Haltung der deutschen Linken
zum Staat Israel**
- 10/2008
Gabi Zimmer
**Auch in Sachen Europäische Union gilt:
Linke Politik sucht keine einfachen Ant-
worten auf komplizierte Fragen**
- 11/2008
Christian Wipperfürth
**Russland – ein vernachlässigter Akteur
im Afghanistankonflikt**
- 12/2008
Annette Groth
**«Das globale Europa» – Partnerschaft,
die Armut schafft?**
- 13/2008
Annette Groth
Der neue Hunger
- 14/2008
Uli Schippels
**«Beinahe ostdeutsche Verhältnisse:
So gute Ergebnisse wie in Schleswig-
Holstein hat die Linkspartei im Westen
noch nie erzielt»**
- 15/2008
Ronald Blaschke
**Bedingungsloses Grundeinkommen
versus Grundsicherung**
- 16/2008
Erhard Crome
Kriegsächtung – aktuell und drängend
- 17/2008
Werner Schneider
**Demografie, Produktivitätsfortschritt,
Rentenentwicklung**
- 18/2008
Alexander Ulrich, Fabio De Masi
Der Krieg in der Pipeline

- 19/2008
Claudia Krieg
Neuaufgabe der Totalitarismustheorie

- 20/2008
Stefan Thimmel
Lateinamerika boomt auch auf dem Papier
Die europäischen Zellstoffmultis entdecken
den lateinamerikanischen Kontinent

- 21/2008
Axel Troost.
**Hintergrund, Positionierung und Fragen
zur Rettungsaktion der Hypo Real Estate
(HRE) und zu staatlichen Rettungsaktio-
nen allgemein**

- 22/2008
Axel Krumrey
**Rotes Brandenburg
mit «braunen» Flecken**

- 23/2008
Rainer Rilling
**Finanzmarktkrise – Ende des Neo-
liberalismus? Und die Linke?**

- 24/2008
Mario Candeias
**Finanzkrise und neuer
Staatsinterventionismus**

- 25/2008
Boris Kanzleiter
Politischer Umbruch in Serbien

- 26/2008
Christoph Nitz
It's the Werte, stupid!
Die Chancen und Fehler
Politischer Kommunikation

- 27/2008
Oskar Lafontaine
DIE LINKE und die Menschenrechte

- 28/2008
Judith Dellheim
**Solidarische Ökonomie –
ein Thema für sozialistische Politik**

STANDPUNKTE INTERNATIONAL

- 1/2008
von Wolf-Dieter Vogel
Der verlorene Krieg
Erste Ausgabe des neuen Formats
«standpunkte international» über den
Drogenkrieg in Mexiko.

- 2/2008
von Dr. Arndt Hopfmann,
Gerd-Rüdiger Stephan
**To Cope or not to Cope? –
das politische Koordinatensystem
Südafrikas ist in Bewegung geraten**
Im Dezember 2008 gründete sich
die Partei Congress of the People (COPE)
und spaltet damit den African National
Congress (ANC).

REIHE RLS PAPERS 2008

- Ingo Matuschek, Uwe Krähne,
Frank Kleemann, Frank Ernst
**Politische Praxen und Orientierungen
in linksaffinen Alltagsmilieus**
von Ingo Matuschek, Uwe Krähne,
Frank Kleemann, Frank Ernst.
Projekt «Analysen zur politischen
Meinungsbildung in Deutschland
Studien zu Zielgruppen linker Bildung»
im Auftrag der RLS

AUF EINEN BLICK

Öffentliche Mittel standen der Stiftung im Jahre 2007 in Höhe von 17,323 Millionen Euro zur Verfügung. Das Budget für das Jahr 2008 belief sich auf 22,096 Millionen Euro. Davon sind 5,396 Millionen Euro Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern (BMI). 4,113 Millionen Euro Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) flossen zweckgebunden in die Studienförderung. Für die Auslandsarbeit erhielt die Stiftung Zuwendungen in Höhe von 11,052 Millionen Euro aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie 1,084 Millionen Euro aus dem Auswärtigen Amt (AA) für Projekte und Stipendien. Für die Erschließung zeitgeschichtlicher Archivalien aus der Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE. konnte die Stiftung 0,243 Millionen Euro von der Verwaltung des Deutschen Bundestages einsetzen. Für die Betreuung internationaler Parlamentsstipendiaten erhielt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Zuwendungen in Höhe von 33.894 Euro vom Deutschen Bundestag.

STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahe stehende politische Stiftung. Sie wird wie die anderen parteinahen Stiftungen im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Innern (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Es obliegt der parlamentarischen Entscheidung, nach welchen Kriterien politische Stiftungen Zuwendungen erhalten. In der politischen Praxis wurde als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung eine wiederholte Vertretung, dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke, der der politischen Stiftung nahestehenden Partei im Deutschen Bundestag fixiert. ■ Seit dem Wiedereinzug der nahestehenden Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag im Jahre 2005 erfolgt eine schrittweise Erhöhung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichbehandlung mit den anderen parteinahen Stiftungen. ■ In der 1998 verabschiedeten «Gemeinsamen Erklärung» gingen die parteinahen Stiftungen die Selbstverpflichtung ein, die Öffentlichkeit und Verlässlichkeit der Mittelvergabe und –verwendung zu garantieren. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich dieser Erklärung angeschlossen. ■ Die wichtigsten in Zahlen bedeutendsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (so genannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden somit die wichtigste Einnahmequelle für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von

Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung. ■ Mit Hilfe der Mittel aus dem BMZ und dem Auswärtigen Amt unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln können die parteinahen Stiftungen im Stiftungsverbund seit 2008 in einigen Fällen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des RLS-Stiftungsverbundes werden solche Mittel durch die ostdeutschen Landesstiftungen und die Rosa Luxemburg Initiative Bremen genutzt. ■ Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteil werden lassen. ■ Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. ■ Als politische Stiftung sind wir verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfen zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2008 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des Bundesministeriums des Innern sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2008 VERMÖGENSRECHNUNG

Aktiva	31.12.2008 in €	31.12.2007 in €
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
EDV-Software	18.200,00	19.495,00
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	265.328,34	186.562,00
Summe Anlagevermögen	283.528,34	206.057,00
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I Forderung aus Selbstbewirtschaftung gegen BMI	437.993,96	300.000,00
II Sonstige Vermögensgegenstände	24.253,73	12.398,53
III Sonstige Forderungen	21.794,90	23.642,91
Summe Forderungen	484.042,59	336.041,44
C Liquide Mittel		
Kasse	5.519,59	2.807,05
Sparkasse 23230282	32.638,21	31.021,54
Sparkasse 13025970	138.873,82	216.903,19
Sparkasse 13029665	133.505,43	31.303,45
Sparkasse 13029851	55.504,04	57.159,95
Sparkasse 13034260	244.687,67	157.374,04
Sparkasse 13031104	183.848,76	57.147,56
Bundesbank 1000 7354	3,59	3,59
Summe liquide Mittel	794.581,11	553.720,37
D Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0
Summe	1.562.152,04	1.095.818,81

Passiva		31.12.2008 in €	31.12.2007 in €
A	Reinvermögen		
I	Stand Vorjahr	341.752,80	414.244,87
II	Überschuss/Fehlbetrag	151.474,28	-72.492,07
	Reinvermögen	493.227,08	341.752,80
B	Sonderposten aus Zuwendungen		
I	Immaterielle Vermögensgegenstände	18.200,00	19.495,00
II	Sachanlagen	256.109,34	179.718,00
	Summe Sonderposten	274.309,34	199.213,00
C	Rückstellungen		
	Sonstige Rückstellungen	49.464,80	41.991,71
D	Verbindlichkeiten		
I	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	386.757,15	264.085,83
II	Sonstige Verbindlichkeiten	9.335,76	2.483,90
III	Bundesmittel	22.146,00	8.297,61
	Summe Verbindlichkeiten	418.238,91	274.867,34
E	Passive Rechnungsabgrenzung	326.911,91	237.993,96
	Summe	1.562.152,04	1.095.818,81

ERLÄUTERUNGEN

Zuwendungen des Bundes

Der Rosa-Luxemburg-Stiftung standen im Jahr 2008 folgende Zuwendungen aus Mitteln des Bundes zur Verfügung:

	2008 in €	2007 in €
Zuwendung des Bundesministeriums des Innern (abgerufene Mittel)	5.258.000,00	4.192.000,00
Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4.113.389,97	3.141.783,88
Zuwendung der Verwaltung des Deutschen Bundestag für Archiv	243.247,00	243.247,00
Zuwendung der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	33.894,00	28.840,00
Zuwendung des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Projekte)	11.051.792,39	8.517.000,00
Zuwendung des Auswärtigen Amtes für Projekte	680.014,00	474.474,00
Zuwendung des Auswärtigen Amtes für Stipendien	403.800,00	297.000,00
In den Zuwendungen waren folgende Verwaltungskostenpauschalen bzw. -zuschüsse enthalten:		
	2008 in €	2007 in €
Bundesministerium für Bildung und Forschung	572.683,55	455.502,96
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	1.547.700,00	1.202.700,00
Auswärtiges Amt (Projekte)	83.458,76	66.426,36
Auswärtiges Amt (Stipendien)	56.574,79	41.369,96
Verwaltung des Deutschen Bundestages (internationale Parlamentsstipendiaten)	1.505,71	1.181,13

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2008

	2008 in €	2007 in €
I. Erträge	22.098.821,24	17.323.034,26
1. Zuwendungen des Bundes	22.025.338,93	17.257.877,31
2. Spenden	10.750,14	10.118,56
3. sonstige Einnahmen	62.732,17	55.038,39
II. Aufwendungen	21.944.139,35	17.395.526,33
Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeiten	15.186.078,72	12.045.806,23
dar. Tagungen und Seminare	487.081,85	407.859,54
dar. Veröffentlichungen	484.236,73	378.905,48
dar. Forschungsprojekte	180.831,59	148.843,49
dar. Weiterleitung von Globalmitteln	691.014,13	654.064,04
dar. Förderung von StudentInnen und Graduierten	3.866.697,23	2.936.293,68
dar. internationale Zusammenarbeit	9.110.660,29	7.174.417,24
dar. Sonstiges	365.556,90	345.422,76
Personalausgaben	5.188.750,47	3.947.142,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.407.139,31	1.308.408,44
dar. Geschäftsbedarf	266.243,80	213.866,99
dar. Sonstiges (einschl. Miete, Reisekosten, Reparatur- und Wartungskosten u.ä.)	1.140.895,51	1.094.541,45
Investitionen	162.170,85	94.169,66

**GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2009 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN
UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN**

Einnahmen	2009 in €	2008 in €
Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	6.647.000,00	5.396.000,00
(seit 2009 darunter auch Archivmittel, zuvor: Verwaltung des Deutschen Bundestages)		
Selbstbewirtschaftungsmittel aus Vorjahr	764.911,91	537.993,96
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5.000.000,00	4.029.274,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für Archiv	0,00	243.247,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	38.737,28	33.894,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	14.040.000,00	11.055.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	865.294,00	705.134,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	527.000,00	384.000,00

Ausgaben (Auszug)

Personalkosten	4.983.000,00	4.401.700,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.642.500,00	1.315.000,00
dar. Investitionen	300.000,00	100.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	20.272.000,00	16.445.275,00
dar. Bildungsprogramm	2.600.000,00	2.586.300,00
dar. Stipendien	4.400.000,00	3.839.000,00
dar. Projekte internationaler Zusammenarbeit	13.272.000,00	10.019.975,00

Bestätigungsvermerk: Der Jahresabschluss wurde durch den Wirtschaftsprüfer Dr. Wolfram Klüber, Berlin, zum 19.08.2009 bestätigt.

PERSONALENTWICKLUNG

Zahl der Mitarbeiter/innen	zum 31.12.2007	zum 31.12.2008	zum 30.06.2009
Mitarbeiter/innen insgesamt	94	108	118
darunter in den Auslandsbüros	9	10	10
Vollzeitstellen insgesamt	85	97	105

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Landesregierungen oder der Bundes- und Landesvorstände besetzt waren:

- Vorstand der Stiftung: 1 MdL Brandenburg, MdA Berlin, 1 MdB, 1 MdEP ansonsten keine weiteren Mitglieder in einer der o. a. Führungspositionen;
- Geschäftsführung und Bereichsleitungen der Stiftung: keine/r in einer der o.a. Führungspositionen;
- Der Vorsitzende, der Bundesgeschäftsführer und der Schatzmeister der Partei DIE LINKE sind in Übereinstimmung mit den Vorgaben des entsprechenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1996 nicht Mitglieder des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

SPENDENAUFTRUF

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung benötigt für die Vielzahl ihrer Aktivitäten finanzielle Mittel über die staatlichen Zuwendungen hinaus. Mit einer Fördermitgliedschaft unterstützen Sie unsere Tätigkeit, sei es als Einzelperson oder als institutionelles Fördermitglied. Die Stiftung ist gemeinnützig, Förderbeiträge und Spenden sind von der Steuer absetzbar. Natürlich freuen wir uns auch über projektbezogene Einzelspenden.

Als Fördermitglied erhalten Sie von uns:

- monatliches Bildungsprogramm Berlin/Brandenburg
- vierteljährlich unser Journal «Rosalux»
- den jeweiligen Jahresbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Veranstaltungshinweise und -einladungen
- Projektinformationen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Büro der Geschäftsführung
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin
 Telefon 030 44310-468

Sie können die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die einzige große demokratisch-sozialistische Stiftung in der Bundesrepublik, durch ihre Spende unterstützen und dafür eine Spendenbescheinigung für die Vorlage bei dem Finanzamt erhalten.

IMPRESSUM

Herausgeberin und V.i.S.d.P.: Rosa-Luxemburg-Stiftung,
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 Redaktion: Ramona Hering
 Textbearbeitung: Dr. Charlotte Schmitz
 Gestaltung: umbra-dor – visuelle kommunikation
 Herstellung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
 Redaktionsschluss: 15. August 2009
 www.rosalux.de

FOTONACHWEIS:

Ostkreuz: Sibylle Bergemann, Leona Goldstein, Dawin Meckel,
 Julian Rödel, Maurice Weiss (Schutzumschlag / U2-S.1, S. 2-7, S. 93-95);
 Matthias Königsschulte (S. 70-75), Dieter Feseke (S.30-35, S.96-U3);
 Tranquillium Photography (S. 92) — Le monde/gippo (Cohn-Bendit/S.58),
 Edition Gallimard (Beauvoir/S.29,59), Rosa-Luxemburg-Stiftung (Archiv).
 Nachweis Zitat Rosa Luxemburg: R. L. auf dem Stuttgarter Parteitag 1898






**Aussetzung
der Abschiebung
(Duldung)**
Kein Aufenthaltstitel!
Der Inhaber ist ausreisepflichtig!

Aussetzung der Abschiebung (Duldung)
Der Inhaber ist ausreisepflichtig!

LIFE IS NOT EASY



D d

E e



dog



egg

